



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Die britischen amtlichen Dokumente über den Ursprung des Weltkrieges 1898 - 1914

in elf Bänden

Gooch, George P.

Berlin, 1926

I. 28. Juni bis 23. Juli

[urn:nbn:de:hbz:466:1-80111](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:hbz:466:1-80111)

I

28. Juni bis 23. Juli

1
auf .23. und auf .23.

(29074)

No. 9

Konsul Jones an Sir Edward Grey

(Tel.)

Serajewo, den 28. Juni 1914

A. 12³⁰ nachm.

E. 4⁰ nachm.

Laut hierher gelangten Nachrichten Thronfolger und seine Gemahlin heute morgen durch Explosivmittel ermordet.

(29072)

No. 10

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 78

Wien, den 28. Juni 1914

A. 4¹⁰ nachm.

E. 6⁰ nachm.

Vizekonsul in Serajewo drahtet Erzherzog Franz Ferdinand und Herzogin Hohenberg heute morgen in Serajewo durch Explosivmittel ermordet. Aus anderer Quelle höre ich, daß Bombe zuerst auf dem Weg zum Rathaus gegen ihren Wagen geschleudert, wodurch mehrere Personen verletzt wurden, und daß später junger serbischer Student beide mit einem Revolver erschöß, als sie nach dem Konak zurückkehrten.

(29073)

No. 11

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 79

Wien, den 28. Juni 1914

A. 6⁵⁰ nachm.

E. 9⁰ nachm.

Darstellung am Ende meines unmittelbar vorhergehenden Telegramms¹⁾ scheint der Hauptsache nach richtig zu sein. Kaiser kehrt morgen von Ischl zurück.

¹⁾ No. 10.

Deutscher Botschafter teilt mir als Privatansicht mit, er sei sicher, daß Deutscher Kaiser zur Beisetzung kommen wird, daß er dies aber amtlich noch nicht erfahren hat. Minister des Äußern kehrt heute nacht von Landaufenthalt zurück.

(29567)

No. 12

Sir E. Goschen an Sir Edward Grey

(Tel.)

Kiel, den 28. Juni 1914
E. 9²³ nachm.

Infolge entsetzlicher Nachrichten aus Serajewo fährt Kaiser morgen früh nach Berlin, von wo er zur Beisetzung nach Wien reisen wird. Prinz Heinrich wird Seine Majestät dort treffen. Kaiser hat gebeten, keine Änderung im Programm des Geschwaders eintreten zu lassen, das daher wie vorgesehen am 30. abfahren wird¹⁾.

(29078)

No. 13

Konsul Jones an Sir Edward Grey

(Tel.) Dringend

Serajewo, den 29. Juni 1914
A. 8³⁰ vorm.
E. 11⁰ vorm.

Mit Bezug auf mein gestriges Telegramm (Ermordung des Erzherzogs Franz)²⁾.

Ich erfuhr später auf Regierung, daß es wahrscheinlich mehrere Mitschuldige gibt.

Lokalzeitung spricht von anarchistischem Verbrechen, aber Tat war wahrscheinlich mehr die serbischer Irredentisten und von langer Hand vorbereitet.

(29072)

No. 14

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

(Tel.) No. 119. *En clair*

Auswärtiges Amt, den 29. Juni 1914
A. 12⁵⁰ nachm.

Bitte dem Minister des Äußern den Schmerz auszusprechen, mit dem Seiner Majestät Regierung Kenntnis von dem schrecklichen Er-

¹⁾ Siehe No. 6 und 7.

²⁾ No. 9.

eignis in Serajewo erhalten hat, und ihr tiefes Mitgefühl mit der kaiserlichen Familie und der Doppelmonarchie für den schweren Verlust, den sie erlitten, zum Ausdruck zu bringen. Seiner Majestät Regierung wünscht auch, Seiner Kaiserlichen Majestät ihr aufrichtigstes und ehrfurchtsvolles Beileid zu übermitteln. Ich möchte Sie ferner bitten, meine persönlichen Gefühle tiefen Mitgefühls in Erinnerung an die Ehre auszudrücken, die mir dadurch widerfuhr, daß ich im vorigen Jahre mit Seiner Kaiserlichen Hoheit zusammentraf und die Freude sah, die sein Besuch dem König und unserem Lande bereitete.

No. 15

Sir Edward Grey an Graf Mensdorff

(Privat)

Auswärtiges Amt, den 29. Juni 1914

Verehrter Graf Mensdorff,

Ich muß neben unserem amtlichen Ausdruck der Teilnahme eine persönliche Zeile an Sie richten, um Ihnen mitzuteilen, wie tief ich den Verlust mitempfinde, den Österreich-Ungarn erlitten hat. Seine grausamen Begleitumstände erhöhen die Tragödie. Sie werden wissen, wie sehr wir alle für Ihren Kaiser fühlen und den Schlag und Kummer empfinden, die er erdulden muß.

Sein Leben ist mit dem Frieden Europas so verknüpft, daß ich alles fürchte, was seine Widerstandsfähigkeit angreifen muß.

Es ist noch kein Jahr her, da sahen viele von uns den Erzherzog und seine Gemahlin ihren Besuch in Windsor genießen; sie schienen hier so glücklich zu sein, und auch dies vertieft unser Mitgefühl.

Alle politischen und persönlichen Gefühle lassen mich mit Ihnen sympathisieren.

Ihr usw.

E. Grey

No. 16

Graf Mensdorff an Sir Edward Grey

(Privat)

Österreichisch-Ungarische Botschaft
Belgrave Square 18, S. W., den 29. Juni 1914

Verehrter Sir Edward,

Ich bin von Ihren freundlichen Worten der Teilnahme tief gerührt und bitte Sie, meinen aufrichtigsten und herzlichsten Dank für die freundschaftlichen Gefühle entgegenzunehmen, die Sie in Ihrem

Briefe für meinen Kaiser, mein Vaterland und mich selber zum Ausdrucke bringen.

Der Erzherzog, der nun diesem abscheulichen, brutalen und dummen Morde zum Opfer gefallen ist, war so glücklich, als er England im vergangenen November besuchte!

Der persönliche Eindruck, den er hier gewann, hatte seine Wertschätzung der Engländer und seine Bewunderung für England erhöht und ich freute mich zu sehen, daß er mehr und mehr ein aufrichtiger Freund dieses Landes wurde.

Ihr usw.

Albert Mensdorff

(29395)

No. 17

Konsul Jones an Sir Edward Grey

(Tel.) Vertraulich

Serajewo, den 29. Juni 1914

A. 5⁰ nachm.

E. 5⁴⁵ nachm.

Heftige serbenfeindliche Kundgebung hat seitens loyaler kroatischer und mohammedanischer Bevölkerung stattgefunden. Ich habe die Zerstörung einiger (? Waren) mit angesehen und höre, daß viele Läden und Häuser geplündert wurden. Tätliche Angriffe auf Personen werden nicht gemeldet.

Ich erfahre aus zuverlässiger Quelle, daß das Standrecht beschlossen worden ist.

(29388)

No. 18

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 80

Wien, den 29. Juni 1914

A. 7⁵⁶ nachm.

E. 11⁰ nachm.

Minister des Äußern hat mich und verschiedene meiner Kollegen eben benachrichtigt, daß Kaiser, der heute morgen nach Wien zurückgekehrt, Hoffnung ausgesprochen hat, man möchte keine Missionen fremder Fürstlichkeiten zum Leichenbegängnis des Erzherzogs her-senden.

Ich sagte Seiner Exzellenz, daß König beabsichtigte, Prinz Arthur zu deputieren. Minister des Äußern erwiderte, Kaiser werde erfreut sein, dies zu vernehmen, bat mich aber, erklären zu wollen, daß es als sehr wichtig betrachtet wird, dem Kaiser Ermüdung zu er-

sparen und die Zeremonien möglichst abzukürzen. Aus diesem Grunde sind fremde Missionen nicht erwünscht. Ich fragte, ob Deutscher Kaiser kommen werde. Minister des Äußern entgegnete, er wisse es nicht; doch wenn er darauf bestünde zu kommen, würde er dies als intimer persönlicher Freund des Erzherzogs tun, mit dem er eben erst zusammengewesen sei, und das würde die Frage fremder Missionen nicht berühren. Seelenmesse wird wahrscheinlich am 3. Juli in Wien in der Hofburgkapelle oder Kapuzinerkirche gelesen werden, in der kaiserliche Familienangehörige gewöhnlich beigesetzt werden. Eigentliche Beerdigung wird darauf in Dilastetten bei Amstetten stattfinden, wo Erzherzog eine Gruft besitzt und wo er und seine Gemahlin immer begraben sein wollten. Man hofft, Kaiser anfangs nächster Woche wieder nach Ischl bringen zu können.

No. 19

Sir Arthur Nicolson an Sir G. Buchanan

(Privat) Auswärtiges Amt, den 30. Juni 1914

Die Tragödie, die sich kürzlich in Serajewo abgespielt hat, wird, wie ich hoffe, nicht zu weiteren Verwicklungen führen, obgleich es schon ziemlich klar geworden ist, daß die Österreicher die furchtbaren Geschehnisse serbischen Intrigen und Machenschaften zuschreiben. Soweit die innere Lage Österreich-Ungarns in Betracht kommt, ist es — wiewohl es etwas brutal erscheinen mag, dies zu äußern — möglich, daß der neue Thronerbe populärer als der verstorbene Erzherzog sein wird. Er ist natürlich nicht viel mehr als ein bloßer Knabe, doch ist er ziemlich unbefangen und steht noch nicht im Banne eingewurzelter Vorurteile und Neigungen.

(29488) No. 20

Konsul Jones an Sir Edward Grey

(Tel.) Serajewo, den 30. Juni 1914
 A. 11²⁰ vorm.
 E. 12¹⁵ nachm.

Wert des gestern vom Pöbel zerstörten serbischen Eigentums beträgt nach der einen Quelle 10 000 000 Kronen; aber eine andere Schätzung beziffert ihn nur auf 1 500 000 Kronen.

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 2. Juli

No. 129

Wien, den 29. Juni 1914

Euere Exzellenz!

Erzherzog Franz Ferdinand und die Herzogin von Hohenberg wurden gestern morgen von einem slawischen Nationalisten oder Anarchisten in Serajewo ermordet.

Seine Kaiserliche Hoheit hatte Wien auf seiner Reise nach Bosnien am Dienstag abend, den 23. Juni, verlassen. Er ging am Mittwoch morgen in Triest an Bord des Schlachtschiffes „Viribus Unitis“, fuhr am Donnerstag morgen auf einem kleineren Schiffe den Fluß Narenta nach Metkowitsch in Dalmatien hinauf, wo er den Zug nach Mostar, der Hauptstadt der Herzegowina, benutzte, und nach einer Fahrt um die Stadt setzte er seine Reise nach Ilidže fort, einem kleinen bosnischen Badeort in der Nähe von Serajewo, wo die Herzogin von Hohenberg ihn erwartete. Am Freitag und Sonnabend, den 26. und 27. Juni, nahm der Erzherzog an den Gebirgsübungen des 15. und 16. Armeekorps teil, die unmittelbar südlich von Serajewo stattfanden. Gestern, am Sonntag, den 28. Juni, begab Seine Kaiserliche Hoheit sich, nachdem er der Messe in Ilidže beigewohnt hatte, mit der Herzogin wie festgesetzt mit dem Zuge nach Serajewo, um eine Fahrt durch die Stadt zu machen und Huldigungsadressen entgegenzunehmen. Wie der offizielle Bericht erklärt, wurde auf dem Wege vom Bahnhof zum Rathaus eine Bombe nach ihnen geworfen, die vom Erzherzog jedoch abgewendet wurde, hinter dem kaiserlichen Auto explodierte und die beiden Offiziere, die im nächsten Wagen fuhren, leicht, etliche 20 Personen von der Zuschauermenge aber mehr oder weniger schwer verwundete. Im Rathaus wurden Reden zwischen dem Bürgermeister und dem Erzherzog gewechselt, in denen dieser seine Befriedigung über die Herzlichkeit des Empfanges zum Ausdruck brachte und auf den mißlungenen feigen Anschlag auf sein Leben anspielte. Ungeachtet angeblich vorgebrachter Ratschläge, daß es klüger wäre, vom übrigen Programm abzusehen, fuhren Seine Kaiserliche Hoheit und die Herzogin in der Richtung nach dem Stadtmuseum weiter, oder, wie andere Meldungen besagen, nach dem Hospital, in das man nach dem Bombenattentat die Verwundeten gebracht hatte. Da stürzte ein Mann aus der Menge hervor und feuerte blitzschnell aus einer Browningpistole mehrere Schüsse in den Wagen. Die Halsschlagader des Erzherzogs wurde zerrissen und er muß fast augenblicklich gestorben sein. Die Herzogin von Hohenberg war in die Seite getroffen und verschied sofort nach dem Eintreffen im Konak, wohin man beide gebracht hatte. Der Gouverneur, General Potiorek,

der auch die Manöver geleitet hatte und mit ihnen im Wagen saß, blieb unverletzt. Ein paar Schritte vom Schauplatz der Mordtat entfernt wurde eine nicht explodierte Bombe gefunden. Man nimmt an, daß sie ein dritter Verschwörer fortgeworfen hat, nachdem er bemerkt, daß der zweite Anschlag geglückt war.

Nach dem, was bis jetzt über dies fürchterliche Verbrechen ans Licht gedungen ist, vermutet man, daß das ermordete Paar wahrscheinlich das Opfer eines sorgfältig vorbereiteten Komplottes wurde. Es ist richtig, daß der Erzherzog dafür bekannt war, mit den Bestrebungen der dem Kaiser untertanen Nationalitäten zu sympathisieren, soweit sie als vernünftig und durchführbar angesehen werden können, ohne die Einheit der Doppelmonarchie zu gefährden. Deshalb hatte man ihm auch allen Berichten zufolge während seiner ganzen Reise durch Dalmatien, die Herzegowina und Bosnien einen begeisterten Empfang bereitet. Sogar von der Oppositionspresse wurde ihm ein Willkommen dargebracht, mit Ausnahme des „Narod“, einem serbischen irredentistischen Organ, das auf den Besuch des Erzherzogs gar nicht hinwies, dafür aber auf einer Seite, die die serbischen Farben trug, einen glühenden Artikel zur Erinnerung an die Schlacht von Kossowo veröffentlichte, die im 14. Jahrhundert unter dem Ansturm der Türken den Untergang des serbischen Reiches zur Folge hatte. Heute morgen erscheint im offiziellen „Fremdenblatt“ ein Telegramm aus Agram, daß seit dem Bekanntwerden der Absicht des Thronerben, den bosnischen Manövern beizuwohnen, eine heftige großserbische Agitation in der serbisch-kroatischen Hauptstadt getobt hat. Der Erzherzog soll vergeblich vor der geplanten Reise gewarnt worden sein, und er soll sich selbst bemüht haben, der Herzogin abzuraten, ihn in Bosnien zu treffen. Ihre Hoheit war jedoch entschlossen, die Gefahr mit ihrem Gemahl zu teilen. Das Telegramm aus Agram behauptet weiter, seit 1908 (dem Jahre der Annexion) habe die serbische revolutionäre Organisation eine dauernd wachsende Tätigkeit entfaltet; Cabrilowitsch und Prinzip — der erste schleuderte die Bombe und der andere schoß mit dem Revolver — seien angeblich Mitglieder der terroristischen großserbischen Organisation, und in Agram bezweifle niemand, daß ein sorgfältig vorbereiteter Anschlag gegen den Erzherzog ins Werk gesetzt worden sei.

Diejenigen, die sich der Umstände des berüchtigten Agramer und Friedjung-Prozesses in den Jahren 1908 und 1909 erinnern, als die Bemühungen der österreichisch-ungarischen Regierung, den erwarteten Krieg mit Serbien durch Veröffentlichung von Beweisen für eine weitverbreitete irredentistische serbische Verschwörung zu rechtfertigen, so jämmerlich scheiterten, werden zögern, unterschiedslose Anschuldigungen gegen serbische vaterländische Vereine, wie sie nun zu erwarten sein werden, ohne hinreichende Belege gelten zu lassen.

Obgleich Wien nach außen hin sehr ruhig ist, hat man doch alle

öffentlichen Veranstaltungen abgesagt, und in Brünn, der Hauptstadt Mährens, wo ein großer „Sokol“ oder slawisch-nationalistisches Turnfest stattfand und man einen Konflikt mit gleichzeitigen deutschen Kundgebungen befürchtete, scheinen beide Seiten übereingekommen zu sein, alles Weitere zum Zeichen der Trauer einzustellen.

Die Nachricht von den Morden wurde dem Kaiser gestern gegen Mittag in Ischl überbracht, wo Seine Majestät erst den Tag vorher angekommen war. Seine Majestät hat es also erlebt, auch seinen Neffen und Erben auf der Liste seiner nächsten Verwandten zu sehen, die eines gewaltsamen Todes gestorben sind. Seine Majestät kehrte heute nach Wien zurück. Von seiner kürzlichen schweren Krankheit hat er sich aufs beste erholt.

Ich bin usw.

Maurice de Bunsen

(29864)

No. 22

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 2. Juli

No. 265

Berlin, den 30. Juni 1914

Euere Exzellenz!

An seinem heutigen Empfangstage begann der stellvertretende Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sofort mit mir über die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin in Serajewo zu reden. Er bezweifelte kaum, daß dies Verbrechen die Frucht eines von Anhängern der großserbischen Idee ausgeheckten Komplottes sei. Herr Zimmermann sagte, er habe gehört, daß die Stimmung in Österreich-Ungarn gegen Serbien und die Serben sehr erbittert sei, und er könne das in Anbetracht der Umstände den Österreichern nachsehen.

Der stellvertretende Staatssekretär fügte hinzu, er habe eben dem russischen Botschafter gesagt, daß die serbische Regierung in ihrem eigenen Interesse gut beraten wäre, wenn sie sich freiwillig erbieten würde, alles ihr mögliche zu tun, um den bosnischen Behörden bei ihren Nachforschungen nach dem Ursprung und den Verzweigungen des Komplottes zu helfen. Auf diese Weise würde die serbische Regierung, der man — dessen sei er sicher — nichts vorwerfen könne, einen überzeugenden Beweis liefern, daß sie die Beweggründe mißbillige, die zur Verübung dieses fürchterlichen Verbrechens geführt haben.

Ich habe usw.

Horace Rumbold

(29900)

No. 23

Konsul Jones an Sir Edward Grey

(Tel.)

Serajewo, den 2. Juli 1914

A. 10⁴⁰ vorm.

E. 12³⁵ nachm.

In später Nachtstunde wurde heute das Standrecht über diese beiden Provinzen verhängt.

(29937)

No. 24

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 80

Berlin, den 2. Juli 1914

A. 8³⁰ nachm.

E. 9³⁰ nachm.

Amtlich wird bekanntgegeben, daß der Kaiser infolge einer leichten Indisposition die Absicht, nach Wien zu gehen, um der Beerdigung des Erzherzogs Franz Ferdinand beizuwohnen, aufgegeben hat. In den Pressemeldungen wird großer Nachdruck darauf gelegt, daß dieser Entschluß in keiner Weise durch politische Erwägungen oder durch Besorgnisse wegen der Sicherheit des Kaisers beeinflußt wurde.

Vgl. Bericht No. 26

Siehe DD No. 6b

(30094)

No. 25

Konsul Jones an Sir Edward Grey

(Tel.)

Serajewo, den 3. Juli 1914

A. 3. Juli 11⁰ nachm.

E. 4. Juli 8⁰ vorm.

Eingegangenen Nachrichten zufolge wurde eine Verordnung erlassen, wonach alle serbischen Untertanen Bosnien zu verlassen haben.

Zwei weitere Komplizen wurden verhaftet und haben ihre Teilnahme am Mordanschlag eingestanden.

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 6. Juli

No. 269

Berlin, den 3. Juli 1914

Evere Exzellenz!

Soweit man beurteilen kann, hat die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin in Serajewo einen Eindruck in Deutschland hervorgerufen, der beinahe an Bestürzung grenzt. Der Kaiser war erst ganz kürzlich aus Konopischt zurückgekehrt und die vertraulichen Beziehungen, die zwischen Seiner Majestät und dem österreichisch-ungarischen Thronfolger bestanden, waren nicht nur allgemein bekannt, sondern sie gereichten den Deutschen auch zur großen Befriedigung. Das Maß der inneren Teilnahme des deutschen Volkes an allem, was seinen Kaiser betrifft, befähigt den Beobachter, das Entsetzen zu ermessen, mit dem die Nachricht von dem Verbrechen aufgenommen wurde, das Seine Majestät seines intimen Freundes beraubte. Dazu kam noch die große und allgemeine Sympathie für den bejahrten Kaiser Franz Joseph; er hat den Beistand eines Fürsten verloren, dem er die allgemeine Oberaufsicht über das Heer anvertraut hatte und dessen Ziel es war, eine starke Flotte zu schaffen. Das waren die Betrachtungen, die sich der deutschen Presse beim ersten Eintreffen der Nachricht aufdrängten, und die möglichen politischen Folgen des Verbrechens im Hinblick auf die künftigen Beziehungen Deutschlands zu seinem Verbündeten wurden nur wenig berührt.

Allgemein darf vielleicht bemerkt werden, daß die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche zwei Seiten aufweisen; auf der einen handelt es sich um die Beziehungen zwischen den beiden Reichen und ihren Herrschern *inter se* und auf der anderen um das Maß der militärischen und maritimen Unterstützung, das sie im Kriegsfall einander zu geben vermögen. Die beiden Fragen sind natürlich eng miteinander verknüpft. Was den ersten Punkt betrifft, so schien die zwischen dem Kaiser und dem verstorbenen Erzherzog bestehende Intimität einen sicheren Faktor in den künftigen Beziehungen der beiden Reiche zu bilden. Dieser Faktor ist nun verschwunden. Es fällt jetzt ins Reich akademischer Spekulation, ob sich, wenn der Erzherzog am Leben geblieben wäre, im Dreibund genügend Raum für zwei solch herrschsüchtige Persönlichkeiten wie den Kaiser und den verstorbenen österreichisch-ungarischen Thronerben hätte finden lassen, oder ob mit anderen Worten die Intimität zwischen ihnen von Dauer gewesen wäre. Verwicklungen hätten im Falle eines Versuches entstehen können, die Thronfolge in Österreich-Ungarn zu ändern, und diese Verwicklungen hätten Deutschland nicht gleichgültig gelassen. Doch in bezug auf diesen Teil der

Frage vertritt die Presse, soweit sie eine Meinung darüber äußerte, die Ansicht, daß sich an den Beziehungen zwischen den beiden Verbündeten nichts ändern werde. Man hofft hier inbrünstig, daß dem österreichischen Kaiser noch einige Lebensjahre vergönnt sein werden, um den neuen Thronfolger schulen zu können.

Sie wissen, daß seit den Balkankriegen in Deutschland Zweifel darüber aufgetaucht sind, wie weit es im Falle eines allgemeinen Krieges auf die militärische Unterstützung seines Nachbarn rechnen kann. Man geht von dem Gedanken aus, daß sich Österreich-Ungarn Hemmnisse in den Weg legen würden, weil es für Eventualitäten an der serbischen Grenze Vorbereitungen zu treffen hätte. Dieser Gedanke erhielt durch das vor kurzem in Serajewo verübte Verbrechen erneut Nahrung. Ein oder zwei Preßorgane haben sofort darauf hingewiesen, daß die Bestrebungen jener, die auf ein Großserbien hinarbeiten, eine Gefahr für den Frieden Europas bilden. Eine Zeitung behauptet, daß die südslawische Frage in der Hauptsache das Schicksal Österreichs entscheiden werde. In Anbetracht dieser bedenklichen Lage wird deshalb die Haltung der österreichisch-ungarischen Regierung mit bangem Interesse verfolgt, da man hier von Anfang an kaum daran zweifelte, daß der Anschlag, der zum Tod des Erzherzogs führte, in Serbien ausgeheckt wurde.

Als der Kaiser die Nachricht von der Ermordung des österreichisch-ungarischen Thronfolgers erhielt, änderte er sofort seine Pläne und kehrte am 29. vor. Mts. nach Potsdam zurück. Seine Majestät äußerte die Absicht, persönlich am Leichenbegängnis des Erzherzogs teilzunehmen, und es wurde verkündet, daß ihn Prinz Heinrich begleiten würde. Im Laufe des gestrigen Tages wurde jedoch bekanntgemacht, daß Seine Majestät sich durch eine plötzliche Indisposition (die man einem Anfall von Hexenschuß zuschreibt) genötigt gesehen habe, seine oben erwähnte Absicht aufzugeben. Ich habe privatim gehört, daß die Aufgabe der Wiener Reise Seiner Majestät auf einen Brief des Kaisers von Österreich zurückzuführen ist. Heute morgen wird angezeigt, daß Prinz Heinrich gleichfalls seine Absicht aufgegeben hat, dem Leichenbegängnis beizuwohnen.

Heute hat in der St. Hedwigskirche von Berlin ein Gedächtnisgottesdienst für den Erzherzog Franz Ferdinand und seine Gemahlin stattgefunden. Der Kaiser wurde durch Prinz Eitel Friedrich vertreten und die höchsten zurzeit in Berlin befindlichen Regierungsbeamten, sowie das gesamte diplomatische Korps nahmen an dem Gottesdienst teil.

Ich habe usw.

Horace Rumbold

Vgl. Telegramm No. 24

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

Erhalten 6. Juli

No. 120. Vertraulich

Belgrad, den 2. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß die Nachricht von der in Serajewo erfolgten Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin, der Herzogin von Hohenberg, in Belgrad mehr ein Gefühl der Betäubung als des Bedauerns hervorrief. Am meisten, besonders in amtlichen Kreisen, fällt ein Gefühl der Besorgnis auf, daß gegen die Serben in Bosnien und in den Teilen der Monarchie, wo das serbische Element vorherrscht, zu harte Unterdrückungsmaßnahmen ergriffen werden könnten. Man befürchtet, daß derartige Maßnahmen die öffentliche Meinung in Serbien erregen und den Anlaß zu österreichfeindlichen Kundgebungen bieten würden, die nicht verfehlen könnten, eine Spannung in den gegenseitigen Beziehungen der beiden Länder, sowie ernstliche Verwicklungen hervorzurufen.

Der vergangene Sonntag — der Tag, an dem der Mord stattfand — war der 525. Jahrestag der Schlacht von Kossowo, als die Niederlage der Serben durch die Türken den Untergang des serbischen Reiches Duschans herbeiführte. Diesen Jahrestag hat man in Serbien bislang als Nationaltrauertag begangen; aber in diesem Jahr wurde er zum erstenmal zum Anlaß eines Nationalfestes gemacht und zwar infolge der den Türken im Jahre 1912 durch die serbische Armee beigebrachten Niederlagen und zum Dank für die Wiedererwerbung von Altserbien und Kossowo durch die Serben. Der Tag wurde daher in ganz Serbien gefeiert und viele Serben und Kroaten kamen von jenseits der Grenze nach Belgrad, um an den Freudenkundgebungen teilzunehmen, die sich in Form von patriotischen Umzügen durch die Straßen der Stadt abspielten. Als sich in Belgrad die Nachricht von der Ermordung verbreitete (ungefähr um 8 Uhr abends), erließ die serbische Regierung in der Befürchtung, die chauvinistischen Elemente könnten in der durch die patriotischen Festlichkeiten erzeugten Wallung den Demonstrationen eine österreichfeindliche Färbung verleihen, eine Verfügung, daß sämtliche Vergnügungsstätten einschließlich der Cafés zum Zeichen der Trauer um 10 Uhr die Lichter zu löschen und ihre Lokale zu schließen hätten.

In seiner Ausgabe vom 29. Juni veröffentlichte das Regierungsorgan „Samouprava“ einen Leitartikel, der das traurige Geschehnis tief beklagte, den Mord am Erzherzog verurteilte und erklärte, daß es sich nur um die Tat eines unverantwortlichen Wahnsinnigen handeln könne. Das Organ der Hauptoppositionspartei (Unabhängige Radikale) äußerte jedoch in seiner Nummer vom selben Tag — wenn es darin auch Ausdrücke des Bedauerns fand — die Meinung, daß der

Erzherzog einen Mißgriff beging, als er den Manövern in Bosnien beiwohnte, deren offensichtlicher Zweck es gewesen sei, die Verteidigung der Provinz gegen einen serbisch-montenegrinischen Angriff zu erproben, und als er in einem Mittelpunkt des Serbentums wie Serajewo just in dem Augenblick Paraden abhielt, da in der serbischen Hauptstadt patriotische Festlichkeiten stattfanden.

Der Generalsekretär des serbischen Auswärtigen Amtes, den ich heute morgen sah, drückte sich, indem er jede Verantwortung der serbischen Regierung für das Verbrechen ablehnte, ganz ähnlich darüber aus. Ich wurde von meinem italienischen Kollegen vertraulich davon in Kenntnis gesetzt, daß zwischen Herrn Gruitsch und dem österreichischen Geschäftsträger eine ziemlich heftige Unterredung stattgefunden hat, als dieser auf dem Auswärtigen Ministerium vorsprach, um Herrn Gruitsch für seinen Kondolenzbesuch zu danken. Wie es scheint, hat Herr von Storck den Generalsekretär inoffiziell gefragt, ob es die serbische Regierung in Anbetracht der Tatsache, daß beide Verhaftete kürzlich in Belgrad gewesen seien, nicht für ratsam halte, eine Untersuchung über die näheren Umstände des Verbrechens einzuleiten. Offenbar nahm Herr Gruitsch dies als Andeutung einer Verantwortlichkeit der serbischen Regierung für das Verbrechen recht übel auf. Es kam zu einem erregten Wortwechsel und für den Augenblick sind die Beziehungen zwischen der österreichischen Gesandtschaft und dem serbischen Ministerium des Äußern sehr gespannt¹⁾.

Ich habe usw.

Dayrell Crackanthorpe

(30346)

No. 28

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 6. Juli

No. 132

Wien, den 2. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Die sterblichen Überreste des ermordeten Erzherzogs und seiner Gemahlin wurden am 30. Juni mit dem Zuge von Serajewo nach Metkowitz in Dalmatien, und von dort auf einem kleinen Dampfer zur Mündung der Narenta gebracht, wo sie an Bord des österreichisch-ungarischen Dreadnoughts „Viribus Unitis“ unter Eskorte eines Geschwaders von Schlachtschiffen und kleiner Kreuzer nach Triest übergeführt wurden. Unterwegs wurden ihnen feierliche Ehrenbezeugungen

¹⁾ Vgl. DD No. 12.

erwiesen; das geschah namentlich in Triest, wo man die Särge heute morgen in den Zug brachte, mit dem sie noch am späten Abend in Wien eintreffen sollen. Die Särge werden bis morgen abend in der Kapelle der Hofburg bleiben und von da nach ihrer letzten Ruhestätte in die Kapelle von Artstetten verbracht werden, einem alten Schloß und Eigentum des verstorbenen Erzherzogs, das ungefähr 60 Meilen westlich von Wien unweit des Nordufers der Donau liegt. Die Aufbahrung und Seelenmesse werden morgen in der Hofburgkapelle stattfinden.

Das Entsetzen, das durch die besondere Abscheulichkeit des am Sonntag verübten Verbrechens erzeugt wurde, hat unglücklicherweise zu heftigen Demonstrationen der Rassegegnerschaft in den südslawischen Provinzen der Doppelmonarchie, das heißt namentlich in Bosnien und Kroatien, geführt. In Serajewo selbst gingen die römisch-katholischen Kroaten mit einer starken Beimischung mohammedanischer Slawen daran, alles Eigentum der orthodoxen Serben, dessen sie habhaft werden konnten, zu zerstören. Serbische Hotels, Läden und Privathäuser wurden geplündert und ihre Einrichtungen auf die Straße geworfen. In einzelnen Fällen trug man den marodierenden Banden österreichische Fahnen und Bildnisse des Kaisers voran. Den schwächlichen Versuchen der Polizei, die Ordnung wiederherzustellen, wurde Trotz geboten. Das Zerstörungswerk nahm am Montag, den 29. Juni, also dem auf den Mord folgenden Tag, seinen Fortgang und da Meldungen über ähnliche Gewalttätigkeiten auch aus anderen Teilen der beiden annektierten Provinzen einliefen, wurde am Nachmittag des 29. das Standrecht über Serajewo und Umgebung und am 1. Juli über das gesamte Gebiet der beiden Provinzen verhängt. Unruhen werden auch aus Agram berichtet und es scheint ziemlich klar zu sein, daß die Arbeitsgemeinschaft zwischen Kroaten und Serben, das Ergebnis des Fiumaner Manifestes vom Oktober 1905, durch das man gehofft hatte, für die südslawischen Nationalitäten größere politische Unabhängigkeit zu erlangen, vorerst völlig erledigt ist. In Wahrheit trennt die beiden Völker bloß der Unterschied der Religion und der Umstand, daß ihre gleichlautende Sprache von den Kroaten mit lateinischen und von den Serben mit zyrillischen Buchstaben geschrieben wird. Daher dürften diejenigen südslawischen Aspirationen, deren Verwirklichung von der Vereinigung der verschiedenen slawonischen Rassen unter der österreichisch-ungarischen Herrschaft abhängen, einen entschiedenen Rückschlag erfahren haben.

Andererseits kann nur die Zukunft lehren, ob der Traum eines Großserbien durch einen Frevel, der das Polizeiregime in Bosnien und der Herzegowina noch unendlich strenger als bisher gestalten muß, der Erfüllung nähergebracht worden ist oder nicht.

Was die Beziehungen zwischen der Doppelmonarchie und Serbien betrifft, so ist es nicht unwahrscheinlich, daß nun eine Periode starker

Spannung eintreten wird. Herr Jowanowitsch, der serbische Gesandte in Wien, ist über die Aussicht verzweifelt, seine Bemühungen um die Regelung der Orientbahnfrage und anderer zwischen den beiden Ländern schwebender Punkte vollkommen gescheitert zu sehen, wie er das jetzt befürchtet. Die Wiener Presse nimmt es als ausgemacht an, daß die Mordtat von Serajewo in Belgrad geplant wurde, und daß die serbische Regierung, obgleich nicht unmittelbar in die Sache verwickelt, doch schuldig ist, die Pläne der politischen Extremisten begünstigt zu haben, die darauf abzielen, die österreichisch-ungarische Herrschaft in den benachbarten Provinzen zu untergraben. Serbien wird deshalb dafür verantwortlich gemacht, daß es die Atmosphäre hat schaffen helfen, in der das scheußliche Verbrechen von Serajewo geboren wurde.

Ich bin usw.

Maurice de Bunsen

No. 29

Sir M. de Bunsen an Sir Arthur Nicolson

(Privat)

Wien, den 3. Juli 1914

Mein lieber Nicolson,

Warum der Deutsche Kaiser doch schließlich nicht gekommen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Amtlich wurde als Grund angegeben, daß er einen Anfall von Hexenschuß gehabt habe. Meiner Ansicht nach hat man ihm aber zu verstehen gegeben, daß fremde Herrscher und Fürstlichkeiten nicht erwartet würden. Die „Reichspost“ — das christlich-soziale Organ des Erzherzogs, das alle Anordnungen unvereinbar mit der Würde des Verschiedenen findet und deshalb darüber herzieht — meint, Kaiser Wilhelm habe augenscheinlich seinen Verdruß über die Geringschätzung zum Ausdruck bringen wollen, mit der sein Freund überhäuft wurde. In gut unterrichteten Pressekreisen glaubt man fest, daß der wahre Grund die Aufdeckung einer anarchistischen oder slawisch-nationalistischen Verschwörung ist, die gegen Kaiser Wilhelm oder eine andere hohe Persönlichkeit gerichtet sei. Es ist immer schwer, die Richtigkeit derartiger Gerüchte festzustellen.

Jede Nacht werden Versuche gemacht, an die serbische Gesandtschaft, an die dicht dabei liegende serbische Kirche oder an die Privatwohnung des serbischen Gesandten heranzukommen. Gestern nacht kam es zu einem ziemlich heftigen Zusammenstoß zwischen der Menge und der Polizei. Nachdem der Trauerzug vorüber war, wälzte

sich die Menge in dichten Massen nach dem Viertel, in dem die erwähnten Gebäude alle nahe beisammen liegen. Es gelang der Polizei, die Menge abzudrängen, worauf sie die österreichische Nationalhymne und die „Wacht am Rhein“ anstimmte, die eine Art zweiter österreichischer Nationalhymne geworden zu sein scheint. Ein kleiner aufgeregter Haufe von ungefähr 300 Menschen gelangte kurz vor ein Uhr in das Botschaftsviertel. Man glaubte, die Leute beabsichtigten feindliche Kundgebungen vor der russischen Botschaft — als der vermeintlichen Beschützerin der Serben. Jedenfalls drängte die Polizei die Menge zurück und diese sammelte sich dann am Ende unserer Straße — der Metternichgasse —, wo sie in den Rennweg mündet, sodaß ich den Vorgang gut verfolgen konnte. Das ganze verlief ziemlich ruhig — Ansprachen, vaterländische Lieder und schließlich Rufe: Pfui Serbien.

Die „Reichspost“ und einige Blätter der gleichen Färbung stacheln lebhaft zu einem Angriff auf Serbien und zu strenger Unterdrückung der in der Doppelmonarchie lebenden Südslawen auf. Das amtliche „Fremdenblatt“ und die Mehrzahl der verständigeren Blätter vertreten indes den Standpunkt, daß es unpolitisch wäre, Serbien als Ganzes für die Verbrechen einer kleinen Bande Verkommener, die sich vom großserbischen Hauptquartier in Belgrad inspirieren lassen, zur Rechenschaft zu ziehen. Die Armee ist, wie ich höre, sehr erbittert und zerrt an der Koppel. Ich kann kaum glauben, daß man sie „los lassen“ wird. Doch steht uns natürlich eine schwierige Zeit bevor. Ich muß sagen, daß sich die serbische Presse meines Erachtens schamlos benimmt. Hier werden lange Auszüge aus serbischen Zeitungen veröffentlicht, die anscheinend geneigt sind, die Meuchelmörder als Märtyrer-Opfer einer heiligen Sache zu betrachten. Österreich-Ungarn wird mit Schimpfwörtern bedacht — wobei „wurmstichig“ die Lieblingsbezeichnung ist. Der gewöhnliche Anstand hätte solche Ausdrücke zum mindesten eine Zeitlang unterdrückt und sich einigermaßen den Anschein gegeben, Teilnahme zu zeigen und die Mörder abzuschütteln. Mein Freund Jowanowitsch, der serbische Gesandte, wirklich ein sehr guter Mensch und gemäßigt in seinen Anschauungen, ist voll Verzweiflung über den Zusammenbruch seiner Bemühungen, bessere Beziehungen mit Österreich herbeizuführen, Bemühungen, die sich in der Orientbahnfrage recht vielversprechend anließen. Ohne Zweifel waren die Serben über den für die bosnischen Manöver gewählten Zeitpunkt, der mit ihren Nationalfeiern am Jahrestag der Schlacht von Kossowo (14. Jahrhundert) zusammenfiel, wirklich verärgert. Sie behaupten, daß die Österreicher keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ihre berechtigten Gefühle als Serben zu reizen. Unglücklicherweise entspricht das der antiserbischen Politik, der die hiesige Regierung so hartnäckig huldigt. Sie will nicht erkennen, daß ihre einzige Mög-

lichkeit, dem südwärts gerichteten Druck Deutschlands zu widerstehen, in einer großzügigen Versöhnungspolitik dem südslawischen Element gegenüber liegt, wodurch quer vor dem nach Süden ausgreifenden Anmarsch Deutschlands in der Richtung auf Triest ein breiter österreichisch-slawischer Damm errichtet werden könnte. Mein italienischer Kollege, Herzog von Avarna, der in letzter Zeit in seinen Unterhaltungen mit mir viel freimütiger als sonst geworden ist, mißbilligt die eingeschlagene serbenfeindliche Politik Österreichs scharf. Sie war es, die Österreich veranlaßte, 1912—13 mobil zu machen und sich halb zu ruinieren, um die Serben vom Adriatischen Meere fernzuhalten. Daher auch die verrückte Struktur Albaniens, das nun in Stücke zerfällt. Man fragt sich, ob es denn wirklich die Mühe lohnt, es wieder zusammenzuflicken, selbst wenn sich die Möglichkeit dazu ergäbe. Aber welche andere Wahl bietet sich uns da? Würde es angehen, die internationale Kommission in Durazzo als eine Art Bindeglied zwischen den drei Abschnitten zu benutzen, in die Albanien eingeteilt werden könnte: im Norden die Katholiken, in der Mitte die Mohammedaner und im Süden die Orthodoxen, je unter einem Anführer der betreffenden Religion? Nur würden dann genügend Truppen erforderlich sein, um die Kommission gegen Versuche zu schützen, sie ins Meer zu jagen! Aber ich glaube, daß die Serben schließlich, vielleicht erst nach Jahren, an das Meer gelangen müssen, und die dazwischenliegenden Regelungen können nur eine Art Notbehelf darstellen. Der „Figaro“ eilt zweifellos den Ereignissen voraus, wenn er die Vereinigung Serbiens und Montenegros zu einem Königreich als nahe bevorstehend bezeichnet; aber früher oder später muß das sicherlich so kommen.

Stets Ihr

Maurice de Bunsen

Die ausgelassenen Abschnitte enthalten eine ausführliche Beschreibung der Beisetzungsfeierlichkeiten und weitere Betrachtungen über Albanien

(30386)

No. 30

Herr Akers-Douglas an Sir Edward Grey

Erhalten 6. Juli

No. 53

Bukarest, den 30. Juni 1914

Eure Exzellenz!

Die furchtbare Nachricht von der Tragödie in Serajewo wurde hier mit tiefem Bedauern und mit Entrüstung aufgenommen. Der verstorbene Erzherzog war beim rumänischen Volke immer populär,

das ihn wegen der Sympathien, die man ihm für die Rumänen in Ungarn zuschrieb, besonders schätzte; und während sich in letzter Zeit die öffentliche Stimmung gegen das benachbarte Kaiserreich abkühlte, war man sich doch bewußt, daß der Thronfolger selbst enge Beziehungen zu Rumänien dringend wünschte. Die Rumänen in Siebenbürgen erblickten in Seiner Kaiserlichen Hoheit einen warmen Fürsprecher und hegten die bestimmte Erwartung, daß ihre Rechte hinsichtlich einer besseren Behandlung bei seiner Thronbesteigung anerkannt werden würden.

In der Kammer und im Senat sprachen gestern der Ministerpräsident und der Minister des Äußern von den Banden aufrichtiger Freundschaft, die beide Länder so lange verbunden habe, und sie fügten hinzu, daß die Rumänen nie die herzliche Freundschaft vergessen könnten, die der verstorbene Erzherzog ihnen ständig bezeugt habe. Beide Häuser vertagten sich zum Zeichen der Trauer.

Für König Karl wird die Nachricht ein schwerer Schlag gewesen sein; die enge und intime Freundschaft, die seit jeher zwischen den Höfen von Wien und Bukarest bestanden hat, wird dem Mitgefühl Seiner Majestät für den bejahrten Kaiser eine besondere Note geben. Der rumänische Hof legt auf vier Wochen Trauer an und man gibt bekannt, daß der Kronprinz der Beerdigung in Wien beiwohnen wird.

Die Presse bringt die aufrichtige Teilnahme Rumäniens zum Ausdruck und bemerkt, daß der Erzherzog ein großer „Beschützer der Minderheiten und Förderer nationaler Ziele“ innerhalb seines Reiches geworden wäre und daß sein Tod einen schweren Verlust für Österreich bedeute und dessen Zukunft noch gefährvoller gestalte — eine Zukunft, die im Hinblick auf die Möglichkeit ernster Verwickelungen sowohl einer starken Hand als auch einer gerechten und versöhnlichen Politik bedarf.

Ich bin usw.

A. Akers-Douglas

(30576)

No. 31

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 83

Wien, den 6. Juli 1914

A. 2¹⁰ nachm.

E. 4⁰ nachm.

Der serbische Gesandte sagt mir, daß seine Regierung noch keine amtliche Mitteilung von der österreichisch-ungarischen Regierung mit der Bitte erhalten hat, die serbische Regierung möge behilflich sein, alle Personen, die an der Mordtat mitschuldig sind, ihrer Strafe zuzuführen. Er hat auf dem österreichisch-ungarischen Aus-

wärtigen Amt Verwahrung gegen das Bestreben der öffentlichen Meinung und Presse eingelegt, der serbischen Regierung Mitverantwortlichkeit für das Verbrechen zuzuschreiben, ehe Gerichtshof in Serajewo auch nur Voruntersuchung abgeschlossen hat¹⁾. Es sei bemerkt, daß die Bomben aus Serbien stammen, wo ihrer viele vom Kriege, während dem sie von regulären Truppen verwendet wurden, übrig geblieben sind; aber sicherlich gehörten die serbische Regierung, sowie serbische öffentliche Meinung in ihrer großen Mehrheit zu den ersten, die ein Verbrechen beklagten und verurteilten, das serbischen Aspirationen für Zukunft einen schweren Schlag versetzt. Der Gesandte befürchtet, Gerichtsverfahren in Serajewo möchte aus bloßer Untersuchung feigen Verbrechens in Vorbereitung einer Anklage gegen ganze serbische Bevölkerung der Doppelmonarchie und sogar gegen die serbische Nation umgebogen werden, in welchem Falle leicht ernste Lage entstehen kann.

(Gleichlautend nach Belgrad)

(30742)

No. 32

Sir Edward Grey an Sir H. Rumbold (Berlin)

No. 214. Geheim

Auswärtiges Amt, den 6. Juli 1914

Euer Hochwohlgeboren!

Der deutsche Botschafter drückte sich heute sehr warm über die Befriedigung und das Vergnügen aus, die der Kieler Besuch des britischen Admirals dem Kaiser, sowie überhaupt allgemein bereitet haben.

Ich erwiderte, mir sei bekannt, daß der Besuch große Befriedigung und Freude auf unserer Seite bereitet hätte.

Der Botschafter fuhr dann fort, sich mir gegenüber privatim, wie er sagte, aber in sehr ernster Weise über die Besorgnisse und den Pessimismus zu äußern, die ihm in Berlin begegnet seien. Er erklärte, daß der Mord am Erzherzog Franz Ferdinand eine sehr starke serbenfeindliche Stimmung in Österreich hervorgerufen habe; obschon er Einzelheiten nicht wußte, war ihm als Tatsache bekannt, daß die Österreicher etwas beabsichtigten, und es sei nicht unmöglich, daß sie militärisch gegen Serbien vorgehen würden.

Ich bemerkte, daß sie doch gewiß nicht daran dächten, sich irgendwelche Gebiete anzueignen?

Der Botschafter entgegnete, daß sie kein Verlangen danach hätten, weil sie nicht wüßten, was sie mit dem Land anfangen sollten. Er glaubte, ihre Idee sei, daß sie irgendeine Genugtuung im Sinne

¹⁾ Vgl. S. No. 12.

einer Demütigung Serbiens haben müßten. Die Lage sei für Deutschland äußerst schwierig; sage es den Österreichern, daß nichts geschehen dürfe, dann würde ihm vorgeworfen, daß es sie stets zurückhalte und nicht unterstütze; lasse es andererseits aber den Dingen ihren Lauf, dann bestünde die Möglichkeit sehr ernster Verwicklungen. Der Botschafter hoffte aufrichtig, daß wir, falls sich Verwicklungen einstellten, unsern Einfluß aufbieten würden, um die Gemüter in St. Petersburg zu beschwichtigen.

Ein zweiter Grund für die Besorgnisse und den Pessimismus in Berlin seien die Befürchtungen Deutschlands wegen der Haltung Rußlands, namentlich im Zusammenhang mit der jüngsten Verstärkung der russischen Heeresmacht. Ihm wurde mitgeteilt, daß Rußland jetzt einen Friedensstand von einer Million Mann habe, und in Deutschland herrsche der Eindruck, daß die Stimmung Rußlands gegen Deutschland sehr ungünstig sei.

Drittens habe man die Auffassung, daß es eine Marinekonvention zwischen Rußland und England gäbe. Er habe seiner Regierung alles berichtet, was ich ihm kürzlich, gerade vor seiner Urlaubsreise nach Deutschland, über unsere Beziehungen zu Rußland und Frankreich gesagt hätte¹⁾, und er habe seiner Regierung versichert, daß sie sich auf jedes Wort verlassen könne und daß auf unserer Seite keine geheime Vereinbarung bestünde. Die deutsche Regierung nehme die Erklärung entgegen, daß es zwischen der britischen und russischen Regierung nichts dergleichen gäbe, aber sie habe die Empfindung, daß dennoch ein Einvernehmen zwischen den britischen und russischen Marinebehörden bestehen könnte. Wenn eine derartige Verständigung für ein Zusammengehen gegen Deutschland vorliege, so würde sie die chauvinistische Strömung in Rußland stärken, die Stimmung der Alldeutschen ganz unwiderstehlich machen, sie würde zu einer Erweiterung des deutschen Flottengesetzes führen, was sonst nicht beabsichtigt sei, und würde ferner allgemein die guten Beziehungen zwischen England und Deutschland beeinträchtigen. Das sei ihm in Berlin ganz nachdrücklich eingeprägt worden.

Der Botschafter ging so weit zu bemerken, in Deutschland habe man, und zwar insbesondere auf Grund des zweiten und dritten Punktes, die er heute nachmittag mir gegenüber erwähnt habe, einigermaßen das Gefühl, daß ganz sicher Verwicklungen eintreten würden und daß es darum besser wäre, Österreich nicht zurückzuhalten und das Übel lieber jetzt als später herankommen zu lassen. Er betonte mehr als einmal nachdrücklich, daß er ganz persönlich und über sehr heikle Dinge spräche, aber ihm läge daran, mit mir in Verbindung zu bleiben. Obgleich er die Ansicht mancher Leute in Berlin nicht teile, daß Rußland schlecht gegen Deutschland gesinnt

¹⁾ Siehe No. 4.

sei, wäre er doch so besorgt, daß er gefühlt hätte, er müsse sofort nach seiner Rückkehr aus Deutschland mit mir sprechen. Er bezeichnete Herrn von Bethmann Hollweg als pessimistisch.

Der Botschafter sagte, er habe in Berlin erklärt, daß England, obgleich es an der Gruppe des Dreiverbandes festhalten würde — denn es müsse das Gleichgewicht der Mächte aufrecht erhalten und könne Frankreich nicht vernichten lassen — doch nicht wünsche, die beiden Gruppen sich voneinander trennen zu sehen. Ich bestätigte dies wärmstens.

Ich bemerkte, daß ich die Aufzeichnung über das, was ich ihm unlängst vor seiner Reise nach Berlin über unsere Beziehungen zu Frankreich und Rußland gesagt habe, herausuchen und ihm zeigen würde¹⁾. Seit der Erledigung der Frage des deutschen Militärkommandos in Konstantinopel hätten wir keine Anzeichen aus St. Petersburg gehabt, daß die Russen hinsichtlich Deutschlands besorgt, gereizt oder feindselig gesinnt seien. Ich erinnerte ihn daran, was ich ihm zur Zeit des deutschen Kommandos in Konstantinopel über die große Empfindlichkeit Rußlands über diesen Punkt sagte, aber seitdem die Sache geregelt worden sei, hätte ich aus St. Petersburg nichts Ungünstiges in bezug auf Deutschland gehört. Ich sei über die Mitteilungen des Botschafters hinsichtlich der Art und Weise, wie sich die serbenfeindliche Stimmung in Österreich auswirken könne, beunruhigt. Wenn Verwicklungen entstünden, würde ich allen mir zu Gebote stehenden Einfluß aufbieten, um Schwierigkeiten zu verringern und aus dem Wege zu räumen und um ein etwa auftauchendes Gewitter am Ausbruch zu verhindern. Es freute mich, daß er mit mir gesprochen habe, und ich möchte den ganzen Inhalt seiner Äußerungen später, nachdem ich Zeit gehabt darüber nachzudenken, nochmals mit ihm durchsprechen.

Ich bin usw.

E. Grey

*Siehe Fürst Lichnowskys Bericht über diese Unterhaltung
in DD No. 20*

No. 33

Sir Arthur Nicolson an Sir M. de Bunsen

(Privat)

Auswärtiges Amt, den 6. Juli 1914

Mein lieber de Bunsen,

Vielen Dank für Ihren Brief vom 3. d. Mts. Das Verbrechen von Serajewo war gewiß furchtbar und hat hier alle Welt erschüttert.

¹⁾ Siehe No. 4.

Ich hoffe zuversichtlich, daß es keine ernstlichen politischen Folgen, auf jeden Fall außerhalb Österreich-Ungarns, haben wird. Vermutlich müssen wir auf eine scharfe Kampagne gegen Serbien gefaßt sein, aber ich freue mich, Ihrem Briefe zu entnehmen, daß die vernünftigeren Zeitungen in Wien es ausdrücklich mißbilligen, eine Regierung und ein Land für die Verbrechen etlicher Revolutionäre verantwortlich zu machen. Ihr Bericht über die Stimmung, von der gewisse Wiener Kreise hinsichtlich der Beisetzungsfeierlichkeiten ergriffen wurden, ist interessant, und ich sehe, daß die heutigen Morgenblätter darüber berichten. Die Abneigung des Kaisers, bei der Gelegenheit spezielle fremde Fürstlichkeiten zu empfangen, findet hier volles Verständnis, weil dies eine große Anstrengung für ihn bedeutet hätte.

Die albanische Frage ist sicherlich ein höchst verwickeltes Problem und erfreulicherweise verlangt und erwartet man von uns nicht, daß wir beim Versuch der Lösung dieser Frage eine besonders hervorragende Rolle spielen sollen. Unsere Haltung besteht vielmehr darin, der Führung anderer Mächte zu folgen und allen Maßnahmen beizupflichten, über die sich die andern etwa einigen. In einem Punkt jedoch bleiben wir fest: wir haben durchaus nicht die Absicht, das Leben auch nur eines britischen Soldaten oder einer Blaujacke aufs Spiel zu setzen, um die Ordnung in Albanien wiederherzustellen. Meines Erachtens würde der Abgang des Fürsten die Lage tatsächlich bedeutend erleichtern. Es ist nun ziemlich klar, daß er nur geringe Aussicht hat, seine Autorität im ganzen Lande durchsetzen zu können. Ich glaube wirklich, es wäre von Anfang an besser gewesen, man hätte keinen Versuch gemacht, einen unabhängigen Staat aus derart verfeindeten Stämmen zu schaffen. Ich weiß nicht, ob es nicht vielleicht die einfachste Lösung gewesen wäre, die Serben und Griechen das Land unter sich aufteilen zu lassen. Davon kann jetzt natürlich keine Rede mehr sein und ich denke, wir müssen die Lösung der Frage Wien und Rom anheimgeben. Den Gedanken dreier autonomer Provinzen hat Cambon heute nachmittag mir gegenüber erwähnt. Sonst nehmen uns im übrigen Europa keine sehr ernsten und dringenden Fragen in Anspruch. Zwischen der Türkei und Griechenland ist momentan eine *détente* eingetreten und die Kriegsgefahr zwischen diesen beiden Ländern ist auf alle Fälle für den Augenblick hinausgeschoben. Wir sind daher in der Hauptsache jetzt mit dem Versuch beschäftigt, mit Rußland die Angelegenheiten bezüglich Persiens, und in zweiter Linie bezüglich Tibets, in Ordnung zu bringen. Sie werden aus den Telegrammen bereits ersehen haben, daß wir darüber schon in ernstliche Besprechungen mit der russischen Regierung eingetreten sind. Wir begegnen dabei einer sicher sehr versöhnlichen und wohlwollenden Gesinnung seitens des Kaisers und Sasonows.

.

Die Flottenbesuche in Rußland und Deutschland sind erstaunlich gut verlaufen, besonders der erste, und ich meine, es war ein sehr guter Zug, daß wir unsere Schiffe nach Kronstadt geschickt haben. Die russische Presse wurde damals wegen der Ölkonzession in Südpersien gerade ein wenig unangenehm gegen uns, und der Besuch unseres Geschwaders bewies, daß wir wenigstens von durchaus freundschaftlichen Gefühlen beseelt waren. Der Empfang, der unseren Schiffen zuteil wurde, war ungemein herzlich und der Kaiser zeigte sich besonders verbindlich und huldvoll.

.

(30616)

No. 34

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 7. Juli

No. 135

Wien, den 4. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ein großer Teil der Wiener Garnison stand letzte Nacht auf der Strecke Spalier, die der Leichenzug auf dem Wege von der Hofburg bis zum Westbahnhof zurücklegte. Von dort wurden die Überreste des Erzherzogs Franz Ferdinand und der Herzogin von Hohenberg in tiefster Nacht mit der Bahn nach Pöchlarn an der Donau gebracht. Bei Tagesanbruch heute früh setzte man auf einer Fähre über die Donau und fuhr dann langsam nach ihrem letzten Ruheplatz: der erzherzoglichen Familiengruft in Artstetten.

Der Erzherzog und die Herzogin lagen den ganzen gestrigen Vormittag in der Hofburgkapelle aufgebahrt. Mittags legte ich auf den Befehl des Königs vor dem Katafalk einen Kranz mit einer Inschrift nieder, die die Freundschaft und Zuneigung Seiner Majestät für die Entschlafenen zum Ausdruck brachte. Um 4 Uhr nachmittags wurde in Gegenwart des Kaisers und Hofes in der Hofburgkapelle eine kurze Seelenmesse gelesen. Die meisten fremden Missionschefs waren besonders beauftragt worden, auf dem Begräbnis die Herrscher und Präsidenten ihrer Länder zu vertreten. Da der König geruht hatte, mir diese Ehre ebenfalls zu erweisen, erhielt ich mit meinen Kollegen vom Heiligen Stuhl, von Italien, Deutschland, Frankreich und Rußland meinen Platz in der ersten Reihe jener, die eingeladen waren, an der Zeremonie teilzunehmen. Aus Rücksicht auf den Kaiser dauerte der Gottesdienst nur eine Viertelstunde.

So wurden die zu Ehren des ermordeten Erzherzogs und seiner Gemahlin angeordneten Totenfeiern innerhalb einer Woche nach dem

abscheulichen Verbrechen in Serajewo zum Abschluß gebracht. Es erhoben sich Klagen darüber, daß diese Ehren ungebührlich beschnitten worden seien. Man sagt z. B., daß es schicklicher gewesen wäre, ein oder mehrere Mitglieder der kaiserlichen Familie abzuordnen, um die Särge auf ihrer letzten Fahrt von Serajewo nach der Hauptstadt zu begleiten; daß bei ihrer Ankunft die nächtliche Prozession hätte imposanter gestaltet werden können; daß eine größere Kirche als die zu diesem Zweck gewählte Hofburgkapelle als Schauplatz der Feierlichkeiten mehr der hohen Stellung des Entschlafenen entsprochen hätte; und daß die Anwesenheit fremder Fürstlichkeiten, wie sie von vielen Seiten angesagt wurde, nicht abgelehnt zu werden brauchte, wodurch die Vorgänge eines sichtbaren Beweises der Teilnahme, die überall für die Monarchie in ihrem Leid empfunden werde, beraubt worden seien.

Die „Reichspost“, die christlich-soziale Zeitung, die man häufig als besonderes Sprachrohr des Erzherzogs betrachtete, hat sich zur ersten Wortführerin dieser erbitterten Kritik gemacht; in ihrer heutigen Morgenausgabe begrüßt sie die Teilnahme der Wiener Garnison am Trauerzug der letzten Nacht als Zeichen, daß man in elfter Stunde erkannt habe, es müsse, um die Feierlichkeit der Stunde deutlich zu machen, etwas mehr geschehen als Maßnahmen wie in der vorigen Nacht zu treffen, bei welcher Gelegenheit man kein besonderes militärisches Gepränge entfaltet hatte. Im letzten Augenblick gelang es einer großen Anzahl hervorragender Persönlichkeiten, die man nicht mit einer Einladung zur Teilnahme an den Feierlichkeiten beehrt hatte, sich dem Ende des Trauerzuges anzuschließen. Unter ihnen befanden sich viele Mitglieder der Wiener Aristokratie.

Es ist schwer zu glauben, daß eine Absicht bestanden haben könnte, die Feierlichkeiten in einer dem erhabenen Range der Opfer nicht angemessenen Weise abzuhalten. Wenn die Zeremonien abgekürzt wurden, so war dies ohne Zweifel auf den Wunsch zurückzuführen, daß der Kaiser, den die erzwungene Rückkehr von Ischl sehr mitgenommen haben mußte, keiner vermeidbaren Strapaze ausgesetzt werden sollte. Wie ich höre, entsprachen die Zeremonien genau dem traditionellen „spanischen“ Ritus des kaiserlichen Hofes.

Die Gefühlsausbrüche des Volkes gegen Serbien und die ganze serbische Rasse dauern noch ebenso heftig an. Während der letzten paar Nächte wurde das Haus des serbischen Gesandten nur mit Mühe von einem starken Polizeiaufgebot gegen den Anprall der wogenden Menge geschützt. Glücklicherweise wurden Demonstrationen gegen die russische Botschaft verhindert, aber der Bezirk, in dem die russische, deutsche und britische Botschaft liegen, wird scharf bewacht, um unbequemen Kundgebungen der Abneigung oder Gunstbezeugungen seitens des Pöbels vorzubeugen.

In Bosnien und der Herzegowina ist das Standrecht noch in Kraft. Ich überreiche hiermit einen Bericht des Herrn Vizekonsuls Jones in Serajewo. Einer privaten Mitteilung des Herrn Jones entnehme ich, daß die Ortsbehörden sehr lässig gewesen sein müssen, indem sie die serbenfeindlichen Ausschreitungen nicht früher wie geschehen unterdrückten. Nun ist man mit der Verhängung des Standrechts, unter dem viele nahezu geringfügige Verstöße mit dem Tode bestraft werden, ins andere Extrem gefallen. Anscheinend war die Zerstörung serbischen Eigentums nicht von Tötlichkeiten gegen Serben begleitet.

Die Wiener Zeitungen geben ausführlich serbische Pressekommentare über das Attentat wieder, die unglücklicherweise einige Wendungen enthalten, die sich fast zu Ausdrücken der Verzeihung und sogar der Billigung des feigen Verbrechens versteigen.

Ich habe usw.

Maurice de Bunsen

Vgl. den Bericht Herrn Max Müllers No. 70

Anlage zu No. 34

Konsul Jones an Sir Maurice de Bunsen

No. 9

Serajewo, den 2. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß gestern nacht das Standrecht über diese beiden Provinzen, Bosnien und die Herzegowina, verhängt worden ist.

Die heutige Ausgabe des „Sarajevoer Tagblatt“ gibt als Grund für diese Maßnahme die Tatsache an, daß an so vielen Orten Ausschreitungen stattgefunden haben.

In einer früheren Nummer bemüht sich dieselbe Zeitung in einem Bericht über die Auftritte vom letzten Montag, das Versagen der Behörden, diese Ausschreitungen zu verhindern, damit zu entschuldigen, daß die offenbare Loyalität der Demonstranten die Militärgewalt machtlos machte; sie gibt aber schon in der nächsten Spalte zu, daß die Verhängung des Standrechts die Ordnung schnell wieder herstellte, und man kann sich daher nur schwer der Folgerung entziehen, daß, wäre der Schritt einige Stunden früher erfolgt, die Truppen ohne größere Mühe die Unruhen sofort hätten unterdrücken können, wodurch viele unschuldige Menschen vor Leid bewahrt worden wären.

Ich habe usw.

J. Francis Jones

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

Erhalten 8. Juli

No. 121

Belgrad, den 4. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich unter Bezugnahme auf mein Schreiben No. 120 vom 2. ds. Mts.¹⁾ zu berichten, daß das Regierungsblatt „Samouprava“ in seiner Nummer vom 3. ds. Mts. einen Leitartikel veröffentlicht hat, der deshalb von Interesse ist, weil er die Ansichten der serbischen Regierung hinsichtlich der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und der Folgen des Verbrechens wiedergibt. Folgendes sind die Hauptpunkte des Artikels:

1. Die serbische Regierung verurteilt und bedauert die Verübung des Verbrechens tief.
2. Sie verurteilt und beklagt die Verfolgungen der Serben, die jetzt täglich in Bosnien und der Herzegowina stattfinden.
3. Das Verbrechen ist umsomehr zu bedauern, als es die Interessen Serbiens schädigt, das nun überzeugt ist, daß es in seinem Interesse liegt, mit Österreich-Ungarn auf freundschaftlichem Fuße zu leben, und das die Schaffung guter Beziehungen zur Doppelmonarchie aufrichtig wünscht.
4. Es ist bedauerlich, daß die österreichische Presse, wenn auch in versteckter Form, geneigt ist, die serbische Regierung in den Mord am Erzherzog zu verwickeln.

Der Artikel betont zum Schluß den Wunsch der serbischen Regierung, daß binnen kurzem in Bosnien ein normaler Zustand wieder hergestellt sein möge und daß man bloß die wirklichen Verbrecher für die Tat verantwortlich machen werde. Die Überzeugung gelangt zum Ausdruck, daß die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien, die in letzter Zeit eine gesunde Richtung angenommen haben, schließlich nicht unter dem ungerechtfertigten Verdacht leiden werden und können, den gewisse Organe der ausländischen Presse auf Serbien werfen.

Ich habe usw.

Dayrell Crackanthorpe

¹⁾ No. 27.

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Privat)

Rom, den 7. Juli 1914

Es war interessant, hier die Wirkung des abscheulichen Mordes von Serajewo zu beobachten. Während die Behörden und die Presse ihre Verurteilung des Verbrechens und ihre volle Teilnahme für den Kaiser nach außen hin auffallend betonten, ist es unverkennbar, daß die Leute allgemein die Beseitigung des verstorbenen Erzherzogs beinahe als ein Werk der Vorsehung betrachtet haben. Ich hörte von zwei Bankiers hier, daß in Triest nach Eintreffen der Nachricht ungarische Anleihe von 72 auf 80 stieg. Anscheinend war er in Ungarn fast ebenso unbeliebt wie in Italien.

Der übrige Teil des Briefes handelt von anderen, hauptsächlich unpolitischen Dingen

(30754)

No. 37

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 8. Juli

No. 138

Wien, den 5. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Kaiser Franz Joseph beschließt die erste Woche nach der Mordtat von Serajewo mit einem Handschreiben, in dem er seinen Untertanen aller Nationalitäten in ergreifenden Worten für ihre loyalen Kundgebungen anlässlich des Todes des Thronfolgers dankt. Seine Majestät sagt darin, daß, wenn ihm in diesem herben Leid ein Trost werden kann, das die ungezählten Beweise warmer Zuneigung und aufrichtigen Mitfühlens sind, die ihm aus allen Kreisen der Bevölkerung zugekommen sind. Eine verbrecherische Hand hat ihn seines „lieben Anverwandten und treuen Mitarbeiters“, hat unschuldige* Kinder all dessen, was ihnen auf Erden teuer war, beraubt. Der Wahnsinn einer kleinen Schar Irregeleiteter vermag jedoch nicht an den geheiligten Banden zu rütteln, die ihn und seine Völker umschlingen, und er

* Im Original „schutzbedürftige, dem zartesten Alter kaum erwachsene Kinder... beraubt und namenloses Weh auf ihr unschuldsvolles Haupt gehäuft.“ Siehe „Schultheß' Europäischer Geschichtskalender“, Neue Folge, 30. Jahrg. 1914, München 1917, Seite 462b und 463. Ich folge dem dortigen Wortlaut, soweit dies der Bericht Bunsens zuläßt.

reicht nicht an die Gefühle inniger Liebe heran, die ihm und seiner Familie * in so rührender Weise kundgegeben wurden. Seine Majestät erinnert daran, daß er während sechseinhalb Jahrzehnten Leid und Freuden mit seinen Völkern geteilt hat, auch in den schwersten Stunden stets eingedenk seiner erhabenen Pflichten und der Verantwortung dem Allmächtigen gegenüber für die Geschicke von Millionen. Diese neue von Gottes unerforschlichem Ratschluß verhängte Prüfung wird nur seinen Vorsatz stärken, auf dem als recht erkannten Wege bis zum letzten Atemzug auszuharren zum Wohle seiner Völker. Wenn er ihre Liebe seinem Nachfolger hinterlassen kann, so wird er reichlich belohnt sein **. Zum Schlusse beauftragt der Kaiser die Ministerpräsidenten von Österreich und Ungarn, an die sein Schreiben gerichtet ist, all denen seinen tiefempfundenen Dank kundzutun, die sich in diesen kummervollen Tagen treu und ergeben um seinen Thron geschart haben.

Seine Majestät hat ein Schreiben ähnlichen Inhalts an Herrn von Bilinski, den gemeinsamen Finanzminister, gerichtet, und zugleich mit diesen Schreiben wird ein allgemeiner Armee- und Flottenbefehl veröffentlicht. In diesem erinnert Seine Majestät daran, daß der Erzherzog bei Ausübung seiner Pflichten starb und daß seine letzten Befehle an die tapferen Truppen Bosniens und der Herzegowina gerichtet waren. Ebenso hoch wie seine Stelle in der Armee *** war auch seine Auffassung über die damit verbundenen † Aufgaben. Sein Heimgang bedeutet für seinen Herrscher und für die Wehrmacht der Monarchie ein schweres †† Opfer. Seine Majestät hält dennoch an seinen Hoffnungen für die Zukunft fest, in der die Tätigkeit des Erzherzogs Früchte tragen werde †††, und er ist überzeugt, daß die Monarchie in aller Bedrängnis, von der sie heimgesucht werden möge, „in der todesmutigen Hingebung der in ihrer Berufstreue unerschütterlichen Wehrmacht Österreich-Ungarns ihren sicheren Hort finden wird“.

In meinem gestrigen Bericht No. 135 habe ich die weitverbreiteten Klagen über die Unzulänglichkeit der Ehren erwähnt, die den irdischen Überresten des Erzherzogs und der Fürstin auf ihrem Wege durch Wien erwiesen worden seien¹⁾. Diesen Beschwerden tritt heute morgen eine amtliche Mitteilung an die Presse entgegen, in der darauf

¹⁾ No. 34.

* Im Original „und dem angestammten Herrscherhause“.

** Im Original „so wird dies der schönste Lohn meiner väterlichen Fürsorge sein.“

*** Im Original „in meiner Wehrmacht zu Lande und zur See“.

† Im Original „Auffassung der übernommenen Aufgaben“.

†† Im Original „unermeßliches“.

††† Der Satz: „in der die Tätigkeit des Erzherzogs Früchte tragen werde“, steht nicht im Befehl; sondern es heißt da: „Dennoch entsage ich nicht der Hoffnung auf gedeihliche Zukunft, überzeugt . . .“ und weiter sinngemäß wie oben. Siehe auch die „Neue Freie Presse“, Wien, 5. Juli 1914, Morgenblatt Nr. 17909.

hingewiesen wird, daß die irdischen Überreste sowohl der verstorbenen Kaiserin Elisabeth als auch des verstorbenen Erzherzogs Rudolf zur Nachtzeit mit Sonderzügen in Wien eintrafen. Bei Überführung des Erzherzogs Rudolf von der Schloßkapelle zur Kapuzinerkirche soll der militärische Aufwand nicht größer gewesen sein als im gegenwärtigen Falle. Überdies war für das Ganze die Tatsache maßgebend, daß Erzherzog Franz Ferdinand selbst letztwillig bestimmt hatte, er wolle in Artstetten und nicht in der Kapuzinerkirche bestattet sein. Das alt-hergebrachte Zeremoniell wurde natürlich im allgemeinen eingehalten, aber daß es nicht in Mißachtung gewöhnlicher Menschlichkeitsgefühle sklavisch beobachtet wurde, trat dadurch klar zu Tage, daß der Herzogin von Hohenberg durchweg die gleichen Ehren wie ihrem Gemahl erwiesen wurden.

Ich bin usw.

Maurice de Bunsen

(31416)

No. 38

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

No. 451

Auswärtiges Amt, den 8. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ich sprach heute mit Herrn Cambon über meine Besorgnis, daß Österreich infolge der durch die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand erregten Stimmung von seiner öffentlichen Meinung zu einer Demarche gegen Serbien gedrängt werden könnte; und ich sagte, daß wir in diesem Falle unser möglichstes tun müßten, um beruhigend auf St. Petersburg einzuwirken.

Herr Cambon pflichtete dieser Auffassung warm bei.

Ich bin usw.

E. Grey

(31417)

No. 39

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

No. 264

Auswärtiges Amt, den 8. Juli 1914

Euere Exzellenz!

In einer ganz inoffiziellen Unterredung mit Graf Benckendorff brachte ich heute die Befürchtung zum Ausdruck, daß die österreichische Regierung durch die Macht der öffentlichen Meinung in Österreich dazu getrieben werden könnte, eine Demarche hinsichtlich

Serbiens zu machen, da die österreichische öffentliche Meinung durch die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand sehr stark gegen Serbien erregt worden sei. Die Sache läge so, daß die Stellung des Grafen Berchtold schwach sei und die österreichische Regierung weggefeßt werden könnte.

Graf Benckendorff erwiderte, daß ihm die Erregung in Österreich bekannt sei, aber er sähe nicht ein, worauf man eine Demarche gegen Serbien stützen könne.

Ich erklärte, ich wisse nicht, was beabsichtigt sei. Ich vermöchte nur anzunehmen, daß irgendeine Entdeckung, die vielleicht im Laufe der Untersuchung gegen die in den Mord am Erzherzog verwickelten Leute gemacht würde — zum Beispiel, daß die Bomben in Belgrad beschafft worden seien — in den Augen der österreichischen Regierung den Grund bilden könnte, die serbische Regierung der Nachlässigkeit zu beschuldigen. Aber ich äußerte dies nur als einen Einfall und eine Mutmaßung meinerseits.

Graf Benckendorff entgegnete, er hoffe, daß Deutschland Österreich zurückhalten werde. Er könne nicht glauben, daß Deutschland einen Streit übereilt herbeiführen wolle.

Ich bemerkte, daß nach meinen Informationen die Berliner Behörden sehr beunruhigt und besorgt seien. Die Meinung habe sich in ihnen festgesetzt, daß die Stimmung in Rußland sehr deutschfeindlich sei. Sie hätten auf Grund der Besprechungen zwischen den russischen und britischen Marinebehörden irgendwie Nachrichten aus Paris oder St. Petersburg erhalten und bildeten sich zweifellos ein, daß viel mehr hinter diesen Besprechungen stecke, als tatsächlich der Fall sei. All dies könnte die deutschen Behörden zur Ansicht verleiten, daß ein Coup gegen sie vorbereitet werde, um in einem günstigen Augenblick ausgeführt zu werden. Natürlich liege kein Grund für solch eine Annahme vor. Ich erzählte Graf Benckendorff, was ich dem Fürsten Lichnowsky zu dessen Beruhigung gesagt habe¹⁾.

Graf Benckendorff bestätigte nachdrücklich, daß er, seitdem die Frage des deutschen Militärkommandos in Konstantinopel geregelt worden sei, aus Petersburg keinerlei Anzeichen der Feindschaft gegen Deutschland gehabt habe. Aber er fügte hinzu, daß die Vermehrung der russischen Armee und die größere Kriegsbereitschaft Rußlands unzweifelhafte Tatsachen wären, die möglicherweise einigen Geistern in Deutschland den Gedanken eingeben könnten, daß es besser sei, jetzt, bevor sich die Lage mehr zu ungunsten Deutschlands verschöbe, einen Konflikt zu haben. Er vermöge jedoch nicht zu glauben, daß der Deutsche Kaiser und seine Regierung derartige Gedanken wirklich hegten.

Ich sagte, es wäre sehr wünschenswert, wenn die russische Re-

¹⁾ Siehe No. 32.

gierung in der ihr am besten erscheinenden Weise alles in ihrer Macht tun wollte, um Deutschland zu beruhigen und es zu überzeugen, daß kein Coup gegen es vorbereitet werde. Ich dachte oft bei diesen Dingen, daß es besser sei, wenn die ganze Wahrheit bekannt wäre. Die Schwierigkeit bestünde darin, den Leuten die Wahrheit zu sagen und sie glauben zu machen, daß sie wirklich die volle Wahrheit wüßten. Sie wären zum Glauben geneigt, daß viel mehr an einer Sache wäre, als man ihnen gesagt habe.

Graf Benckendorff bemerkte, daß er Herrn Sasonow schreiben würde. Nach seinen Äußerungen war er über die in Berlin herrschenden Befürchtungen gut unterrichtet; er war sich auch der Gefahr, die namentlich im jetzigen Augenblick der österreichischen Erregung gegen Serbien in dieser Stimmung liegt, und ebenso der Tatsache durchaus bewußt, wie erwünscht es sei, die schreckliche Lage zu verhüten, die entstünde, wenn die serbische Frage gewaltsam aufge-
rollt werden sollte.

Ich bin usw.

E. Grey

(30991)

No. 40

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 9. Juli

No. 137. Vertraulich

Wien, den 5. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ich habe mich heute mit dem russischen Botschafter, Herrn Schebeko, über die erbitterte Stimmung, die hier gegen Serbien herrscht, und über ihre möglichen Folgen unterhalten. Herr Schebeko bezweifelt, ob die Feindseligkeit tief ins österreichische Volk greift, wenn sie auch die oberen Gesellschaftskreise sicherlich durchdringt. Er kann nicht glauben, daß sich das Land in einen Krieg stürzen lassen wird; denn ein isolierter Kampf mit Serbien wäre unmöglich und Rußland würde gezwungen sein, die Waffen zur Verteidigung Serbiens zu ergreifen. Darüber könne es keinen Zweifel geben. Ein serbischer Krieg würde einen allgemeinen europäischen Krieg bedeuten. Österreich fühle die wirtschaftlichen Folgen seiner Mobilisation von 1913 noch zu schmerzhaft, um leichtfertig die viel größeren Opfer auf sich zu nehmen, die notwendig wären, wenn es tatsächlich in einen Krieg verwickelt werden würde. Herr Schebeko meinte, Österreich könne nicht erwarten, jenseits seiner Grenzen eine freundliche serbische Bevölkerung vorzufinden. Österreich habe in jedem Stadium des Balkankonfliktes serbische Hoffnungen vereitelt. Indem

es die Serben von der Adria vertrieb, indem es auf der Ausschließung Skutaris von Montenegro bestand und indem es sich in jeder Grenzfrage antiserbisch verhielt, habe es eine Stellung eingenommen, die jeden Serben zwingt, es als Feind zu betrachten. Österreich beschuldige jetzt ganz ungerechtfertigterweise Serbien, den Anschlag, dem der Erzherzog Franz Ferdinand in Serajewo zum Opfer fiel, wenn auch nicht tatsächlich gefördert, so doch durch seine Gleichgültigkeit indirekt begünstigt zu haben. Dies werde in Rußland als sehr unfair erachtet. Keine Nation könne die Tat eines Meuchelmörders mehr verabscheuen als die russische, denn Rußland habe schwer unter politischen Morden gelitten. Aber das Land, in dem ein Anschlag ausgeheckt wird, für seine Ausführung verantwortlich zu machen, sei eine neue Lehre und er glaube nicht, daß sich die österreichische Regierung durch ein paar heftige Zeitungsartikel veranlaßt sehen würde, danach zu handeln. Er sagte mir jedoch, daß Herr Jowanowitsch, der serbische Gesandte, zu Herrn Baron Macchio, dem stellvertretenden Unterstaatssekretär im Ministerium des Äußern, eindringlich von der Gefahr gesprochen habe, das serbische Nationalgefühl zu sehr aufzurütteln, indem man den Anschein erwecken lasse, als teile die Regierung die in einigen Volkskreisen gegen die serbische Regierung gehegten Verdächtigungen.

Herr Schebeko beklagte die Schwierigkeit, die ihm, wie den meisten seiner Kollegen — mich eingeschlossen — bei den Versuchen begegnen, dem Grafen Berchtold, vor dem wir alle eine große persönliche Achtung haben, eine auch nur einigermaßen genaue Erklärung seiner Ansicht über internationale Angelegenheiten zu entreißen. Man überläßt es uns, die Haltung des österreichisch-ungarischen Auswärtigen Amtes aus ein paar vagen Bemerkungen des Grafen Berchtold, aus Zeitungsartikeln und aus Unterhaltungen mit anderen Leuten zu erraten, die mehr oder weniger enge mit öffentlichen Angelegenheiten verbunden sind.

Soweit mir Anzeichen über diese Frage zugegangen sind, weisen sie sicherlich, und zwar selbst am Ballplatz, auf das Bestehen einer sehr verärgerten Stimmung gegen Serbien hin und ich vermag augenblicklich Herrn Schebekos Neigung an den Glauben nicht zu teilen, daß die Handelskreise und allgemein die Mittelklassen Österreich-Ungarns gleichgültig in der Sache seien. Ich fürchte, man hat Grund, fast alle Schichten der Bevölkerung gerade jetzt als von blinder Wut gegen die Serben erfüllt zu betrachten, und ich habe aus guter Quelle gehört, daß viele Leute, die gewöhnlich ganz maßvolle und vernünftige Ansichten über auswärtige Angelegenheiten haben, sich nun in dem Sinne äußern, daß Österreich schließlich gezwungen sein werde, einen Beweis seiner Stärke zu geben, indem es über das Vergangene einmal mit Serbien abrechnet und einen Schlag führt, der Serbien künftig zur Machtlosigkeit verkümmert. In militärischen Kreisen herr-

schen diese Ansichten sicher vor, und es wäre vielleicht nicht klug, die Möglichkeit ganz auszuschließen, daß die Volksentrüstung über das schreckliche Verbrechen vom 28. Juni die Regierung zwingen könnte, eine Haltung einzunehmen, die wieder aufzugeben ihr nicht leicht werden würde.

Inzwischen werden täglich umfangreiche Polizeimaßnahmen getroffen, um die serbische Gesandtschaft, die serbischen Kirchen und andere Gebäude vor Angriffen zu schützen. Herr Jowanowitsch wurde durch die Bitten seines Hausbesitzers, der die Zerstörung seines Eigentums befürchtete, bewogen, seine Nationalflagge einzuziehen, während die anderen Botschaften und Gesandtschaften ihre Flaggen zum Zeichen der Trauer noch auf Halbmast wehen ließen.

Herr Dumaine, mein französischer Kollege, ist voll ernster Sorgen. Sein Land sympathisiert bekanntlich mit serbischen Aspirationen und er ist in der Lage zu wissen, was Serben in Wien sagen und tun. Er hat während der letzten Wochen wiederholt mit mir über die Gefahren der Situation gesprochen und befürchtet, daß sie möglicherweise rasch zu Komplikationen führen würden, aus denen leicht ein Krieg entstehen könnte.

Auf die Nachricht von der Mordtat äußerte ich zu meinem deutschen Kollegen die Besorgnis, daß sich die Beziehungen zwischen Österreich und Serbien jetzt schwieriger denn je gestalten würden. Herr von Tschirsky* sagte nachdrücklich, daß diese Beziehungen schlecht sein müßten und daß nichts sie zu bessern vermöge. Er fügte hinzu, daß er vergeblich versucht habe, Berlin von dieser fundamentalen Wahrheit zu überzeugen. Einige Leute in Deutschland glaubten immer noch an die Wirksamkeit einer versöhnlichen Politik Österreichs Serbien gegenüber. Er selbst wisse das besser. Es entzieht sich meiner Kenntnis, ob Seine Exzellenz mit diesen Worten auf die Ansichten seines Souveräns anspielte, aber ich habe Österreicher erzählen hören, die Gelegenheit hatten, Kaiser Wilhelm über diese Frage sprechen zu hören, daß Seine Majestät sich von Anfang an nicht von der Weisheit der österreichischen Politik, Serbien von der Adria fernzuhalten, überzeugen ließ und daß er seinen Glauben nicht verhehlt, Österreich hätte besser getan, die normale Ausdehnung Serbiens ans Meer als Ergebnis des ersten Balkankrieges zuzulassen.

Herr Schebeko sagte mir heute, daß die Doppelmonarchie seiner Meinung nach große politische Klugheit an den Tag legen würde, wenn sie sich entschlösse, die Südslawen innerhalb der Monarchie versöhnlich zu behandeln. Solch ein Kurs würde die extremen Elemente in Rußland entwaffnen und mehr als alles andere die Aufrechterhaltung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Rußland und Österreich-Ungarn erleichtern.

* Richtig Tschirschky.

Herzog von Avarna, mein italienischer Kollege, hat diese Ansichten ebenfalls mehr als einmal zu mir geäußert, aber ich muß gestehen, daß ich wenigen Österreichern begegne, die sie teilen, und es wäre ohne Zweifel für Graf Berchtold, den man so sehr mit der Politik, Serbien innerhalb der engsten Grenzen zu halten, identifiziert, sehr schwierig, jetzt einen anderen Kurs einzuschlagen.

Ich habe usw.

Maurice de Bunsen

Vermerke

Letzter Absatz. Der italienische Botschafter in Wien scheint in bezug auf die Weisheit der neuerlichen antiserbischen Politik die gleiche Ansicht zu haben, wie sie nach unserer begründeten Annahme Signor Martino und in der Tat das italienische Ministerium im allgemeinen hat. — E. P. 9. Juli.

Aber die Unklugheit einer blind antiserbischen Politik wird in Österreich durchaus nicht erkannt und das ist der Kernpunkt einer ziemlich bedrohlichen Lage. Herr Schebeko unterschätzt die Ausdehnung der serbenfeindlichen Stimmung in Österreich: sie beschränkt sich nicht auf die allerhöchsten Kreise, wie er optimistisch zu schließen scheint. — R. G. V. 9. Juli.

Ich bezweifle, ob Österreich eine Aktion ernster Art unternimmt, und ich rechne damit, daß der Sturm vorüberziehen wird. Herr Schebeko ist ein scharfsinniger Mann und ich lege auf jede Meinung Gewicht, die er äußert. — A. N.

(31980)

No. 41

Sir Edward Grey an Sir H. Rumbold (Berlin)

No. 223. Geheim

Auswärtiges Amt, den 9. Juli 1914

Euer Hochwohlgeboren!

Ich habe heute erneut mit dem deutschen Botschafter über den Gegenstand unserer Unterhaltung vom letzten Montag (6. ds. Mts.) gesprochen¹⁾. Ich sagte, daß ich ganz privat spräche, wie er das auch getan hätte; denn er selbst habe bemerkt, daß die Dinge, die er erwähnte, zu heikel wären, um anders als privat behandelt zu werden.

Fürst Lichnowsky wiederholte, was er mir über die Befürchtungen in Deutschland hinsichtlich einer gegen Deutschland gerichteten englisch-russischen Marinekonvention gesagt hatte, und meinte, er hätte die Sache nur wegen meiner im Unterhaus abgegebenen Erklärung berührt, über die er auftragsgemäß die Befriedigung seiner Regierung auszudrücken gehabt habe.

Unter Hinweis auf die neulich von seiner Seite gefallenem Äußerungen sagte ich, ich dürfe nicht dahin verstanden werden, als hätten zwischen den Militär- und Marinebehörden Frankreichs, Rußlands

¹⁾ No. 32.

und Englands keine Besprechungen stattgefunden. Einige Besprechungen hätten von Zeit zu Zeit stattgefunden, und zwar zuerst im Jahre 1906. Aber all das sei auf der Grundlage erfolgt, daß die Hände der Regierungen völlig frei blieben. Wenn in der Tat solche Besprechungen stattfänden, brauchte ich die Einzelheiten nicht zu erfahren. Was die Regierung und mich selbst angehe und was ich im Auge behalten müsse, sei, ob wir im Falle eines Krieges daran teilnehmen sollten oder nicht. Wenn wir irgendeine Abmachung träfen, die uns Verpflichtungen auferlege, so würde es sich nicht um eine geheime Abmachung handeln. Ich sei dem Parlament gegenüber verpflichtet, keine derartige Geheimabmachung zu schließen, und würde eine solche Abmachung getroffen, dann wäre sie dem Parlament vorzulegen. Es entspräche auch der Wahrheit, daß niemals so etwas wie ein Angriff gegen Deutschland vorbereitet worden sei. Während der Marokkokrise im Jahre 1906 zum Beispiel und wiederum zur Agadirzeit habe man befürchtet, Deutschland könnte Frankreich ein Ultimatum stellen: aber eine derartige Erwägung sei etwas anderes, als einen Angriff gegen Deutschland vorzubereiten. Ich gab dem Botschafter dann die Aufzeichnung zu lesen, die ich über meine Unterredung mit ihm vom 24. Juni ds. Js. gemacht hatte¹⁾. Ich sagte, daß jedes Wort darin seine Geltung habe.

Ich teilte dem Botschafter mit, daß ich seit unserer Begegnung am letzten Montag zum Grafen Benckendorff die Befürchtung geäußert hätte, die österreichische Regierung könnte sich durch die öffentliche Meinung zu einer Demarche bezüglich Serbiens gezwungen sehen. Ich hätte Graf Benckendorff von dem unterrichtet, was ich dem Fürsten Lichnowsky über die Stimmung gegen Deutschland gesagt habe. Graf Benckendorff hätte mir erwidert, daß, seitdem die Frage des deutschen Militärkommandos in Konstantinopel geregelt worden sei, auch er aus St. Petersburg keinerlei Anzeichen von einer gereizten oder böswilligen Stimmung in Rußland gegen Deutschland erhalten habe²⁾.

Fürst Lichnowsky hatte zwar keine Nachrichten, äußerte aber die Hoffnung, daß es der deutschen Regierung gelungen sein möchte, die österreichischen Absichten bezüglich Serbiens zu dämpfen. Er hoffte, daß, wenn England und Deutschland in Fühlung miteinander blieben, wir unter allen Umständen in der Lage wären, die Dinge in der rechten Bahn zu halten.

Ich entgegnete, daß es natürlich verhältnismäßig leicht sein werde, St. Petersburg für eine ruhige Auffassung zu gewinnen, wenn eine österreichische Aktion gegen Serbien in gewissen Grenzen gehalten würde; aber es gäbe einiges, was Österreich tun könne und worauf sich die russische Regierung veranlaßt fühlen möchte, zu er-

¹⁾ No. 4.

²⁾ No. 39.

klären, das slawische Gefühl in Rußland sei so stark, daß sie ein Ultimatum oder etwas Derartiges stellen müsse. Ich versicherte dem Fürsten Lichnowsky, daß ich die gleiche Politik wie während der Balkankrise fortführen und mein Äußerstes tun würde, um den Ausbruch eines Krieges zwischen den Großmächten zu verhüten. Je größer die Gefahr eines Krieges sei, desto zäher würde ich an dieser Politik festhalten. Er könne seiner Regierung versichern, daß ich nicht nur den Frieden nicht zu stören wünsche, sondern auch mein möglichstes tun würde, um ihn zu erhalten. Ein Krieg zwischen den Großmächten würde das Scheitern des großen Zieles bedeuten, für das wir alle, die wir während der Balkankrise an der Londoner Konferenz teilgenommen, gearbeitet hätten.

Im Verlaufe der Unterhaltung warf ich die Bemerkung hin, ich nähme an, daß Deutschland seine eigenen Marine- und Militärabmachungen mit den anderen Mitgliedern des Dreibundes habe.

Fürst Lichnowsky gab mir darauf die Versicherung ab, daß der Dreibund so geblieben sei, wie er zur Zeit des Fürsten Bismarck bestand: er sei rein defensiv und enthalte keine Marineabmachung bezüglich des Mittelmeeres.

Ich bin usw.

E. Grey

*Den Bericht des Fürsten Lichnowsky über diese Unterredung
siehe in DD No. 30*

(31150)

No. 42

Lord Granville an Sir Edward Grey

Erhalten 10. Juli

No. 339

Paris, den 9. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Der heutige „Matin“ benachrichtigt seine Leser, daß demnächst in Paris ein kleines Buch des Fürsten Bülow unter dem Titel „La Politique allemande“ erscheinen wird. Dies Buch wurde, wie der „Matin“ angibt, von Herrn Maurice Herbette (vom Ministerium des Äußern) übersetzt und Herr de Selves, Ex-Minister des Äußern, hat ein Vorwort zur französischen Ausgabe geschrieben.

Herr Herbette war Privatsekretär von Herrn de Selves in der Zeit, als dieser Außenminister war, nämlich von Juni 1911 bis Januar 1912, also zu einer Zeit, in welche die Agadir-Angelegenheit und die Unterzeichnung des französisch-deutschen Vertrages über Marokko und das französische Äquatorial-Afrika fiel....

Der „Matin“ gibt nach Ankündigung der bevorstehenden Veröffentlichung des obengenannten Buches eines seiner Kapitel mit der Überschrift „La France irréconciliable“ wieder. Der Kern dieses Kapitels ist im letzten Satz enthalten; dort zitiert Fürst Bülow einige Worte, die ein französischer Diplomat einmal zu einem englischen Minister äußerte, daß nämlich, solange Elsaß-Lothringen deutsch sei, das französische Volk nie aufhören werde, in Deutschland den „permanenten“, in jeder anderen Macht nur den „akzidentiellen Gegner“ zu sehen. Der „Matin“ veröffentlicht in einer Spalte daneben das von Herrn de Selves geschriebene Vorwort. Ich beehre mich, Ihnen hiermit einen Auszug aus dem „Matin“ zu übersenden, der das Kapitel des Fürsten Bülow und das Vorwort des Herrn de Selves¹⁾ enthält).

Der „Temps“ von gestern abend brachte ebenfalls einen Artikel, in dem französisch-deutsche Angelegenheiten erwähnt sind. Der Artikel kritisiert zuerst Herrn Jaurès, der in der Kammer gegen die bevorstehende Reise des Herrn Poincaré nach Rußland gesprochen hatte (eine platonische Kundgebung, welche die Sozialistische Partei bei sich bietender Gelegenheit gegen das autokratische Regime von Frankreichs Verbündetem zu machen pflegt) und meint dann, daß die Sozialisten einen dreifachen Feldzug im Auge hätten — gegen die dreijährige Dienstpflicht, gegen das russische Bündnis und zugunsten einer Annäherung an Deutschland.

Der Artikel im „Temps“ legt großes Gewicht auf die Tatsache, daß Frankreich, da es keinen Krieg gegen Deutschland unternommen habe, um seine verlorenen Provinzen wiederzuerobern, danach streben müsse, seine diplomatische Stellung in Europa wiederzugewinnen. Das geschähe durch die Schaffung einer Gruppe von Mächten, die unabhängig von deutschem Einfluß seien. Würde man auf Herrn Jaurès' Anregung bezüglich eines *élargissement* des französischen Systems der Bündnisse und *ententes* hören, so würde das nach dem „Temps“ zur Vernichtung des von Frankreich aufgebauten Systems führen. „Une entente politique avec l'Allemagne,“ heißt es weiter, „annulant l'effort de quarante ans et désertant les voies où notre diplomatie a retrouvé la sécurité et la liberté, aucun Français conscient ne saurait y souscrire.“

Der Artikel schließt mit der nachdrücklichen Behauptung, Frankreich stünden keine Ersatz-Bündnisse oder Freundschaften („alliances et amitiés de rechange“) zur Verfügung, wenn es seine gegenwärtigen aufgäbe.

Ich bin usw.

Granville

¹⁾ Hier nicht abgedruckt.

Sir H. Bax-Ironside an Sir Arthur Nicolson

(Privat) Britische Gesandtschaft, Sofia, den 6. Juli 1914
Verehrter Nicolson,

Der verstorbene Erzherzog und König Ferdinand standen, wie Sie wohl wissen, auf Kriegsfuß miteinander. Sie kannten sich von Jugend auf und konnten einander anscheinend nie leiden.

Im ganzen sind die Aussichten nicht günstig. Ich habe mich sowohl in meinen Berichten wie in meinen Briefen völlig enthalten, die Alarmglocke zu schlagen. Wenn der Stein ins Rollen kommt, wird dies durch die Türkei geschehen, und zwar etwa im Oktober, nachdem sie ihren neuen Überdreadnought erhalten hat. Bulgarien wird vor einer endgültigen Abmachung mit der Türkei über die Teilung der Beute nicht mitmachen.

Wie ich Ihnen in einem früheren Briefe schrieb, glaube ich nicht, daß Serbien die albanische Grenze überschreiten wird, es sei denn, daß es sich vorher die russische Hilfe gesichert hat, „le jeu ne vaut pas la chandelle“, da es durch eine solche Tat Europa gegen sich aufbringen wird.

Ich neige zur Annahme, daß auch Österreich, solange der Kaiser lebt, sich ruhig verhalten wird, obgleich die Stimmung gegen die Serben eine Zeitlang fieberheiß sein dürfte. Wenn jedoch die Türkei und Griechenland miteinander in Krieg geraten und die türkischen Truppen die bulgarische Grenze überschreiten, wird Serbien ganz unfehlbar Griechenland zu Hilfe eilen und Rumänien wird schließlich wieder einen Teil der Beute bekommen. Diesmal wird es Schumla und Varna nehmen, wenn sich ihm die Gelegenheit dazu bietet.

Es sieht so aus, als würde die erste Anleihe in Deutschland aufgenommen werden; aber sie wird nicht ausreichen, und der Himmel weiß, an wen sie sich wegen der nächsten wenden werden.

Ihr aufrichtig ergebener

H. O. Bax-Ironside

(31544)

No. 44

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 13. Juli

No. 288. Vertraulich

Berlin, den 11. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ich hatte die Ehre, Ihren geheimen Erlaß No. 214 vom 6. d.

Mts.¹⁾ über die Bemerkungen zu erhalten, die der deutsche Botschafter unter anderem über die Lage, die sich für Deutschland aus der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand ergibt, privatim zu Ihnen machte.

Die Äußerungen des Fürsten Lichnowsky hierüber werden, soweit ich es beurteilen kann, erstens durch die reservierte Haltung der deutschen Presse und dann durch das vollkommen bestätigt, was ich auf dem kaiserlichen Auswärtigen Amt zu erfahren vermochte.

Als hier die Nachricht von der Mordtat in Serajewo bekannt wurde, herrschte in amtlichen Kreisen offenbar die Besorgnis, daß die österreichisch-ungarische Regierung einen übereilten Schritt von weitreichenden Folgen gegen Serbien unternehmen könnte. Ein derartiger Gedanke muß Herrn Zimmermann beschäftigt haben, als er zum russischen Botschafter in dem Sinne sprach, wie ich in meinem Schreiben No. 265 vom 30. v. Mts. Ihnen zu berichten die Ehre hatte²⁾. Seine Bemerkungen waren offenbar darauf berechnet, weiter erzählt zu werden und der serbischen Regierung als Wink zu dienen, einer möglichen Aktion der österreichisch-ungarischen Regierung zuvorkommen.

Der Umstand, daß anfänglich in der deutschen Presse eingehende Vermutungen über das, was sich zwischen Österreich-Ungarn und Serbien ereignen könne, fast völlig fehlten, war ein Anzeichen dafür, daß die Lage für Deutschland schwierig war. Die Zeitungen brachten lediglich Telegramme aus Wien, daß irgendwelche unmittelbaren Schritte in Belgrad erwogen würden. Als aber bekannt wurde, daß die österreichisch-ungarische Regierung das Ergebnis der Untersuchung in Serajewo abwarten werde, ehe sie eine Aktion unternehme, trat deutlich ein Gefühl der Erleichterung zutage. Dann kam die Erklärung des Grafen Tisza in der Abgeordnetenversammlung in Budapest³⁾. Auf diese Erklärung bezieht sich das nachstehende halbamtliche Communiqué in der „Kölnischen Zeitung“ vom 9. d. Mts.:

„Die Ausführungen, mit denen der ungarische Ministerpräsident Graf Tisza im Abgeordnetenhaus zu Budapest die Interpellation des Grafen Andrassy über das Attentat in Sarajewo beantwortet hat, werden in den hiesigen politischen Kreisen mit Zustimmung begrüßt. Graf Tisza hat das große Interesse an der Erhaltung des Friedens betont, aber auch in ernster Weise auf die Wahrung der Lebensinteressen und des Prestiges der österreichisch-ungarischen Monarchie hingewiesen. Die Ruhe wie die Entschlossenheit, die aus dieser Erklärung spricht, begegnet hier vollem Verständnis.“*

¹⁾ No. 32.

²⁾ No. 22.

³⁾ Vgl. No. 55, 65, 70.

* „Kölnische Zeitung“ vom 9. Juli 1914, Abendausgabe, No. 787.

Die Presse hat in den letzten paar Tagen die Lage viel offener erörtert. Allgemein laufen ihre Äußerungen darauf hinaus, daß Österreich-Ungarn den üblichen Zustand an seiner serbischen Grenze nicht dauernd dulden könne. Harte Urteile werden über Serbien und die Serben gefällt und einige Blätter nehmen ohne weiteres an, daß die Serben hinter ihrem großen slawischen Bruder Schutz suchen werden. Die Ansicht ist allgemein verbreitet, daß Deutschland in dieser Sache seinem Verbündeten beistehen wird und muß.

Ich fragte Herrn von Jagow an seinem Empfangstage, was für Nachrichten er aus Serbien habe. Er antwortete, er habe keine, fügte aber hinzu, daß, wenn die serbische Presse in ihrem jetzigen Ton fortfahre, die Sache eine ernste Wendung nehmen würde.

Ich habe usw.

Horace Rumbold

(31661)

No. 45

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

Erhalten 13. Juli

No. 126

Belgrad, den 10. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Die scharfen Repressalien, die infolge der Ermordung des Erzherzogs Ferdinand gegen die serbische Bevölkerung in Bosnien ergriffen wurden, haben, wie zu erwarten war, die Leidenschaften der serbischen gelben Presse entfesselt. Ich will Sie mit keinem dieser bissigen Artikel belästigen, die unverantwortlich und nichtamtlich sind. Sie wurden kürzlich vom Regierungsorgan, der „Samouprava“, in einem Leitartikel verurteilt, der die korrekte Haltung der serbischen Presse unmittelbar nach dem Mord und die allgemeine Mißbilligung des Verbrechens in Serbien hervorhob. Deshalb ist es, wie die „Samouprava“ ausführt, um so bedauerlicher, daß gewisse Organe durch spätere Vorgänge in Bosnien veranlaßt wurden, eine Rechtfertigung des Mordes zu versuchen. Das einzige Ergebnis kann nur in einer Rechtfertigung der Folgen bestehen, die der Mord für die serbische Bevölkerung Österreich-Ungarns gehabt hat. Die Hoffnung gelangt zum Ausdruck, daß diese Pressefehden nun aufhören werden. Serbien ist jetzt so stark, daß man von Drohungen und Beleidigungen absenen sollte. Der Artikel schließt mit der Betonung der Tatsache, daß die österreichisch-ungarische Presse die Gelegenheit ergriffen hat, einen Feldzug der Verleumdung und Bedrohung

gegen Serbien zu eröffnen und das Volk zu Ausschreitungen gegen unschuldige und friedfertige Bürger aufzustacheln, wodurch sie sich den Tadel jedes zivilisierten Staates zuziehe.

Ich habe usw.

Dayrell Crackanthorpe

(32017)

No. 46

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 15. Juli

No. 140

Wien, den 11. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Im Hinblick auf die gegen die ganze serbische Rasse erbitterte Stimmung, die durch die Ermordung des Thronfolgers in der Doppelmonarchie erzeugt wurde, hat man das Ergebnis einer Konferenz der gemeinsamen Außen-, Finanz- und Kriegsminister, sowie der Ministerpräsidenten von Österreich und Ungarn, die am 7. d. Mts. in Wien stattfand¹⁾, um über die durch die Ermordung geschaffene Lage zu beraten, gespannt erwartet und die hitzigeren Gemüter haben ohne Zweifel einigermaßen enttäuscht die andern Tags im offiziellen „Fremdenblatt“ stehende Mitteilung aufgenommen, daß bloß die innere Lage Bosniens und der Herzegowina, soweit sie durch die Gewalttat berührt würde, Gegenstand der Erwägungen gewesen sei. Weniger verantwortliche Blätter erklärten sich jedoch in der Lage, festzustellen, daß die Beratungen ein viel weiteres Gebiet umfaßt hätten. Es sei nicht nur beschlossen worden, die schärfste Polizeikontrolle über serbische Vereinigungen, Schulen und Kirchen innerhalb der annektierten Provinzen einzuführen und mit äußerster Strenge alle verdächtigen Fremden von jenseits der serbischen Grenze abzuweisen, sondern man habe auch — zwecks alsbaldiger Ausführung — den Entwurf einer energischen diplomatischen Demarche bei der serbischen Regierung fertiggestellt, um diese zu veranlassen, die verderbliche Propaganda der Allserbischen Liga ein- für allemal zu unterbinden.

Da diese Nachrichten in Zeitungen erschienen, von denen bekannt ist, daß sie vom Pressebüro gelegentlich für halbamtliche Mitteilungen benutzt werden, so verursachten sie beträchtliche Beunruhigung in der öffentlichen Meinung und bald zeigte sich ihre Wirkung in dem allgemeinen Kurssturz am Wiener Geldmarkt. Nach

¹⁾ Ein offizieller Bericht über diesen Ministerrat findet sich in Oe I No. 8.

Graf Berchtolds Audienz beim Kaiser in Ischl am 9. d. Mts., in der Seine Exzellenz, wie man annahm, die endgültigen Weisungen Seiner Majestät bezüglich der Übermittlung einer Drohnote an Serbien erhalten sollte, behauptete die Lärmpresse, daß der fragliche Schritt in den nächsten paar Tagen unternommen werden würde, zumal das Untersuchungsverfahren in Serajewo die Mitschuld Serbiens an der Mordtat bereits klar erwiesen habe. Gestern hielt man es aber für angezeigt, amtlich in der Presse zu erklären, daß sämtliche Darstellungen, die angeblich die Ergebnisse des Ministerrats und der Audienz beim Kaiser enthüllten, völlig der Grundlage entbehrten. In der Tat ist daher augenblicklich über die Absichten der Regierung nichts bekannt und es mag wohl sein, daß sie zögert, einen Schritt zu tun, der eine Situation großer internationaler Spannung herbeiführen könnte. Man scheint auf jeden Fall das Ergebnis der Untersuchung in Serajewo abwarten zu wollen, ehe man einen endgültigen Entschluß faßt. Der serbische Gesandte in Wien erklärt, er habe keinen Grund anzunehmen, daß man eine drohende Mitteilung an seine Regierung richten werde.

Ich bin usw.

(für den Botschafter)

Alexander Cadogan

No. 47

Mitteilung der serbischen Gesandtschaft

Aus Dokumenten unter der Privatkorrespondenz von Sir A. Nicolson geht hervor, daß der serbische Gesandte an einem nicht besonders bezeichneten Tag bezüglich eines Artikels, der am 11. Juli 1914 in einer Zeitschrift namens „John Bull“ erschienen war, privatim um Rat gefragt hat. Dieser Artikel brachte angeblich Beweismaterial dafür bei, daß die der serbischen Gesandtschaft in London attachierte Geheimpolizeiabteilung um die Pläne zur Ermordung des Erzherzogs gewußt hätte. Herr Boschkowitsch wünschte sich nun wegen einer Verleumdungsklage Rats zu erholen. Am 15. Juli unterrichtete ihn Sir Arthur Nicolson mündlich, nach Ansicht von Juristen könne ein derartiges Verfahren fehlschlagen; der Verfasser des Artikels sei sehr darauf bedacht gewesen, so vage zu schreiben, daß nicht irgend eine bestimmte Person die Möglichkeit habe, sich wegen Verleumdung zu beklagen. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß es in England keine Mittel gäbe, mit denen die Staatsgewalt ein Presseorgan unterdrücken könne.

(31367)

No. 48

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

a)

(Tel.) No. 42. *En clair*

Belgrad, den 11. Juli 1914

Herr von Hartwig, der russische Gesandte hier, ist gestern abend plötzlich am Herzschlag gestorben.

Vermerke

In der politischen und diplomatischen Welt wird Herrn von Hartwigs Tod keinen großen Kummer verursachen. — E. A. C. 11. Juli.

Er war ein treuer und rühriger Verfechter der russischen Politik, obwohl er sich eigentümlicher Methoden bediente. Seine serbische Politik war, soweit russische Interessen in Betracht kamen, entschieden erfolgreich. — A. N.

Ich kann nur sagen: „de mortuis nil“. — E. G.

(31514)

b)

(Tel.) No. 43

Belgrad, den 12. Juli 1914

A. 10³⁰ vorm.

E. 11⁵⁰ vorm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm.

Durch eine sonderbare Schicksalsfügung erfolgte Tod des russischen Gesandten während Besuches, den er österreichischem Gesandten nach dessen Rückkehr aus Wien machte. Russischer Gesandter hegte Wunsch, gewisse persönliche Aufklärungen zu geben hinsichtlich verschiedener Gerüchte über sein Benehmen und seine Haltung nach Ermordung des Erzherzogs, worüber ich durch Kurier berichte¹⁾.

Mir wird versichert, daß Unterredung ganz freundschaftlich verlief, und nach Zeugnis des Arztes wäre Tod jedenfalls im Verlauf weniger Tage eingetreten.

No. 49

Sir G. Buchanan an Sir Arthur Nicolson

(Privat)

St. Petersburg, den 9. Juli 1914

Die französische Regierung scheint sich lebhaft mit der Frage der englisch-russischen Beziehungen in Persien zu beschäftigen, und Paléologue sagt mir, Poincaré, der am 20. Juli hier erwartet wird, wolle unter anderem hauptsächlich auch darüber mit Sasonow reden. Wenn

¹⁾ No. 62.

Sie mir daher mitteilen würden, ob es besondere Punkte gibt, die Sir Edward Herrn Sasonow einschärfen lassen möchte, will ich sie Poincaré gegenüber erwähnen, wenn ich ihn beim Empfang des Diplomatenkorps sehe.

Da nun das erste durch die Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin hervorgerufene Gefühl des Entsetzens verflogen ist, scheint allgemein ein Eindruck der Erleichterung vorzuherrschen, daß eine solch gefährliche Persönlichkeit als Thronfolger beseitigt ist.

Anmerkung: Dieser Brief behandelt größtenteils die britisch-russischen Beziehungen in Asien. Siehe Einleitung Seite XXII ff.

(32282)

No. 50

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 85. Vertraulich

Wien, den 16. Juli 1914

A. 1⁵⁰ nachm.

E. 3¹⁵ nachm.

Äußerungen des Außenministers zu einem meiner Freunde, der sie mir weitererzählte, entnehme ich, daß Lage auf dem Außenministerium in ernstem Licht betrachtet wird und daß eine Art Anklageschrift gegen die serbische Regierung wegen angeblicher Mitschuld an der Verschwörung, die zur Ermordung des Erzherzogs führte, in Vorbereitung ist. Anklage wird sich auf das Gerichtsverfahren in Serajewo stützen. Mein Gewährsmann erklärt, daß man von der serbischen Regierung verlangen wird, gewisse entschiedene Maßnahmen zur Eindämmung nationalistischer und anarchistischer Propaganda zu ergreifen, und daß die österreichisch-ungarische Regierung nicht gesonnen ist, mit Serbien zu parlamentieren, sondern auf sofortiger bedingungsloser Einwilligung bestehen werde, andernfalls Gewalt angewendet würde. Deutschland soll mit diesem Vorgehen völlig einverstanden sein und man meint, das übrige Europa werde mit Österreich-Ungarn in der Forderung sympathisieren, daß Serbien künftig unterwürfigere Haltung einnehmen soll.

Mein Gewährsmann erklärt, daß Graf Forgach diese Ansichten seines Chefs durchaus teilt und daß sie in allen Schichten Österreich-Ungarns ganz allgemein verbreitet sind.

Ich fragte, ob man von Rußland erwarte, daß es im Falle der Gewaltanwendung gegen Serbien ruhig zuschauen werde.

Mein Gewährsmann sagte, er vermute, daß Rußland Mörder seiner Rasse nicht schützen wolle; aber Österreich-Ungarn würde jedenfalls ohne Rücksicht auf die Folgen vorgehen. Es würde seine

Stellung als Großmacht einbüßen, wenn es sich weiteren Nonsens von Serbien gefallen ließe.

Diese Sprache wird auch von einem Teil der Zeitungen, einschließlich der „Neuen Freien Presse“ geführt, die jetzt mit dem Außenministerium in Fühlung steht. Das amtliche „Fremdenblatt“ ist gemäßigter.

Ich hoffe, Minister des Äußern Freitag zu sehen.
(Gleichlautend nach Belgrad)

Vgl. *Berichte* No. 55, 56

Vermerk

Graf Trauttmansdorff sprach heute (ganz privat) ausführlich mit mir und drückte dabei fast die gleichen Ansichten aus. — E. A. C. 16. Juli.

(32283)

No. 51

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 86

Wien, den 16. Juli 1914

A. 1⁵⁰ nachm.

E. 3³⁵ nachm.

In Erwiderung auf Interpellationen in ungarischer Kammer bezüglich der zwischen Österreich-Ungarn und Serbien herrschenden Spannung sagte ungarischer Ministerpräsident gestern abend, Beziehungen zwischen den beiden Ländern müßten geklärt werden*, aber Regierung sei nicht der Meinung, daß diese Klärung notwendigerweise zu kriegerischen Verwicklungen führen müsse. Obgleich Hoffnung auf friedliche Lösung in Rede zum Ausdruck kommt, gab Graf Tisza eine Art allgemeiner Erklärung ab, daß jede Nation zum Krieg bereit sein müsse¹⁾.

(32300)

No. 52

Lord Granville an Sir Edward Grey

Erhalten 17. Juli

No. 347

Paris, den 16. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Über die gegenwärtige und künftige Vermehrung der russischen Armee veröffentlicht der „Tems“ in seiner heutigen Ausgabe einen

¹⁾ Siehe No. 65, 82.

* In diesem Sinne auch in „Schultheß' Europäischem Geschichtskalender“, Jahrgang 1914, S. 463. Nach dem „Pester Lloyd“ vom 16. Juli 1914, Morgenblatt No. 166, hat sich Tisza schärfer mit den Worten ausgedrückt: „Die Angelegenheit mit Serbien ist unter allen Umständen zu bereinigen.“ Siehe Dok. No. 82.

Leitartikel, der nicht nur wegen der Aufschlüsse, die er über die Einzelheiten der russischen Streitkräfte enthält, sondern auch hinsichtlich der Wirkung beachtenswert ist, die er wahrscheinlich auf die französische öffentliche Meinung ausüben wird; denn diese bildet sich ihr Urteil über die militärische Lage fremder Völker größtenteils aus Informationen, die ihr Zeitungen vom Range des „Temps“ verschaffen. Der Hauptinhalt des „Temps“-Artikels ist wie folgt:

Obschon die Duma und der Reichsrat in geheimer Sitzung über die militärischen Fragen beschlossen haben und die russische Presse völlig darüber geschwiegen hat, ist es trotzdem möglich, die Hauptlinien der neuen vom russischen Generalstab entworfenen Militärvorlage zu erkennen. Der Grundgedanke besteht in der systematischen und allgemeinen zahlenmäßigen Erhöhung der Friedensstärke der Armee. Rußland, das eine Bevölkerung von einhundertundachtzig Millionen hat, vermag diese Maßnahme mit der größten Leichtigkeit durchzuführen. Es braucht aus hundert seiner Untertanen bloß immer einen Soldaten herauszuziehen, um ein aktives Heer von einer Million achthunderttausend Mann zu bilden. Rußland hat diese Formel angenommen und künftig wird seine Armee mit der Zunahme seiner Geburtsrate Schritt halten. Die russischen Militärbehörden wollen indes nicht nur das jährliche Rekrutenkontingent erhöhen, sondern auch die Militärdienstzeit verlängern. Der Ukas vom 20. März 1906, der das Militärgesetz von 1874 einschränkte, hatte die Dienstzeit für die Infanterie und berittene Artillerie auf 3 Jahre und für die anderen Gattungen auf 4 Jahre herabgesetzt. Jetzt hat man dies System geändert; die Mannschaften, die im gewöhnlichen Lauf der Dinge ihre Dienstzeit im Oktober beendet haben würden, werden bis zum nächsten April unter den Fahnen behalten. Bezüglich der Erhöhung des jährlichen Rekrutenkontingentes ist zu bemerken, daß von 1908 bis 1913 die Zahlen in jedem Jahre ungefähr die gleichen waren, das heißt es wurden etwa 450 000 Mann jährlich eingezogen. Dies ergab eine Armee von 1 300 000 Mann Friedensstärke. Das nächste Kontingent wird sich jedoch auf 580 000 Mann belaufen, was eine Erhöhung um 130 000 Mann im Vergleich zum Zeitraum von 1908—13 bedeutet; doch diese Ziffer wird sich stufenweise weitererhöhen. Bis 1918 wird die russische Armee eine Friedensstärke von insgesamt 1 700 000 Mann erreichen; und wenn man die Berechnung für die ersten Monate des Jahres 1919 — ehe dasjenige Kontingent zur Entlassung gelangt, das dann bereits drei Jahre Dienst hinter sich hat — anstellt, muß die Gesamtfriedensstärke der russischen Armee auf 2 300 000 Mann geschätzt werden.

Der „Temps“ schließt diesen Überblick über die russische Militärmacht mit der Bemerkung, daß allein das bloße Gewicht dieser neuen Truppenmassen seine Wirkung auf das europäische Gleichgewicht haben muß. Frankreich ist mehr als die anderen Nationen

an der neuen Sachlage bei der russischen Armee interessiert und der französische Beitrag zur gemeinsamen militärischen Anstrengung schließt die vollständige Beibehaltung des dreijährigen Dienstgesetzes in Frankreich ein.

Ich habe usw.

Granville

(32459)

No. 53

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 44

Belgrad, den 17. Juli 1914

A. 12³⁰ nachm.

E. 4²⁵ nachm.

Wiener Telegramm No. 85 vom 16. Juli¹⁾.

Gegenwärtige Haltung serbischer Regierung ist behutsam und versöhnlich. Serbischer Ministerpräsident hat österreichischem Gesandten in nichtamtlicher Unterredung erklärt, daß serbische Regierung bereit sei, jedem Ansuchen um polizeiliche Untersuchung sofort nachzukommen und jede andere Maßnahme, die mit Würde und Unabhängigkeit des Staates vereinbar, zu ergreifen.

Aber allgemein herrscht das Gefühl, daß einem Verlangen der österreichisch-ungarischen Regierung nach Einsetzung einer gemischten Untersuchungskommission, nach Unterdrückung nationalistischer Gesellschaften oder nach Pressezensur nicht entsprochen werden könne, da dies fremde Einmischung in innere Angelegenheiten und Gesetzgebung bedeuten würde.

(Gleichlautend nach Wien)

(32510)

No. 54

Lord Granville an Sir Edward Grey

Erhalten 18. Juli

No. 351

Paris, den 17. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß in dieser Woche der Jahreskongreß der französischen Sozialisten in Paris stattgefunden hat. Die wichtigste zur Erörterung gelangte Frage betraf die Haltung des Sozialismus im Falle eines europäischen Krieges. Der Vorschlag der

¹⁾ No. 50.

Herren Keir Hardie und Vaillant, des französischen Abgeordneten, man solle einer Kriegserklärung mit einem Generalstreik der Arbeiterklassen in den betreffenden Ländern begegnen, war Gegenstand einer langen Debatte, während der ein beträchtlicher Meinungsunterschied unter den Abgeordneten zutage trat. Mehrere von ihnen wiesen auf die Schwierigkeiten hin, die sich bei Erklärung eines Generalstreiks zu einer Zeit, in der das Land am Rande des Krieges stände, ergeben würden. Man hat vorgebracht, daß solch ein Verhalten womöglich nur die Geschäfte des feindlichen Landes fördern würde, in dem die sozialistischen Organisationen vielleicht weniger stark seien oder in dem der Krieg, wenn auch noch so ungerecht, populär wäre. Um wirksam zu sein, müsse der Generalstreik gleichzeitig in beiden Ländern erklärt werden, und dies sicherzustellen sei außerordentlich schwierig. Herr Guesde, der Führer einer Schule französischer Sozialisten, meinte, man dürfe nicht annehmen, daß die deutsche Arbeiterklasse in Gemeinschaft mit der französischen einen Generalstreik erklären würde, der ihr Land den Händen der Russen, den Verbündeten Frankreichs, auslieferte. Man erinnerte die Abgeordneten an die Schwierigkeiten, die sich dem Erfolg eines Generalstreiks nach erlassenen Mobilisierungsbefehlen, zur Zeit des Standrechts und der allgemeinen Aufregung, die einem Krieg vorauszugehen pflegt, in den Weg stellen würden. Herr Hervé, der bekannte Antimilitarist, betonte in diesem Zusammenhang die Schwierigkeit, zwischen einem Angriffs- und Verteidigungskrieg zu unterscheiden.

Herr Marcel Sembat, der zugunsten des Generalstreikes sprach, fragte, was denn eine internationale Organisation nütze, wenn die Sozialisten vor jedem Hindernis verzagten. Herr Jaurès sagte, er sei, wenn er auch die Bedenken gegen einen Generalstreik als einseitiger Maßnahme, die gegen sein eigenes Land ausfallen könne, durchaus anerkenne, doch der Ansicht, daß er das beste Mittel sei, mit dem die Arbeiterklasse den Krieg zu bekämpfen vermöge, daß er zum mindesten ein Vorbeugungsmittel sei und daß der Kongreß erwägen solle, wie man eine möglichst wirksame Waffe daraus machen könne.

Nach einer weiteren Diskussion wurde ein Ausschuß zur Abfassung einer Formel eingesetzt, die der allgemeinen Ansicht des Kongresses Ausdruck verleihen sollte.

Herr Jaurès als Wortführer dieses Ausschusses verlas den folgenden Entwurf:

„Entre tous les moyens employés pour prévenir et empêcher la guerre et pour imposer aux Gouvernements le recours à l'arbitrage, le Congrès considère comme particulièrement efficace:

La Grève Générale Ouvrière, simultanément et internationalement organisée dans les pays intéressés, ainsi que l'agitation et l'action populaires sous les formes les plus actives.“

Dieser Antrag wurde mit 1690 gegen 1174 Stimmen, bei drei- undachtzig Stimmenthaltungen, angenommen.

Ehe der Kongreß auseinander ging, nahm er einstimmig eine Resolution an, welche die französisch-deutschen interparlamentarischen Unionen in Basel und Bern billigte und die Hoffnung ausdrückte, Elsaß-Lothringen möchte die Autonomie gewährt werden, da dies stark zur Aussöhnung Frankreichs und Deutschlands beitragen würde.

Ich habe usw.

Granville

(32532)

No. 55

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 18. Juli

No. 143

Wien, den 13. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Wie ich von einem Österreicher, der Fühlung mit dem Ballplatz hat, höre, ist Graf Berchtold zwar selbst friedlich gesinnt, aber bei verschiedenen Mitgliedern des österreichisch-ungarischen Auswärtigen Amtes, deren Ansichten Gewicht haben, herrscht das Gefühl, daß energische Schritte gegen Serbien geboten seien. Diese Leute argumentieren, daß die Doppelmonarchie ihre Stellung als Großmacht verlieren wird, wenn sie nicht ein- für allemal in Belgrad klarmacht, daß serbische Provokationen nicht länger diesseits der Grenze geduldet werden, und sie dringen auf militärische Maßnahmen, um Serbien zur Annahme dessen zu zwingen, was sie als notwendige Forderung der Teilnahme österreichischer Vertreter bei der Aufgabe betrachten, die Anstifter und Komplizen des Anschlages auf den österreichischen Thronfolger herauszufinden und ihrer verdienten Strafe zuzuführen. Die „Reichspost“ und andere mehr oder weniger unabhängige Organe der Wiener Presse führen einen kräftigen Feldzug in dieser Richtung. Die „Neue Freie Presse“ hat sich durch Geschrei nach Rache an Serbien ausgezeichnet. Von vielen Seiten hört man Bedauern darüber äußern, daß Österreich im Jahre 1908, als Bosnien und die Herzegovina annektiert wurden, nicht gegen Serbien zu Felde zog, da man zu der Zeit gegen die Nachbarmonarchie einen Schlag hätte führen können, der sie auf eine Generation zur Machtlosigkeit verurteilt hätte. Rußland, so bringt man vor, war damals nach seinem Kriege mit Japan nicht in der Lage, Serbien wirksam zu unterstützen. Nachdem diese Gelegenheit, ebenso wie die andere, die sich kürzlich durch die Balkankriege bot, verpaßt worden sei, könne Österreich-Ungarn es sich nicht wieder leisten, die Unverschämtheit und Kühnheit der serbischen Nationalisten ungestraft zu lassen.

Die „Neue Freie Presse“ macht geltend, daß die Doppelmonarchie diesmal die Sympathien ganz Europas auf ihrer Seite haben werde, wenn sie strenge Maßnahmen gegen Serbien ergriffe. Selbst Rußland würde einen Feldzug gegen eine Nation billigen, die mit dem Verbrechen des im eigenen Lande verübten Königsmordes besudelt ist und die Serajewoer Mordtat prahlerisch entschuldigt, und das übrige Europa würde in einem Kriege berechtigter Selbstverteidigung gegen Mord und Gewalttat Österreich sicherlich zur Seite stehen.

Wie ich bereits in meinem Bericht No. 140 vom 11. Juli erwähnte¹⁾, wurde gegen eine derartige Sprache ein Warnruf in Form eines amtlichen Communiqués veröffentlicht, das alle Alarmnachrichten, die man die Presse über das Ergebnis der jüngsten Konferenz der gemeinsamen Minister und der zwischen dem Kaiser und dem Grafen Berchtold am 9. Juli in Ischl stattgefundenen Beratung hatte veröffentlichten lassen, als völlig unbegründet bezeichnete. In der Tat wird allgemein angenommen, daß man den Kaiser selbst nur schwer dazu bewegen könnte, ein aggressives Vorgehen, das fast sicher zu internationalen Verwicklungen ernstester Art führen würde, gutzuheißen. Daß sich wohl eher gemäßigte Ratschläge durchsetzen werden, dürfte auch wegen der überlegt vorsichtigen Worte wahrscheinlich sein, die der ungarische Ministerpräsident am 8. Juli in Beantwortung von Interpellationen in der Budapester Kammer gebrauchte²⁾. Während er zugab, daß der Erzherzog einem vorsätzlichen Anschlag zum Opfer gefallen sei und daß wenigstens sechs oder acht Bomben bereit lagen, um an jenem Unglückstage gegen seinen Wagen geschleudert zu werden, bestritt Graf Tisza doch, daß sich die Bewohner Bosniens im Ganzen illoyal gegen die Verbindung mit der Doppelmonarchie verhielten oder daß unter ihren Völkern eine weitreichende Verschwörung gegen die habsburgische Herrschaft bestünde. Die Regierung würde daher nichts Übereiltes unternehmen. Sie werde „in jeder Richtung ihre Pflicht erfüllen“. Was auf dem Gebiete der auswärtigen Angelegenheiten geschehen werde, sei er nicht befugt zu sagen. Er verurteilte die Massenerstörungen serbischen Eigentums, die unglücklicherweise in Bosnien Platz gegriffen hatten, und er äußerte die Hoffnung, daß der zwischen den rivalisierenden Zweigen der slawonischen Rasse in Kroatien bestehende *modus vivendi* auch künftighin aufrechterhalten bliebe*.

Die Erklärungen des Grafen Tisza haben die öffentliche Meinung umso wirkungsvoller beruhigt, als der österreichische Reichsrat infolge tschechischer Obstruktion seit letztem März suspendiert ist und die ungarische Kammer daher augenblicklich das einzige Mittel bildet,

¹⁾ No. 46.

²⁾ Vgl. No. 65.

* Siehe die Rede Tisas im „Pester Lloyd“, 9. Juli 1914, Morgenblatt No. 160.

um die Volksvertreter über die Absichten der Regierung zu unterrichten. Graf Tisza hatte am Tag vor seiner Erklärung an den Beratungen der gemeinsamen Außen-, Kriegs- und Finanzminister teilgenommen und drückte in seiner Rede ohne Zweifel die Meinungen aus, die in jenem wichtigen Ministerrat vorherrschten.

Aber obgleich auf diese Weise der Schrei nach Rache an Serbien etwas gedämpft wurde, befindet sich Österreich doch noch in sehr aufgebrachter Stimmung und die täglich in Wien aus einem Teil der Belgrader Presse wiedergegebenen Auszüge sind geeignet, die öffentliche Stimmung weiter zu erhitzen. Der serbische Gesandte, Herr Jowanowitsch, verurteilt diese Auslassungen, hebt aber hervor, daß sie ihre Erklärung, wenn auch gewiß keine Rechtfertigung, teilweise in der Erinnerung an unzählige, in beleidigendsten Ausdrücken gehaltene Angriffe finden, die von der Wiener Presse gewohnheitsmäßig gegen das serbische Volk geführt wurden. Er weist ferner auf die jüngsten Äußerungen des serbischen Ministerpräsidenten hin, die die wahre Gesinnung der Nation zum Ausdruck bringen. Herr Paschitsch soll gesagt haben, daß die serbische Regierung gewillt sei, im Einklang mit den Obliegenheiten eines zivilisierten Staates in jeder Weise behilflich zu sein, um den Verzweigungen des Verbrechens vom 28. Juni auf serbischem Gebiet nachzuforschen.

Ich habe usw.

(für den Botschafter)

Theo Russell

No. 56

Sir M. de Bunsen an Sir Arthur Nicolson

(Privat)

Wien, den 17. Juli 1914

Mein lieber Nicolson,

Es gibt nur ein Thema in der Wiener Presse — selbst Albanien in seinen Wehen ist fast ganz verdrängt —: wann man nämlich den Protest gegen Serbien erheben und was er enthalten wird? Daß man protestieren wird, bezweifelt niemand, und der Schritt wird wahrscheinlich mit Forderungen verbunden sein, die eine Demütigung Serbiens bezwecken. Nach allem, was ich höre, ist der Ballplatz in unachgiebiger Stimmung; aber sehr wahrscheinlich wird Graf Berchtold, den ich heute nachmittag sehen soll, sich wie immer sphynxartig verhalten. Der Gewährsmann für mein gestriges Telegramm¹⁾ war Graf Lützow, der ehemalige Botschafter in Rom. Er hat unweit von uns einen Landsitz und wir fahren mittags zum Essen hinüber. Er

¹⁾ No. 50.

hatte am Tag vorher Berchtold und Forgatsch* am Ballplatz gesehen und sich lange mit ihnen unterhalten. Er machte ein ernstes Gesicht und bemerkte, er frage sich, ob ich wüßte, wie ernst die Lage sei. Die Regierung werde sich serbische Unverschämtheiten nicht länger gefallen lassen. Keine Großmacht könne solch eine Frechheit, wie sie Serbien an den Tag gelegt, hinnehmen und sich dabei ihre Stellung in der Welt erhalten. Eine Note sei in Vorbereitung und würde nach Abschluß der Serajewoer Untersuchung fertiggestellt werden; man würde darin kategorisch verlangen, daß Serbien durchgreifende Maßregeln treffe, um die Herstellung und Ausfuhr von Bomben zu verhindern und um die hinterhältige und mörderische Propaganda gegen die Doppelmonarchie zu unterbinden. Unnütze Erörterungen werde man nicht dulden. Wenn Serbien nicht sofort klein beigäbe, würde es mit Gewalt dazu gezwungen werden. Graf Lützow fügte hinzu, Graf Berchtold sei der deutschen Unterstützung sicher und glaube nicht, daß irgend ein Land — selbst Rußland nicht — mit seiner Zustimmung zögern könne.

All dies ist natürlich nur eine Wiedergabe dessen, was Graf Lützow den Worten des Grafen Berchtold entnahm, und er mag etwas übertrieben haben — aber es stimmt auffallend mit der Sprache der meisten Zeitungen und fast aller Leute überein, denen man begegnet. Ich äußerte Zweifel, ob Rußland, wenn es wirklich zum Schlagen käme, was ich nicht glauben könne, Österreich und Serbien die Sache allein ausfechten ließe. Graf Lützow meinte, Österreich sei diesmal entschlossen, seinen Willen durchzusetzen und werde sich von niemand davon abhalten lassen. Die Rede Graf Tiszas scheint mir nicht sehr beruhigend zu klingen. Er sagte: Die Beziehungen zu Serbien müssen geklärt werden, und wir können das vielleicht ohne Krieg erreichen.

Ich vermag noch nicht zu glauben, daß Österreich zu den äußersten Mitteln greifen wird, aber meines Erachtens steht uns eine sorgenvolle Zeit bevor. Ich bin sicher, daß Tschirsky** nichts tut, um Österreich zurückzuhalten. Er gestand mir letztthin, daß er an die Möglichkeit besserer Beziehungen zwischen Österreich und Serbien nicht glaube, und der deutsche Militärattaché verhehlt seine Ansicht nicht, daß für Serbien die Stunde der verdienten Strafe naht. Das hat mir Schebeko erzählt, der meinte, Rußland würde in diesem Falle unvermeidlich hineingezogen werden. Ich hoffe, daß die private Information, die Sie mir gütigsterweise in der Nachschrift vom 7. Juli zu Ihrem Brief vom 6. vertraulich übermittelten¹⁾, richtig ist und daß Berlin dagegen wäre, wenn Wien scharfe Maßnahmen gegen Serbien ergreifen wollte.

¹⁾ No. 33. Von dieser Nachschrift hat Sir A. Nicolson keine Abschrift gemacht.

* Meist Forgach geschrieben.

** Richtig Tschirschky.

Jowanowitsch hat mich heute morgen wieder besucht. Er kann nichts aus dem Ballplatz herauskriegen und sieht dem Ende des dortigen ominösen Schweigens mit ziemlicher Besorgnis entgegen. Er sagt, Serbien werde alles tun, was billigerweise verlangt werden kann, um Verbrechen zu unterdrücken; es sei aber nutzlos, die Unterdrückung von Gefühlen zu fordern, die jeden Serben beseelten. Er bemerkte, es wäre geradeso vernünftig, von den Polen, Ruthenen, Rumänen und Italienern innerhalb der Doppelmonarchie zu verlangen, daß sie auf den Traum ihrer schließlichen Vereinigung mit der Hauptmasse ihrer Rasse jenseits der Grenze verzichteten. Diese Gefühle machen aus den verschiedenen Nationalitäten noch nicht notwendigerweise schlechte Untertanen. Sie werden sich alle ruhig verhalten, solange man sie gut behandelt; doch im hintersten Winkel ihrer Vorstellungen wahren sie die Idee, sich eines Tages mit ihren Stammesbrüdern zu vereinigen, wenn das Reich in die Brüche gehen sollte.

Stets Ihr

Maurice de Bunsen

Nachschrift: Ich habe mich eben mit Berchtold unterhalten. Er war reizend, kündigte für den kommenden Sonntag seinen Besuch auf unserem Landsitz an, lud uns zu sich nach Buchlau ein, dem Schauplatz der berühmten Unterredung zwischen Arenthal* und Iswolsky, erzählte mir, daß demnächst einige seiner Pferde an dem und jenem Rennen teilnehmen würden, berührte aber mit keinem Wort die allgemeine Politik oder Serbien. Wir sprachen ein wenig über Albanien und griechische Greuel in Epirus. Von der Aussicht einer Verständigung zwischen Griechenland und der Türkei schien er nicht sonderlich entzückt zu sein, weil er besorgt, daß sich Griechenland nun unangenehmer denn je an der Seite Albaniens fühlbar machen werde.

M. de B.

(32609)

No. 57

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 45

Belgrad, den 18. Juli 1914

A. 11⁰ vorm.

E. 12³⁵ nachm.

Mein unmittelbar vorhergehendes Telegramm vom 17. Juli¹⁾.

Ich entnehme Äußerungen des österreichischen Gesandten, daß er persönlich nicht dafür ist, Serbien zu hart zu bedrängen, da er über-

¹⁾ No. 53.

* Richtig Aehrenthal.

zeugt, daß serbische Regierung bereit ist, alle Maßregeln zu ergreifen, die vernünftigerweise von ihr gefordert werden können. Er sieht die Lage nicht in pessimistischem Lichte.

(Gleichlautend nach Wien)

(32643)

No. 58

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 91

Wien, den 18. Juli 1914

A. 2¹⁰ nachm.

E. 3³⁰ nachm.

Russischer Botschafter befürchtet, daß Artikel wie der, den Wiener Presse heute morgen ausführlich aus gestriger „Westminster Gazette“ zitiert¹⁾, österreichisch-ungarische Regierung ermutigen wird, scharf gegen Serbien vorzugehen. Artikel wird als an Serbien gerichtete Warnung eines Organs britischer Regierung hingestellt. Ich habe russischem Botschafter gesagt, daß Artikel sicher jedes amtlichen Charakters und Gewichts entbehrt.

Auszug aus einem Artikel der „Westminster Gazette“ vom 17. Juli 1914

... Nach dem Verbrechen von Serajewo können wir nicht leugnen, daß Österreich-Ungarn einen offenkundigen Rechtsanspruch für seinen Wunsch besitzt, seine Beziehungen zu Serbien geklärt zu sehen. In der Monarchie ist man tief entrüstet und in weiten Kreisen herrscht der Glaube, daß die antiösterreichische Verschwörung, die den Erzherzog fällte, ihren Ursprung in Serbien hatte. Die Angelegenheit ist durch den Pressefeldzug, der seit dem Morde in Serbien vor sich ging, nicht gebessert worden; und in Wien und Budapest hegt man den Verdacht, daß ein planmäßiger Versuch im Werke ist, die österreichisch-ungarische Bevölkerung serbischer Nationalität zu bearbeiten, um ihre Los-trennung von der Monarchie vorzubereiten, falls sich eine günstige Gelegenheit dazu bieten sollte. Unter solchen Umständen kann man nicht erwarten, daß die Regierung untätig bleibe; und Serbien wird gut beraten sein, wenn es sich die Berechtigung der Besorgnisse seines großen Nachbarn klar macht und alles, was in seiner Macht stehen mag, tut, um sie zu beheben, ohne auf einen Druck zu warten, der das einschließen könnte, was Graf Tisza „kriegerische Verwicklungen“ nennt. ...

Vermerk

Meiner Ansicht nach rechtfertigt der Artikel die ihm vom russischen Botschafter gegebene Deutung nicht. Er nimmt an, daß der Artikel von Seiner Majestät Regierung inspiriert worden sei, und fragt sich, was unsere Absicht war, als wir ihn schreiben ließen. Er wurde von uns überhaupt nicht inspiriert. — E. G.

¹⁾ Vgl. No. 73, sowie Bericht No. 156.

(32644)

No. 59

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 92. Vertraulich

Wien, den 18. Juli 1914

A. 2¹⁰ nachm.

E. 3³⁵ nachm.

Telegramm aus Belgrad No. 44 vom 17. Juli ¹⁾.

Minister des Äußern erwähnte Serbien nicht in Besprechung, die ich gestern mit ihm hatte, aber italienischer Botschafter teilte mir mit, daß Außenminister als Antwort auf seine Frage, ob Lage ernst werde, diesen Ausdruck nicht gelten lassen wollte, aber zugab, daß Lage der „Klärung“ bedürfe und nichts weniger als „heiter“ sei. Italienischer Botschafter glaubt nicht, daß man unvernünftige Forderungen an Serbien stellen wird, aber er tadelt österreichisch-ungarische Regierung, infolge täglicher Sprache der Presse bei öffentlicher Meinung Erwartung entstehen zu lassen, daß eine Art Ultimatum abgesandt wird, das möglicherweise zum Kriege führt. Er glaubt nicht, daß Minister des Äußern oder Kaiser ein solch unkluges Vorgehen gutheißen würden.

(Gleichlautend nach Belgrad)

Vgl. Bericht No. 156

(32659)

No. 60

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 161

St. Petersburg, den 18. Juli 1914

A. 8⁵⁰ nachm.

E. 10³⁰ nachm.

Im Laufe heutiger Unterredung drückte Außenminister das große Unbehagen aus, das ihm österreichische Haltung gegen Serbien einflöße. Er habe beunruhigende Telegramme von den russischen Botschaftern in London, Berlin und Rom erhalten und sich vorgenommen, die französische Regierung zu bitten, ein Wort der Warnung in Wien zu äußern. Er habe soeben den deutschen Botschafter gesehen und ihm nachdrücklich gesagt, daß es der einzige Wunsch Rußlands sei, in Ruhe gelassen zu werden. Rußland hege gegen niemand Angriffspläne und möchte seine ganze Tatkraft der Entwicklung seiner inneren Hilfsquellen und dem Bau von Eisenbahnen widmen, die es so sehr benötige. Die Zeit der Expansion, die es durchgemacht habe, sei nun vorüber. Die Verstärkung seiner Rüstungen

¹⁾ No. 53.

richte sich nicht gegen eine andere Macht, sondern sei für die friedliche Entwicklung des ungeheuren Reiches notwendig. Deutschland nehme im Verhältnis eine weit stärkere Stellung als Rußland ein, da es weder solch lange Grenzen noch ein solch ausgedehntes Gebiet zu verteidigen habe.

Die großserbische Bewegung in Österreich sei ein inneres Gewächs und die Verantwortung dafür könne Serbien ebensowenig zugeschoben werden, wie man Deutschland für die alldeutsche oder Italien für die italienische Propaganda verantwortlich machen könne, die in Österreich betrieben werde.

In Beantwortung einer Frage von mir sagte Seine Exzellenz, daß eine Art österreichischen Ultimatums in Belgrad Rußland nicht gleichgültig lassen könne und es möglicherweise zwingen würde, einige militärische Vorsichtsmaßregeln zu ergreifen.

(32651)

No. 61

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 46

Belgrad, den 19. Juli 1914

A. 11³⁰ vorm.

E. 3³⁰ nachm.

Im Laufe privater Unterhaltung mit dem Unterstaatssekretär des Äußern brachte ich gestern Sprache auf den „Times“-Artikel vom 16. d. Mts., der serbischer Regierung rät, sie solle aus eigenem Antrieb eine Untersuchung der angeblichen südslawischen Verschwörung auf serbischem Boden vornehmen. Unterstaatssekretär wies daraufhin, daß, solange Ergebnis des Gerichtsverfahrens in Serajewo nicht bekanntgegeben, die serbische Regierung kein Material besäße, auf das sie eine solche Untersuchung gründen könne. Er versicherte mir, daß die serbische Regierung bei Veröffentlichung der gerichtlichen Untersuchung durchaus bereit sei, jeder mit dem internationalen Brauch in Einklang stehender Forderung weiterer Untersuchung, die durch die Umstände etwa geboten sei, nachzukommen.

Er sagte, er wisse wohl, daß es eine einflußreiche Partei in Österreich gäbe, die gerne die gegenwärtige Lage benutzen möchte, um den äußersten Druck auf Serbien auszuüben; aber die serbische Regierung habe sichere Nachricht, daß Berlin mäßigend auf Österreich einwirken würde. Sollte Österreich jedoch den Krieg erzwingen, dann bliebe Serbien nicht allein. Rußland würde nicht zuschauen und Serbien einem mutwilligen Angriff ausgesetzt lassen, und Bulgarien würde durch Rumänien immobilisiert sein.

(Gleichlautend nach Wien)

Vgl. Bericht No. 80

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

Erhalten 20. Juli

No. 129. Streng vertraulich

Belgrad, den 13. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich unter Bezugnahme auf meine Telegramme No. 42 und 43 vom 11. und 12. d. Mts.¹⁾ zu berichten, daß Herr von Hartwig, der russische Gesandte in Serbien, durch eine merkwürdige Fügung des Schicksals am Abend des 10. d. Mts. in den Räumen der österreichischen Gesandtschaft einem Herzschlag erlegen ist.

Wie es scheint, hatte Herr von Hartwig den Wunsch, dem österreichischen Gesandten, der am selben Tag nach Belgrad zurückgekehrt war, eine persönliche Erklärung betreffs gewisser Klatschereien abzugeben, die hinsichtlich seines Betragens und seiner Haltung nach der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand in der Öffentlichkeit umliefen. Ich habe keine unmittelbare Kenntnis von dem, was sich bei dieser Zusammenkunft ergab, und ich will deshalb lediglich einige der Gerüchte aufzeichnen, die man herumgetragen hatte und die im Laufe der Unterredung erörtert worden sein mögen.

1. Die Wiener „Reichspost“ hatte den russischen Gesandten unlängst in einem Artikel angegriffen, weil er am Abend der Ermordung des Erzherzogs eine Bridgepartie veranstaltet habe. Es ist richtig, daß Herr von Hartwig an jenem Abend in kleinem Kreise, nämlich mit dem rumänischen und griechischen Gesandten und dem italienischen Geschäftsträger Bridge spielte; aber unter den gegebenen Umständen hat der Artikel der „Reichspost“ anscheinend einige ganz unnötige Ausfälle enthalten.

2. Der russische Gesandte wurde beschuldigt, am Tage der Trauerfeier für den Erzherzog die russische Flagge nicht auf Halbmast gesetzt zu haben. Obwohl Herr von Hartwig selbst beteuerte, daß geflaggt war, erklären mehrere meiner Kollegen, daß dem nicht so gewesen sei. Die österreichische Gesandtschaft war aufgebracht darüber und zweifellos lag dem russischen Gesandten daran, die Sache beizulegen.

3. Zu meinem Bedauern muß ich feststellen, daß Herr von Hartwig kürzlich, unter anderem in Gegenwart meines italienischen Kollegen, recht ungehörige und unbesonnene Worte über das Privatleben und den Charakter des gegenwärtigen österreichisch-ungarischen Thronerben geäußert hat. Ich weiß nicht, ob diese Bemerkungen der österreichischen Gesandtschaft hinterbracht wurden; aber wenn dies der Fall war, dann dürfte die Unterredung für Herrn von Hartwig

¹⁾ No. 48.

etwas aufregend gewesen sein und genügt haben, ein Ende zu beschleunigen, das nach ärztlichem Gutachten auf jeden Fall nur um wenige Tage hätte hinausgeschoben werden können. Mir wird indessen versichert, daß die Unterhaltung der beiden Gesandten durchaus freundschaftlich verlief, und so wie ich Baron Giessl* kenne, sollte ich meinen, daß er die Erklärungen Herrn von Hartwigs ganz gewiß in versöhnlichem Sinne entgegengenommen hat.

Als man in Belgrad die merkwürdigen Begleitumstände vom Tode des russischen Gesandten erfuhr, wurden sofort Schauergerüchte in Umlauf gesetzt, daß Herr von Hartwig eine „Tasse Tee“ in der österreichischen Gesandtschaft getrunken habe. Ich erwähne dies nur als ein Kennzeichen der etwas mittelalterlichen Sitten, die in dieser Stadt noch herrschen.

Ich habe usw.

Dayrell Crackanthorpe

(32779)

No. 63

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 20. Juli

No. 295

Berlin, den 18. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich zu berichten, daß ich mich gestern mit Herrn Cambon über die allgemeine politische Lage unterhalten habe. Seine Exzellenz ist soeben aus dem Urlaub zurückgekehrt. Er bemerkte, daß er den österreichisch-ungarischen Botschafter gesehen und Graf Szögyenyi** zum ersten Male, seit er ihn kenne, im Hinblick auf die Zukunft pessimistisch gefunden habe. Dieser Pessimismus mag vielleicht zum Teil auf das Bedauern und die Niedergeschlagenheit zurückzuführen sein, die Graf Szögyenyi darüber empfindet, daß er in wenigen Wochen einen Posten verlassen muß, den er über zwanzig Jahre lang bekleidet hat. Herr Cambon gab sich Gedanken über die Frage hin, welche Rolle die deutsche Regierung bei einer von ihrem Verbündeten etwa ins Auge gefaßten Demarche in Belgrad spiele. Der italienische Botschafter ist ebenso neugierig über diesen Punkt. Wenn zwischen Berlin und Wien ein Meinungsaustausch über die Natur der in Belgrad zu unternehmenden Schritte stattgefunden hat, so wurde sein Ergebnis völlig geheim gehalten. Die Öffentlichkeit tappt im Dunkeln, weshalb sich an einigen Stel-

* Richtig Giesl.

** In den amtlichen österreichischen Akten stets Szögyény geschrieben.

len ein Gefühl der Gereiztheit offenbarte, das vor einigen Tagen in der „Kreuz-Zeitung“ wie folgt zum Ausdruck kam:

„Genau dasselbe Schwanken, die gleiche Unschlüssigkeit, die die österreichische Regierung während der Balkankrise bekundet hat, gewahren wir auch jetzt hinsichtlich der beabsichtigten Demarche in Belgrad . . . Entweder man hat in Wien genügendes Material zur Hand, um in Belgrad vorstellig werden zu können: dann soll man, was zu tun ist, bald und mit Nachdruck tun; oder man besitzt keine entsprechende Unterlagen: dann soll man Serbien nicht mit der Ankündigung von diplomatischen Aktionen reizen, die mangels eines ernsteren Hintergrundes schließlich doch unterbleiben müssen. Man ist in Deutschland bereit, der österreichischen Regierung auch in der gegenwärtigen Frage die weitestgehende Unterstützung angedeihen zu lassen, aber man darf andererseits erwarten, daß man sich in Wien nun endlich darüber klar wird, was man eigentlich zu tun gedenkt.“*

Dann fragte ich den französischen Botschafter, ob er nicht der Meinung sei, daß Rußland und seine vermeintlichen Pläne die öffentliche Meinung Deutschlands im selben Grade beschäftigten, wie dies noch bis vor kurzem mit England der Fall war — daß wir tatsächlich in dieser Hinsicht Rußland Platz gemacht hätten. Herr Cambon pflichtete dem ganz bei und fügte hinzu, daß die Dinge zwischen Frankreich und Deutschland keineswegs so seien, wie sie es sollten. Die Deutschen benähmen sich durchaus nicht freundlich gegen sein Land. Die Beziehungen müßten früher oder später einmal geklärt werden. Seine Exzellenz spielte auf die zurzeit ungemein große Empfindlichkeit Deutschlands in der Spionagefrage an. Das ist mir auch aufgefallen. Natürlich ist die Entwicklung des Flugzeugwesens in hohem Maße dafür verantwortlich gewesen. Es kommt häufig vor, daß Flugzeuge usw. die Ost- oder Westgrenzen Deutschlands überfliegen. Gestern wurde zum Beispiel berichtet, daß das Luftschiff „Z 4“ auf einer Fahrt der russischen Grenze entlang russisches Gebiet überflogen habe und von russischen Grenzwachen beschossen worden sei.

Vor etwa zwei Wochen hat der russische Militärattaché infolge der Verhaftung eines Sergeanten namens Pohl, von dem er Pläne zweier Festungen an der Ostgrenze gekauft hatte, Berlin eiligst verlassen. Vor zwei Tagen stand Pohl vor dem Kriegsgericht; die Verhandlungen fanden aus Staatsgründen unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt. Der Sergeant wurde zu fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Solche Zwischenfälle sind nicht geeignet, die Stimmung zwischen Deutschland und Rußland zu bessern. Die deutsche

* Siehe die „Neue Preußische (Kreuz-)Zeitung“, 11. Juli 1914, Abendausgabe No. 320: „Der Tod des russischen Gesandten v. Hartwig.“

Presse bewies in ihren Bemerkungen über diesen Fall im ganzen eine beachtenswerte Zurückhaltung. Das „Tageblatt“ hob hervor, es habe keinen Wert, die Augen vor der Tatsache zu verschließen, daß es ein regelrechtes Spionagesystem gäbe; kein Land sei in dieser Hinsicht einwandfrei. Doch sollten sich Mitglieder der fremden diplomatischen Vertretungen besonders hüten, in solche Angelegenheiten verwickelt zu werden.

Was die allgemeine Frage der Beziehungen zwischen Deutschland und seinem östlichen Nachbarn betrifft, so möchte ich ernstlich glauben, daß die deutsche Presse die vermeintlichen feindseligen Absichten Rußlands selbst in hohem Maße heraufbeschworen hat. Diese Presse hat unzweifelhaft dem Gefühl der Gereiztheit und Sorge Ausdruck verliehen, das durch den entschlossenen Willen Frankreichs und Rußlands hervorgerufen wurde, ihre Rüstungen auf den höchstmöglichen Stand zu bringen. Soviel Vertrauen die Deutschen auch in die Leistungsfähigkeit und Güte ihrer Armee haben mögen, so sind doch die ungeheuren, Rußland zu Gebote stehenden Menschenmassen eine stete Quelle der Präokkupation für sie. Erwägungen über die Ereignisse, die jene Massen gegen Deutschland in Bewegung setzen könnten, scheinen sich daraus fast mit Naturnotwendigkeit zu ergeben.

Ich habe usw.

Horace Rumbold

(32739)

No. 64

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 20. Juli

No. 145

Wien, den 15. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Seit der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin in Serajewo habe ich von Herrn Jones, dem dortigen Konsul Seiner Majestät, eine Anzahl Berichte erhalten, welche die Untat selbst und den Verlauf der daraus hervorgegangenen Ereignisse schildern. Ich habe es nicht für nötig gehalten, Sie mit Abschriften dieser Berichte zu behelligen; ich beehre mich aber nun, anliegend einige Auszüge aus den letzten vier zu übersenden, die als Zeugnis für die Gemütsverfassung der dortigen öffentlichen Meinung Interesse haben dürften.

Ich habe usw.

Maurice de Bunsen

Nachtrag: Auszüge aus einem eben erhaltenen fünften Bericht sind als Teil der obenerwähnten Übersicht gleichfalls angefügt.
M. de B. 17. Juli 1914

Anlage zu No. 64

*Informationen nach Berichten von Herrn Jones aus Serajewo
vom 3.—8. Juli 1914*

3. Juli

Unbestätigte Gerüchte waren in Umlauf, wonach ein Erlaß alle serbischen Untertanen aus Bosnien und der Herzegowina ausweise und der Herausgeber einer serbischen Zeitung in Serajewo, trotzdem er österreichischer Untertan ist, ebenfalls ausgewiesen worden sei. Das „Sarajevoer Tagblatt“ vom 2. Juli wurde konfisziert. Seine Nummer vom 3. Juli berichtete von serbenfeindlichen Demonstrationen in verschiedenen Teilen der Provinz und vom Niederbrennen der orthodoxen Kirche in Capljina.

4. Juli

Ein Artikel der „Bosnischen Post“ erklärte es als erwiesen, daß die Mordtat durch die serbische „Narodna Obrana“* (Volkswehr) in Belgrad organisiert und angestiftet worden sei; daß ein gewisser Miko Ciganovic in einem Belgrader Café Schußwaffen und Bomben an junge Leute austeilte, die ihre Bereitwilligkeit äußerten, den Mord am Erzherzog zu verüben, und daß Major Milan Pribicevic vom serbischen Generalstab und Sekretär der „Narodna Obrana“ den Ciganovic mit den Pistolen und Sprengstoffen versorgte. Doch wurde Herr Jones benachrichtigt, daß der Zusammenhang des Majors Pribicevic mit dem Anschlag lediglich eine Vermutung des Herausgebers sei. Er erfuhr ferner, daß Nachforschungen zur Auffindung von zwei weiteren unzweifelhaften Komplizen des Mörders, Studenten namens Grabes und Ilic, geführt hätten. Am 4. Juli wurde in der katholischen Kathedrale eine Totenmesse für den Erzherzog und die Herzogin gelesen; ihr wohnte das gesamte Konsularkorps mit Ausnahme des russischen und türkischen Vertreters bei.

6. Juli

Grabes hat der Polizei eine Aussage gemacht, die einen kroatischen Studenten belastet, der, wie man feststellte, eine Bombe und einen Revolver im Besitz und beides seiner Mutter zum Verstecken gegeben hatte. Herr Dimovic, Führer der gemäßigten serbischen Partei im Sabor, ist infolge der Angriffe auf die serbische Bevölkerung

* Richtig „Narodna Odbrana“.

zur Opposition übergetreten. Verhaftungen und polizeiliche Durchsuchungen wurden von verschiedenen Seiten gemeldet. Herr Jones erfuhr ferner, der Erzherzog habe kurz nach dem ersten Anschlag auf sein Leben geäußert, er hätte besser daran getan, den Rat des Grafen Tisza zu befolgen und von einem offiziellen Besuche Bosniens abzusehen.

8. Juli

Herr Jones sandte mir die Übersetzung eines Artikels aus der „Istina“ (Wahrheit) vom 7. Juli, dem Organ der gemäßigten Serbenpartei, dem ersten orthodoxen serbischen Blatt, das seit der Ermordung erscheint; der Artikel tadelt in sehr maßvoller Sprache die Angriffe auf das gesamte Serbentum als Folge der Verbrechen einiger irregeführter Leute und erinnert daran, daß die serbische Rasse noch weit schlimmere Stürme als den jetzigen überstanden habe.

15. Juli

Am 14. Juli wurden drei orthodoxe Priester unter der Anklage der Mitschuld an der Mordtat in Serajewo eingeliefert. Es scheint, daß die Angeklagten sich neuerdings in einigen Fällen etwas mitteilbarer gezeigt haben, aber die Lokalblätter werden an der Veröffentlichung ihrer Aussagen verhindert. Wie Herrn Jones berichtet wird, sprechen Gründe für die Annahme, daß die Verschwörung ihren Ursprung in Serbien hat.

(32742)

No. 65

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

Erhalten 20. Juli

No. 148

Wien, den 16. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Da die Wiener Presse sich fast ausschließlich mit Vermutungen beschäftigt, ob, wann und wie die österreichisch-ungarische Regierung den erwarteten diplomatischen Protest in Belgrad erheben wird, erwecken die einzigen authentischen Erklärungen, die bisher über die Absichten der gemeinsamen Regierung abgegeben wurden, großes Interesse, nämlich die Antworten, die Graf Stephan Tisza, der ungarische Ministerpräsident, den Interpellanten in der ungarischen Kammer erteilte.

Graf Tisas erste Erklärung erfolgte am 8. Juli¹⁾, als er im wesentlichen darlegte, er vermöge zwar nur eine ganz allgemeine Antwort zu geben, dürfe aber doch feststellen, daß die Untersuchung des

¹⁾ No. 55.

Verbrechens von Serajewo nach jeder Richtung hin ihren Fortgang nehme, und daß es gewiß die Pflicht aller Beteiligten sei, die Wichtigkeit der mit der Erhaltung des Friedens verbundenen Interessen zu berücksichtigen, aber auch gebührendes Gewicht auf jene großen Interessen zu legen, die mit der Existenz und dem Prestige der Monarchie verknüpft seien.

Gestern beantwortete er wieder einige Interpellationen, und ob- schon seine Worte durch die gleiche Vorsicht wie zuvor gekenn- zeichnet waren, waren sie doch in ein oder zwei Punkten viel be- stimmter. Er sagte, daß die Beziehungen zu Serbien geklärt werden müßten, aber er könne sich noch nicht darüber äußern, in welcher Weise, in welcher Richtung und mit welcher Fassung dies zu ge- schehen habe. Er wiederholte, daß die Regierung sich der wichtigen Interessen, die sich an die Erhaltung des Friedens knüpften, völlig bewußt sei. Sie glaube nicht, daß die Abrechnung mit Serbien not- wendigerweise zum Kriege führen würde. Er wolle nichts prophe- zeien, sondern nur bemerken, daß der Krieg eine *ultima ratio* sei, zu der man nur dann greifen sollte, wenn eine freundschaftliche Lösung sich als absolut unmöglich erweise. Aber jede Nation sollte imstande sein, als letztes Mittel Krieg zu führen. Von Bosnien habe man über- trieben gesprochen. Die Gefahr einer Revolution bestehe dort nicht und die in Bosnien befindlichen Streitkräfte genügten, um die Ruhe aufrechtzuerhalten. Doch würden die revolutionären Gesellschaften und Schulen eine gefährliche Agitation betreiben, die entschlossen niedergeschlagen werden müsse¹⁾.

Nach allgemeiner Auffassung bestätigt die Rede des Grafen Tisza die Erwartung, daß man einen diplomatischen Protest an Serbien richten wird, der sich auf das Ergebnis der noch im Gang befind- lichen Untersuchung in Serajewo stützt. Die Rede gilt auch als Vor- zeichen einer Periode großer Spannung, die möglicherweise sogar zum Kriege führt, wenn sich das erstrebte Ziel mit anderen Mitteln als unerreichbar erweisen sollte.

Der Verlauf der Sitzung in der ungarischen Kammer enthüllte bezüglich der Notwendigkeit, Serbien streng zur Rechenschaft zu ziehen, keine Meinungsverschiedenheit zwischen der Regierung und Opposition. Graf Tisza hat die genaue Art der Anklage, die gegen die serbische Regierung erhoben werden soll, nicht formuliert, aber in der Rede des ersten Interpellanten, des Herrn Szmrecsanyi, wird Serbien beschuldigt, eine gegen die Integrität eines Nachbarstaates gerichtete revolutionäre Propaganda zu dulden und eine mit Bomben und Re- volvern bewaffnete Bande von Verschwörern über die Grenze ge- schickt zu haben. Er behauptete, es sei erwiesen, daß sich der Sitz der großserbischen Propaganda in Belgrad befinde und daß überdies die

¹⁾ Vgl. Nr. 51, 82.

Propaganda vom Verein Narodna Obrana organisiert worden sei, dessen Präsident und Sekretär General Jankovitch und Major Milan Pribicevich seien. Diese revolutionäre Gesellschaft habe früher ihre Tätigkeit gegen die Türkei entfaltet. Sie würde von der serbischen Regierung mit Geldmitteln unterstützt und erhalte auch Beiträge von auswärts. Sie vergifte Sinn und Herz der Studenten und rede dem Mord als politischer Waffe offen das Wort. Seit den Balkankriegen sei ihre Aufmerksamkeit besonders auf Bosnien und auch auf Ungarn gerichtet gewesen, wo sie die loyalen Gefühle des slawonischen Teils der Bevölkerung zu untergraben suchte. Er nannte einige serbische Hauptagitatoren einschließlich der drei Brüder Pribicevich mit Namen. Der Verein habe alljährlich Feiern des Jahrestags der Schlacht von Kossowo einzig mit dem Ziel ins Leben gerufen, den großserbischen Gedanken zu verherrlichen und die Wiederaufrichtung des Reiches Duschans zu fördern. Die Propaganda werde auch in Kroatien sehr eifrig betrieben und man schicke zahlreiche sogenannte serbische Deserteure über die Grenze, um das Land auszukundschaften. Der erfolgreiche Anschlag auf das Leben des Erzherzogs sei in Serbien mit schlecht verhehlter Freude begrüßt worden. Niemand denke daran, die serbische Regierung zu bezichtigen, daß sie die Mordwaffen selber geliefert hätte, aber sie sei sicherlich schuldig, die Machenschaften der Narodna Obrana unterstützt zu haben. Das könne man nicht länger dulden. Der Redner machte geltend, ein Friedensfreund zu sein; aber der Friede sei mit der Fortdauer des jetzigen Zustands unvereinbar. Die Regierung müsse handeln und zwar rasch handeln.

Herr Szmrecsanyi versprach, der Regierung die Beweise für seine Angaben zu liefern. Graf Tisza berichtigte die Behauptung, daß die serbischen Deserteure Spione seien. Es seien eher Bauern, die sich dem serbischen Militärdienst zu entziehen suchten.

Ich habe usw.

Maurice de Bunsen

Vgl. Herrn Max Müllers Bericht No. 82

(32813)

No. 66

Lord Granville an Sir Edward Grey

Erhalten 20. Juli

No. 354

Paris, den 18. Juli 1914

Euerer Exzellenz

hatte ich die Ehre, in meinem Bericht No. 347 vom 16. d. Mts.¹⁾ den Inhalt eines Leitartikels im „Temps“ über die Steigerung der

¹⁾ No. 52.

Militärmacht Rußlands zu schildern und darzulegen, daß mir der Artikel nicht nur wegen der darin gegebenen Aufschlüsse von Interesse zu sein scheine, sondern auch wegen der Wirkung, die Aufschlüsse über einen derartigen Gegenstand und aus solcher Quelle vermutlich auf die öffentliche Meinung Frankreichs haben würden.

Das Gleiche gilt für einen Artikel, den der heutige „Matin“ an hervorragender Stelle veröffentlicht und den Herr Jules Hedeman, der sich anlässlich des Besuches des Präsidenten von Frankreich zur Zeit in St. Petersburg befindet, für diese Zeitung geschrieben hat. Herr Hedeman ist vielleicht der bekannteste Sonderberichterstatler in Frankreich und seine Artikel werden hier immer viel beachtet. Der Kern des vom „Matin“ veröffentlichten Artikels ist wie folgt:

Der Besuch des Herrn Poincaré in Rußland findet zu einem Zeitpunkt statt, in dem das außerordentliche Erwachen Rußlands glänzend zutage tritt. Die Entwicklung des heutigen Rußland auf allen Gebieten menschlicher Tätigkeit läßt sich nur mit der der Vereinigten Staaten von Amerika vor etwa dreißig Jahren vergleichen. Die russische öffentliche Meinung ist sich der furchtbaren Macht ihres Landes bewußt geworden und will, daß sie den Fremden . . . den Gegnern Rußlands sichtbar werde. Demgemäß wurden Maßnahmen ergriffen (Herr Hedeman nennt die Zahlen), um die Militärmacht Rußlands ungeheuer zu steigern. Bis zum Winter 1916 wird sich das russische Heer auf Friedensfuß nahezu verdoppeln, das heißt, seine Kopfstärke wird bis dahin von 1 200 000 auf die kolossale Zahl von 2 245 000 Mann angewachsen sein. Rußland wird dann eine aktive Armee besitzen, deren Kopfzahl größer ist als die der vereinigten Heere des Dreibundes. Außerdem wird es dank neuer strategischer Eisenbahnen in der Lage sein, so rasch wie die anderen Militärmächte zu mobilisieren. Die gleichen Anstrengungen kann man in der russischen Marine beobachten, deren Budget jetzt das Englands übertrifft. Rußland, das nach dem mandschurischen Feldzug „militärisch verrufen“ war, ist nun auf dem besten Weg, die stärkste Militärmacht zu werden, die die Welt je gesehen hat. Es ist wie Frankreich von friedlichen Absichten beseelt und Kaiser Nikolaus sagte vor kurzem zu einem französischen Diplomaten: „Nous voulons être assez forts pour imposer la paix.“ Aber Rußland will gewisse Handlungen Deutschlands wie die Entsendung der Mission Liman von Sanders' nach Konstantinopel und dessen Kommando-Übernahme über das Konstantinopeler Armeekorps, oder die Verhaftung ehrenwerter russischer Untertanen wegen Spionage, oder die heftige Sprache der Berliner Presse nicht länger zulassen. Die russische Diplomatie schlägt im Verkehr mit der deutschen Diplomatie bereits einen anderen Ton an und Deutschland fürchtet heute seinen östlichen Nachbarn. Außer der ewigen Feindseligkeit zwischen Slawen und Deutschen ent-

spinnt sich ein schwerer Wirtschaftskampf zwischen den beiden Ländern, der eine Besserung der russisch-deutschen Beziehungen mehr denn je unmöglich macht*.

Der „Temps“ veröffentlichte gestern einen weiteren Leitartikel über die russischen Heeresverstärkungen, die schon stattgefunden haben oder deren baldige Durchführung vorgesehen ist. Er erwähnt insbesondere drei neue russische Armeekorps, die in Westrußland aufgestellt werden sollen. Wie der „Temps“-Artikel bemerkte, nehmen die österreichischen Zeitungen an, daß diese neuen russischen Armeekorps im Raume um Kiew und Odessa aufgestellt werden, während die wahrscheinlich besser unterrichtete deutsche Presse erwartet, sie bei Warschau und Wilna stationiert zu sehen.

Ich habe usw.

Granville

Vermerk

Rußland ist eine furchtbare (formidable) Macht, und es wird noch weiter erstarken. Wir wollen hoffen, daß unsere Beziehungen zu ihm freundlich bleiben werden. — A. N.

(32659)

No. 67

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

(Tel.) No. 336

Auswärtiges Amt, den 20. Juli 1914
A. 7^o nachm.

Möglicherweise war serbische Regierung nachlässig und wird das Gerichtsverfahren in Serajewo ergeben, daß die Ermordung des Erzherzogs auf serbischem Gebiete geplant wurde. Wenn die Forderungen Österreichs an Serbien in vernünftigen Grenzen gehalten sind und Österreich sie rechtfertigen kann, so hoffe ich, daß alles versucht wird, um einen Friedensbruch zu verhüten. Es wäre sehr erwünscht, daß Österreich und Rußland die Sache miteinander besprächen, wenn sich Schwierigkeiten ergeben sollten. Sie können sich in diesem Sinne äußern, falls Gelegenheit es zu erfordern scheint.

Veröffentlicht bei Oman S. 18

Vgl. No. 76

(33167)

No. 68

Sir Edward Grey an Sir H. Rumbold

No. 235

Auswärtiges Amt, den 20. Juli 1914

Euer Hochwohlgeboren!

Ich fragte heute den deutschen Botschafter, ob er Nachrichten darüber habe, was in Wien hinsichtlich Serbiens vorgehe.

* Siehe über den Artikel auch „Schultheß' Europäischer Geschichtskalender“, Jahrg. 1914, Seite 671—72.

Er verneinte dies, meinte aber, Österreich werde sicher einen Schritt unternehmen, und er halte die Lage für sehr ungemütlich.

Ich sagte, ich hätte neuerdings nichts gehört, außer daß Graf Berchtold im Gespräch mit dem italienischen Botschafter in Wien den Gedanken, daß die Lage ernst sei, bestritten, jedoch geäußert habe, sie bedürfe der Klärung.

Der deutsche Botschafter bemerkte, es wäre sehr wünschenswert, wenn Rußland in bezug auf Serbien eine Vermittlerrolle spielen könne.

Ich äußerte, ich nähme an, daß die österreichische Regierung nichts tun werde, ehe sie der Öffentlichkeit ihren Rechtsfall gegen Serbien, der sich vermutlich auf das Ergebnis des Gerichtsverfahrens stützen würde, vorgelegt habe.

Der Botschafter entgegnete, er setze als sicher voraus, daß die österreichische Regierung auf Grund noch bekannt werdenden Materials vorgehen werde.

Ich sagte, dies würde es anderen, wie zum Beispiel Rußland, erleichtern, in Belgrad Mäßigung anzuraten. Je mehr Österreich in der Tat seine Forderungen in vernünftigen Grenzen halten und je besser es sie rechtfertigen könne, desto größer wäre die Aussicht, über etwaige Schwierigkeiten hinwegzukommen. Ich hatte den Gedanken eines Krieges unter den Großmächten und es wäre abscheulich, wenn eine von ihnen durch Serbien in einen Krieg hineingezogen würde.

Der Botschafter stimmte dieser Meinung von Herzen zu.

Ich bin usw.

E. Grey

*Im BB No. 1 veröffentlicht
Den Bericht des Fürsten Lichnowsky über diese Unter-
redung siehe in DD No. 92*

(32981)

No. 69

Sir F. Bertie an Sir Edward Grey

Erhalten 21. Juli

No. 357

Paris, den 20. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Der heutige „Matin“ hebt ein Petersburger Telegramm seines Sonderberichterstatters, des Herrn Jules Hedeman, über die Rolle hervor, die das russische Heer im Falle eines europäischen Krieges spielen würde.

Herr Hedeman erklärt, daß seine Informationen aus berufenster militärischer Quelle stammen. Ihr Inhalt ist folgender:

Das russische Heer besteht jetzt aus vierundvierzig Armeekorps und im nächsten Jahr wird ein weiteres dazukommen. Sollte der Krieg ausbrechen, so würden dreizehn Armeekorps an ihren Standorten bleiben, und zwar sieben in Sibirien und dem fernen Osten, zwei in Turkestan, drei im Kaukasus und eines in Finnland und St. Petersburg; alle übrigen würden an der deutschen und österreichischen Grenze die Offensive ergreifen. Es ist unwahrscheinlich, daß Rußland Truppen an die russisch-rumänische Grenze schicken würde. Früher hätte man zwei russische Armeekorps dorthin geschickt, um die rumänische Armee in Schach zu halten, aber die Verhältnisse haben sich geändert und Rumänien wird sich jetzt eher an einem Angriff auf Österreich-Ungarn beteiligen, als in Rußland einfallen; denn die Rumänen trachten nach dem Besitz von Siebenbürgen, dessen Bevölkerung rumänischer Rasse ist. Unter diesen Umständen hat Rußland einunddreißig Armeekorps gegen Deutschland und Österreich frei. Es ist schwer zu sagen, wieviele Armeekorps die beiden genannten Mächte gegen Rußland zu werfen vermögen. Vor dem Balkankrieg haben die russischen militärischen Sachverständigen die Zahl der österreichischen Armeekorps auf vierzehn geschätzt, aber seit dem Anwachsen der serbischen Macht, seit der veränderten Stimmung Rumäniens und dem sich daraus ergebenden Wechsel in der Haltung der serbischen und rumänischen Untertanen Österreichs ist der österreichische Generalstab gezwungen, die Truppenzahl an den südlichen Grenzen und allgemein im Süden des Reiches zu erhöhen, und das verringert die Stärke der Streitkräfte, die an die russische Grenze gebracht werden können. Außerdem ist da noch mit der ernsten Frage des slawischen Elementes im österreichischen Heere zu rechnen, das wohl schwerlich gut gegen Rußland kämpfen wird. Deutschland und Frankreich haben fünfundzwanzig, bzw. einundzwanzig Armeekorps. Deutschland könnte bei Kriegsausbruch höchstens sechs Armeekorps an die russische Grenze werfen, weil es neunzehn an der französischen Grenze benötigt. Dank der neuen strategischen Eisenbahnen kann das russische Heer in sechzehn Tagen mobilisiert und konzentriert werden, während Deutschland zehn Tage dazu braucht. Seit kurzem neigen die russischen militärischen Sachverständigen mehr und mehr zu einer Offensivbewegung. Rußland weiß, daß Frankreich seine Heeresstärke nicht über das aus dem dreijährigen Dienstgesetz erwachsende Gesamtergebnis zu steigern vermag, und verlangt von ihm auch keine weiteren Anstrengungen in dieser Richtung, weil Rußland bereit ist, jede weitere Verstärkung, die Deutschland vorzunehmen versuchen könnte, zu neutralisieren. Wenn Deutschland seine Heeresstärke um 50 000 Mann vermehren sollte, würde Rußland diese Zahl verdoppeln oder verdreifachen. Rußland wünscht von Frankreich nur, daß es sein Kriegsmaterial auf einen möglichst vollkommenen Stand der Bereitschaft bringt. Die unlängst im französischen Senat gemachten Enthüllungen haben in St. Peters-

burg einen unangenehmen Eindruck hervorgerufen, wurden aber nicht „au tragique“ genommen. Man fand dort, daß es vorzuziehen sei, bestehende Mängel zu erkennen und öffentlich zu kritisieren, statt die Sache zu vertuschen, wie das in Deutschland geschieht.

Ich habe usw.

Francis Bertie

(33049)

No. 70

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

Erhalten 21. Juli

No. 30

Budapest, den 14. Juli 1914

Euerer Exzellenz!

Seitdem ich einige Tage nach der Ermordung S.K.H. des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin nach Budapest zurückgekehrt bin, ist mir zweierlei besonders aufgefallen: erstens besteht bei keiner Klasse der Bevölkerung ein wirkliches Gefühl des Kummers über den auf so tragische Weise erfolgten Verlust ihres künftigen Herrschers und zweitens flutet eine gewaltige Welle blinden Hasses gegen Serbien und alles Serbische durch das ganze Land. Wenn ich so sagen darf, betrauert die ungarische Nation, so weit sie das überhaupt tut, nicht die Person sondern die Würde und Stellung des Opfers der Tragödie von Serajewo und ist in ihrer Sucht nach Rache an dem verachteten und verhaßten Feind, der als Urheber und Anstifter dieses Verbrechens am voraussichtlichen Träger der Krone des heiligen Stephan gilt, bereit, bis zum Äußersten zu schreiten.

Es war ganz allbekannt, wie unbeliebt der verstorbene Erzherzog bei seinen künftigen ungarischen Untertanen war und Seine Kaiserliche Hoheit hat sich auch, wie ich schon bei mehr als einer Gelegenheit hervorhob, keine Mühe gegeben, sich in Ungarn beliebt zu machen. Es hieß, daß er Sympathien für die verschiedenen nicht-ungarischen Nationalitäten habe, und man behauptete sogar, daß er wie Kaiser Joseph II. beabsichtigte, den vor der Krönung zum König von Ungarn erforderlichen Eid zu verweigern; er soll ferner zum Trialismus geneigt haben und für die Errichtung eines südslawischen Königreiches als dritten Bestandteils der habsburgischen Monarchie gewesen sei. Wie weit diese Gerüchte auf Wahrheit beruhen, braucht jetzt nicht untersucht zu werden, und es darf als ausgemacht gelten, daß er, einmal auf dem Throne, seine Ansichten hätte ändern und sich der Macht der Umstände hätte fügen müssen. Doch kann über das teilnehmende Interesse, das er den Bestrebungen der verschiedenen Nationalitäten entgegenbrachte, kein Zweifel bestehen und sowohl die Süd-

slawen wie auch die Rumänen Siebenbürgens setzten große Hoffnungen auf seine Thronbesteigung. Diese Tatsache macht das Verbrechen von Serajewo nur um so sinnloser. Es ist sicherlich eine Ironie des Schicksals, daß der künftige Herrscher, der allgemein als Verfechter der südslawischen Rechte galt, der verbrecherischen Propaganda der großserbischen Bewegung zum Opfer fallen mußte. Deshalb ist es nicht merkwürdig, daß diejenigen Lobesworte über den ermordeten Erzherzog, die Vertreter der Nationalitäten geäußert oder in den ihren Interessen dienenden Zeitungen veröffentlicht haben, besonders aufrichtig klangen. Es war jedoch nur zu erwarten, daß die Kritik in Anbetracht einer solch erschütternden Tragödie schweigen würde, und die ungarischen Politiker und Presseleute aller Schattierungen der politischen Meinung haben das altehrwürdige Prinzip „De mortuis nil nisi bonum“ beachtet und sich, indem sie jede Anspielung auf seine anerkannte Unbeliebtheit in Ungarn vermieden, darauf beschränkt, die großen Dienste, die er der Monarchie, besonders in bezug auf das Heer und die Flotte bereits geleistet, und den großen Verlust hervorzuheben, den das plötzliche Hinscheiden eines künftigen Herrschers von solch eisernem Willen und ehrlichem Streben für die gemeinsamen Interessen Österreich-Ungarns bedeutet. Wenn man indes von der offiziellen Trauer zur nationalen übergeht, so ist die Sachlage ganz anders und für den fremden Beobachter gewiß überraschend und etwas peinlich. Bei der großen Menge hat man so gut wie kein Zeichen der Trauer um den ermordeten Thronerben bemerkt; alle Unterhaltungen nahmen ungefähr ihren gewöhnlichen Verlauf und am Tage nach der Ermordung waren die Rennen besonders stark besucht. Aber selbst in aristokratischen und amtlichen Kreisen wurde keine Trauer beobachtet. Im ersten Klub, dessen Mitglieder fast durchweg der Adelsaristokratie angehören — viele von ihnen sind Kämmerer usw. —, hatten nur die Minister und meine Kollegen Trauer angelegt. Bei dem offiziellen Trauergottesdienst, an dem eine große Zahl von Beamten, Parlamentsmitgliedern usw. teilnehmen mußten, fielen die oberen Klassen durch ihre Abwesenheit auf; die meisten von ihnen hatten es vorgezogen, einer Trauung beizuwohnen — der Bräutigam und die Braut gehörten den vornehmen Familien der Szapary und Esterhazy an —, die zur selben Stunde wie die Totenmesse stattfand. Angesichts einer Tragödie, die das Entsetzen und das Mitgefühl der ganzen zivilisierten Welt erregt hat, erschien dies Verhalten der ungarischen Nation, und namentlich von Angehörigen der Magnatenfamilien bemerkenswert genug, um in diesem Bericht besondere Erwähnung zu verdienen. Ich habe sagen hören, daß dies zum Teil eine Folge der vermeintlichen Zurücksetzung von Mitgliedern der österreichischen und ungarischen Aristokratie ist, die nicht zur Teilnahme an den Trauerfeierlichkeiten in der Wiener Hofkapelle eingeladen waren, ein Umstand, der viele Adlige zu einer öffentlichen

Kundgebung während des Leichenzuges zum Bahnhof veranlaßte und der den Gegenstand einer würdelosen Korrespondenz in der Presse und einer vom Grafen Albert Apponyi in der Abgeordnetenversammlung eingebrachten Interpellation bildete. Wenn überhaupt eine Zurücksetzung bestand, so war sie ohne Zweifel durch die Vorschriften der veralteten spanischen Hofetikette bedingt, die meines Wissens sogar den Bruder der ermordeten Herzogin von den Feierlichkeiten in der Hofkapelle ausschloß.

Die weitverbreitete Kritik an den Anordnungen für die Beisetzungsfeierlichkeiten, der Graf Apponyi in der Abgeordnetenversammlung ebenfalls Ausdruck verlieh, ist eher begründet. Das Empfinden war allgemein, daß das Leichenbegängnis zum Anlaß einer eindrucksvollen Kundgebung der Völker der Monarchie hätte gemacht werden sollen, der Völker, die in der Trauer um ihren ermordeten Erzherzog und im Abscheu vor dem Verbrechen, dem er zum Opfer fiel, dies eine Mal einig waren. Graf Apponyi kritisierte den Mangel an Prunk und an jeglicher militärischen Machtentfaltung, die dem Oberhaupte des Heeres und der Flotte gebührt hätte, und er machte die alte Hofetikette lächerlich, vor der die Gefühle der Menschlichkeit zurücktreten mußten und die eine eindrucksvolle und nützliche Kundgebung der nationalen Einheit verhinderte.

Die Intensität der Stimmung gegen Serbien, die durch dessen angebliche Mitschuld am Morde hervorgerufen wurde, hat in allen Teilen der Doppelmonarchie einen höchst gefährlichen Umfang angenommen. In Serajewo mußte man infolge der antiserbischen Ausschreitungen einen beschränkten Belagerungszustand anordnen. In Wien fanden Demonstrationen des Pöbels gegen die serbische Gesandtschaft statt. In Agram und anderen Teilen Kroatiens kam es zu heftigen Kundgebungen der Kroaten gegen Serben, während die Mitglieder der Rechtspartei, insbesondere der Gruppe Frank, im Sabor die schmähslichsten Auftritte machten und die Mitglieder der serbisch-kroatischen Koalition mit Rufen wie „Verräter“, „serbische Mörder“ usw. überschütteten. Vom ungarischen Standpunkt aus muß man bedenken, daß die Kroaten, die ihrer Treue zur Dynastie derart Ausdruck verliehen, die gleichen Leute sind, die eine Lostrennung von Ungarn am meisten herbeisehnen; der Vorfall dient ferner dazu, die weite Kluft zu enthüllen, die die Bestrebungen der Kroaten und Serben trennt, und er stellt schließlich einer befriedigenden Lösung der südslawischen Frage weitere Hindernisse in den Weg. In Budapest fanden keine heftigen antiserbischen Kundgebungen statt, aber alle Kreise der Bevölkerung und die gesamte Presse ohne Unterschied der politischen Färbung schrieben sogleich übereinstimmend den Ursprung des Verbrechens von Serajewo serbischen Umtrieben zu. Nicht nur die gelben Blätter, sondern auch angesehenen Regierungsorgane, unter anderem der „Pester Lloyd“, ergingen sich in den wildesten Schmähungen Serbiens und der

serbischen Regierung. Ein Regierungsblatt zum Beispiel bezeichnet Serbien als ein Land, das seine nationale Größe auf die Ermordung von Fürsten gründet. Ohne das Ergebnis der Untersuchung der Umstände und des Ursprungs des Verbrechens abzuwarten, legte es die Presse einstimmig serbischem Einfluß zur Last. Es war in der Tat jedem, der mit den politischen Verhältnissen der Monarchie vertraut ist, von Anfang an klar, daß das Verbrechen eher nationalistischer als anarchistischer Natur war und in der großserbischen Propaganda, einer antidynastischen und irredentistischen Bewegung, seinen Ursprung hatte: aber bisher ist über das Ergebnis der amtlichen Untersuchung nichts veröffentlicht worden, was die serbische Regierung irgendwie mit dem Verbrechen in Verbindung bringen könnte. Man darf zurzeit höchstens sagen, daß die moralische Verantwortung für das sinnlose Verbrechen auf die heftige Agitation fällt, die von Serbien aus teils durch die Presse, teils durch politische Vereine und besonders seit den Ereignissen von 1908 gegen die Doppelmonarchie betrieben wurde, und daß die serbische Regierung diese Verantwortung insofern teilt, als sie es versäumte, die Auswüchse dieser nationalistischen großserbischen Bewegung niederzuhalten. Unter diesen Umständen kann man nicht umhin, die Haltung der ungarischen Presse zu tadeln, die alles, was in ihrer Macht steht, zu tun scheint, um die schon erhitzte öffentliche Meinung Ungarns noch mehr zu entflammen. Trotz amtlichen Dementis sind die wildesten Gerüchte über das Ergebnis der Untersuchung des Mordes in Umlauf und finden Glauben. Man liest von einer weitverbreiteten Verschwörung in Bosnien, die auf eine Revolution hinauslaufe. Serbische Offiziere sollen direkt in die Sache verwickelt sein und die Namen von Offizieren in hohen Stellungen werden als am Morde beteiligt genannt, während man allgemein glaubt, daß die Bomben eigens aus einem serbischen Zeughaus beschafft wurden. Gewisse Zeitungen versuchten, den zeitweiligen Rücktritt König Peters von seinem Herrscheramt und die angebliche Vereinigung von Serbien und Montenegro mit dem Morde in Zusammenhang zu bringen. Jeden Tag tischt der „Pester Lloyd“ zur Erbauung der Leserschaft unter der Überschrift „Aus der serbischen Hexenküche“ die zügellosesten Auszüge aus serbischen Zeitungen auf. Man muß zugeben, daß anfangs der Ton der serbischen Presse in seiner Verurteilung des Verbrechens korrekt und sogar teilnahmsvoll war; aber unter dem Einfluß der maßlosen Schmähungen der österreichischen und ungarischen Zeitungen änderte sie bald ihren Ton und vergalt Gleiches mit Gleichem. Obwohl verantwortliche Minister auf beiden Seiten versucht haben, die öffentliche Meinung zu beruhigen, so kann dieser heftige Pressefeldzug die schon hinreichend gespannten Beziehungen zwischen den beiden Ländern nur noch mehr verschärfen und die bestehende Nervosität steigern. Hier reden die Leute aller Stände offen von einem Krieg mit Serbien, und ein solcher würde gewiß höchst

populär sein. Andererseits kann man trotz gegenteiligen Gerüchten versichern, daß bis jetzt noch keine Anzeichen für militärische Bewegungen, die auf Kriegsvorbereitungen deuteten, erkennbar sind.

Der bloße Umstand, daß am 7. Juli in Wien eine Zusammenkunft der gemeinsamen Minister und der beiden Ministerpräsidenten stattgefunden hat¹⁾, genügte, um die wildesten Gerüchte über eine bevorstehende Aktion gegen Serbien in Umlauf zu setzen; diese Gerüchte wurden jedoch durch die Mitteilung, daß der Ministerrat nur die in Bosnien zu ergreifenden Maßnahmen zur Bekämpfung der großserbischen Propaganda erwogen habe, und durch den friedlichen Ton der Rede zerstreut, die Graf Tisza am folgenden Tag im ungarischen Parlament in Erwiderung auf eine Interpellation des Grafen Julius Andrassy hielt.

Graf Andrassy fragte die Regierung:

1. Wie es möglich sei, daß man in Anbetracht der bekannten Zustände in Bosnien den Besuch des Erzherzogs in Serajewo an einem Nationalfeiertag gestattet habe?

2. Warum keine gehörigen Vorsichtsmaßnahmen getroffen worden seien?

3. Wie es zu erklären sei, daß man den Erzherzog nach dem ersten Anschlag auf sein Leben die Fahrt fortsetzen ließ?

4. Welchen Umfang die serbenfeindlichen Demonstrationen in Bosnien und der Herzegowina angenommen hätten?

5. Ob die serbische Bevölkerung großen Schaden erlitten habe, und wenn ja, warum den Demonstrationen nicht sogleich Einhalt geboten worden sei?

6. Ob an dem weitverbreiteten und bisher nicht widersprochenen Gerücht, daß die Fäden der Verschwörung nach Belgrad verfolgt werden könnten, etwas Wahres sei, und wenn ja, was die Regierung tun werde, um die Bestrafung der Schuldigen zu gewährleisten?

7. Welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen beabsichtige, um in Zukunft zu verhindern, daß an sicherer Stätte und ungestraft Verschwörungen gegen die höchsten Vertreter des Staates, sowie gegen die innere Sicherheit angezettelt werden?

Graf Andrassy schilderte dann kurz die neuere Geschichte der südslawischen Bewegung und namentlich die der großserbischen Propaganda in den annektierten Provinzen, die er als die unmittelbare Ursache des Mordes bezeichnete. Es erscheine unglaublich, bemerkte er, daß die Behörden von einer solch weitverzweigten Verschwörung nichts gewußt haben sollten, und es sei sehr nachlässig gewesen, den Erzherzog an einem Nationalfeiertag Serajewo besuchen zu lassen und keine ausreichenden Maßnahmen für seinen Schutz zu treffen. Er klagte

¹⁾ Siehe No. 46.

die gegen die Südslawen befolgte Politik schwer an und behauptete, daß so, wie die Serben von Jahr zu Jahr an Zahl und Macht zugenommen hätten, auch ihr Haß gegen die österreichisch-ungarische Monarchie sich verschärft habe.

Graf Tisza begann seine Erwiderung mit der Erklärung, daß der Erzherzog bei seinem Besuche Bosniens in seiner Eigenschaft als Oberhaupt der Armee unabhängig gehandelt habe und, ohne die österreichische oder ungarische Regierung um Rat zu fragen, dorthin gegangen sei, wohin ihn seine militärischen Pflichten riefen.

Seine Exzellenz führte aus, die Untersuchung des Verbrechens sei noch nicht so weit gediehen, daß er über die genaue Ausdehnung der Verschwörung Auskunft geben könne, aber er müsse der Ansicht des Grafen Andrassy, daß die ganze politische Lage in Bosnien untergraben sei und man dort jeden Augenblick eine Revolution erwarten könne, entschieden entgegenreten. Er vermöge über das Ergebnis der noch im Gange befindlichen Untersuchung noch nichts zu sagen, aber, versicherte Seine Exzellenz, die beiden Regierungen und alle für die auswärtige Politik der Monarchie verantwortlichen Personen seien sich ihrer Pflicht sowohl hinsichtlich der gewaltigen Interessen, die sich an die Wahrung des Friedens knüpften, als auch hinsichtlich jener Interessen, mit denen der Bestand und das Ansehen Österreich-Ungarns verbunden seien, vollkommen bewußt; sie seien auch der Tatsache völlig eingedenk, daß in Österreich, Bosnien, Kroatien und Ungarn südslawische Propaganda getrieben werde, und mit diesem Faktor müsse man rechnen. Graf Tisza verteidigte dann jedoch die Treue der meisten der in Ungarn lebenden Serben, sowie die Aktion seiner Regierung, die mit einer der serbisch-kroatischen Koalition entnommenen parlamentarischen Mehrheit wieder einen konstitutionellen Zustand in Kroatien schuf, und er wies darauf hin, daß diejenigen Kroaten, die jetzt jene Mehrheit aus Parteigründen angriffen, die gleichen Leute seien, die am meisten darauf aus wären, die Bande zu zerreißen, die Kroatien mit Ungarn verbinden. Seine Exzellenz ergriff die Gelegenheit, um sein tiefes Bedauern über die nach dem Verbrechen an den Serben verübten Ausschreitungen zum Ausdruck zu bringen.*

Der ganze Ton der Rede des Grafen Tisza war friedlich und versöhnlich und sollte dazu beitragen, der kriegerischen Stimmung entgegenzuwirken, die hierzulande in der Luft liegt und die die Bemühungen verantwortlicher Minister um eine friedliche Lösung so sehr erschweren muß¹⁾.

Ich habe usw.

W. G. Max Müller

¹⁾ Siehe No. 65.

* Siehe über die Interpellation Andrassys und die Antwort Tizas den „Pester Lloyd“ vom 9. Juli 1914, Morgenblatt No. 160.

(33005)

No. 71

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 93

Wien, den 21. Juli 1914

A. 12²⁰ vorm.

E. 10⁰⁰ vorm.

Nach vertraulicher Mitteilung des französischen Botschafters haben der serbische Gesandte und der italienische Botschafter in Paris dem französischen (stellvertretenden) Minister des Äußern ihre Besorgnis ausgedrückt, daß die österreichisch-ungarische Regierung einen plötzlichen Angriff auf den Berg Lovtschen unternehmen könnte, um sich eine Montenegro beherrschende Stellung zu sichern, die sie instand setze, ein Zusammengehen Montenegros mit Serbien zu verhindern. Der italienische Botschafter hier scheint ziemlich zuversichtlich zu sein, daß die Sache mit Serbien ihre Regelung ohne einen Appell an die Waffen finden wird. Der französische und russische Botschafter teilen diese Ansicht.

*Vgl. den Bericht vom 19. Juli No. 156 und den Bericht
des Grafen de Salis vom 26. Juli No. 652*

Vermerke

Österreich würde sich durch solch einen ungerechtfertigten Angriff völlig ins Unrecht setzen. — E. A. C. 21. Juli.

Ich bezweifle, daß Österreich zu äußersten Maßnahmen schreiten wird — obwohl Berlin offenbar besorgt ist. — A. N.

(33462)

No. 72

Sir Edward Grey an Sir F. Bertie

No. 478

Auswärtiges Amt, den 21. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ich sprach heute mit Herrn Cambon über die großen Befürchtungen in bezug auf das, was Österreich von Serbien verlangen werde. Ich erwähnte, daß ich den deutschen Botschafter sehr besorgt gefunden hätte. Ich wisse nicht, ob er über die von Österreich beabsichtigten Forderungen unterrichtet sei oder nicht, da er mir darüber nichts gesagt habe. Berlin versuche wahrscheinlich Wien zu mäßigen. Ich teilte Herrn Cambon mit, was ich gestern dem Fürsten Lichnowsky über die Notwendigkeit für Österreich sagte, seine Forderungen mög-

lichst vernünftig zu halten und eine möglichst überzeugende Rechtfertigung dafür zu veröffentlichen¹⁾).

Ich bin usw.

E. Grey

Vgl. Herrn Cambons Darstellung dieses Gespräches in F No. 19

(33199)

No. 73

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

Erhalten 22. Juli

No. 297

Berlin, den 20. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Gestern erschien in der „Norddeutschen Zeitung“* folgende halbamtliche Erklärung:

„In den Auslassungen der europäischen Presse zu der in dem Verhältnis Österreich-Ungarns zu Serbien obwaltenden Spannung machen sich immer mehr Stimmen geltend, die anerkennen, daß Österreich-Ungarns Verlangen, eine Klärung seiner Beziehungen zu Serbien herbeizuführen, berechtigt ist. Dabei schließen wir uns der an mehr als einer Stelle ausgedrückten Hoffnung an, daß durch rechtzeitiges Einlenken der serbischen Regierung das Entstehen einer ernststen Krisis vermieden werde. Jedenfalls läßt es das solidarische Interesse Europas, das bisher in der langen Balkankrise in der Bewahrung des Friedens unter den Großmächten zur Geltung gekommen ist, erwünscht und geboten erscheinen, daß die Auseinandersetzungen, die zwischen Österreich-Ungarn und Serbien entstehen können, lokalisiert bleiben.“²⁾

Auch die „Kölnische Zeitung“ hat gestern ein inspiriertes Telegramm aus Berlin veröffentlicht, das die Beziehungen zwischen Österreich-Ungarn und Serbien behandelt. Darin kam die Befriedigung über die neuliche Rede des Herrn Lloyd George und über den Artikel in der „Westminster Gazette“ vom 17. d. Mts.³⁾ zum Ausdruck, in dem es hieß, daß Österreich-Ungarn berechtigt sei, den Versuchen auf Losreißen der serbischen Bevölkerung von der Monarchie entgegenzutreten, und daß die serbische Regierung gut tun werde, sich die

¹⁾ No. 68.

²⁾ Vgl. No. 77 und Bericht No. 158.

³⁾ Siehe No. 58.

* Richtiger: „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“. Siehe die zweite (Morgen-) Ausgabe vom 19. Juli 1914, No. 167.

Berechtigung der Besorgnis ihres großen Nachbars zu vergegenwärtigen und alles zu tun, sie zu zerstreuen. Man könne nur hoffen und wünschen, besagt das Telegramm, daß die serbische Regierung ernstlich den guten Willen zeigt, mit den Wühlereien der nationalistischen Propaganda der Tat gegenüber Österreich-Ungarn, die das serbische Land durchseuchen, gründlich aufzuräumen*.

Wie ich erfahre, wurde der kürzlich erschienene Artikel der „Times“¹⁾ über diese Frage hier auch sehr beifällig aufgenommen.

Ich habe usw.

Horace Rumbold

No. 74

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Privat)

Rom, den 20. Juli 1914

Verehrter Sir Edward,

Vielleicht liegt es etwas außerhalb meines Gebiets, von Rom aus amtlich über Deutschland zu schreiben, und es dürfte daher besser sein, wenn ich meine Beobachtungen auf einen Privatbrief beschränke. Ich habe soeben im Depeschensack eine Abschrift Ihres nach Berlin gesandten Erlasses No. 214 vom 6. d. Mts.²⁾ vorgefunden, der Ihre Unterredung mit dem deutschen Botschafter über die in Deutschland herrschende Besorgnis und pessimistische Stimmung hinsichtlich der österreichisch-serbischen Beziehungen wiedergibt.

Ich bemerke, daß auf der hiesigen deutschen Botschaft genau dasselbe Gefühl des Unbehagens herrscht. Der Botschafter, der gehofft hatte, die Sommermonate im Urlaub zu verbringen, hat eingesehen, daß es ihm bei der gegenwärtigen Lage unmöglich sein wird, seinen Posten zu verlassen. Er ist zurzeit nicht selbst in Rom; ich habe ihn seit mehr als vierzehn Tagen nicht gesehen, und was ich in letzter Zeit gehört habe, stammt von den jüngeren Mitgliedern der Botschaft.

Diese scheinen anzunehmen, daß die österreichisch-ungarische Regierung beabsichtigt, eine sehr scharfe Note an Serbien zu richten, und sie befürchten nun, daß Serbien, dem manches stark zu Kopf gestiegen ist und das sich der Unterstützung Rußlands sicher fühlt, eine Antwort geben wird, die Österreich nur als herausfordernd betrachten kann. Die neuliche Erklärung des Herrn Paschitsch, die in der Presse erschien und unwidersprochen blieb, ist geeignet, diese Ansicht zu bestätigen. Und sie halten die Lage Österreichs in bezug auf seine slawischen

¹⁾ Vgl. No. 61.

²⁾ No. 32.

* Siehe die „Kölnische Zeitung“ vom 19. Juli 1914, 1. Morgenausgabe No. 822.

Untertanen für derart, daß es nur eine unterwürfige Antwort Serbiens annehmen kann, wenn es sein Ansehen nicht gänzlich einbüßen will. Die einzige Hoffnung auf eine Lösung bestehe darin, daß Rußland in Belgrad zur Vorsicht mahne, aber sie sind keineswegs sicher, daß das geschehen wird. Ich fragte, wie sich Deutschland in der Sache verhalten würde, und mein Gewährsmann war überzeugt, daß, wenn die Frage auf Österreich und Serbien beschränkt bliebe, Deutschland nichts damit zu tun hätte, daß aber, wenn Rußland zugunsten Serbiens eingreifen würde, Deutschland verpflichtet sei, zugunsten Österreichs einzugreifen. Sie hofften, daß wir und Deutschland zusammenhalten und uns bemühen würden, mäßigend auf unsere beiderseitigen Freunde einzuwirken und den Konflikt zu lokalisieren, falls es dazu kommen sollte. Die Besorgnisse der Deutschen über die Gefahren der augenblicklichen politischen Lage haben einen starken Eindruck auf mich gemacht.

Ihr aufrichtig ergebener
Rennell Rodd

(33315)

No. 75

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 162

St. Petersburg, den 22. Juli 1914

A. 1⁴⁶ nachm.

E. 2²⁰ nachm.

Präsident der Republik sagte mir gestern, daß er persische Frage mit Kaiser und Außenminister besprochen habe und daß ihm beide befriedigendste Versicherungen bezüglich der Weisungen gegeben hätten, die russischen Konsuln zugegangen sind. Kaiser habe aufs bestimmteste erklärt, daß er Persien (? ausgelassen: nicht) Zwietracht zwischen England und Rußland säen lassen werde.

Französischer Ministerpräsident bestätigte obiges und fügte hinzu, Außenminister habe zugegeben, daß russische Konsuln im Unrecht seien.
(Gleichlautend nach Teheran)

(33319)

No. 76

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 163

St. Petersburg, den 22. Juli 1914

A. 1⁴⁶ nachm.

E. 3²² nachm.

Serbischer Gesandter sagte mir gestern, daß er gegenwärtige Krise für gefährlichste halte, die Serbien in den letzten zwei Jahren

durchgemacht habe. Nachdem er mir alles wiederholt, was seine Regierung getan, um ihre Bereitwilligkeit zu zeigen, allen berechtigten Forderungen, die Österreich an sie stellen könnte, entgegenzukommen, meinte er, daß Graf Tisza und Graf Forgach die österreichische öffentliche Meinung aufreizten, um so betagten Kaiser vorwärts zu treiben. Auf meine Bemerkung, daß, wenn Serbien in seiner gegenwärtigen korrekten Haltung verharre, Österreich unmöglich einen Vorwand für einen Angriff auf Serbien finden könne, erwiderte Gesandter, daß es einen Zwischenfall hervorrufen würde, der ihm den Vorwand böte.

Ich wiederholte obiges zum Präsidenten der Republik, den ich unmittelbar darauf sah, und erwähnte auch, was Sie in Ihrem Telegramm No. 336 vom 20. Juli gesagt haben¹⁾. Seine Exzellenz drückte Ansicht aus, daß eine Unterhaltung *à deux* zwischen Österreich und Rußland augenblicklich sehr gefährlich sei, und schien mäßigenden Ratschlägen Frankreichs und Englands in Wien zuzuneigen.

Ich sprach auch mit Außenminister, den ich später am Tage traf. Seine Exzellenz sagte, daß, wenn Österreich beweisen könnte, daß Anschlag in Serbien angezettelt worden sei, ihm nicht verwehrt würde, von serbischer Regierung zu verlangen, gerichtliche Untersuchung einzuleiten, und Serbien sei, wie er glaube, dazu bereit. Er meinte jedoch, daß es für die drei Regierungen ratsam wäre, in Wien Mäßigung zu empfehlen. Dies müsse in freundschaftlichster Weise geschehen und dürfe nicht in der Form eines Kollektivschrittes erfolgen. Er bat mich, Ihnen in diesem Sinne zu telegraphieren, und sagte, er würde heute mit dem Präsidenten der Republik darüber sprechen²⁾.

Vermerke

Jeder Rat an Wien wird eine sehr heikle Sache sein, und mich dünkt, daß wir auf jeden Fall abwarten sollten, was die österreichische Regierung in Belgrad vorbringen wird. — G. R. C.

Ich bezweifle sehr, ob es klug wäre, wenn wir Vorstellungen in Wien erheben würden. Das ist vor allem Sache der deutschen Regierung. — E. A. C.

Ich höre, daß der Staatssekretär mit Graf Mensdorff zu sprechen gedenkt. Das kann nur von Nutzen sein, aber ich wäre gegen irgendwelche Vorstellungen oder Ratschläge der drei Mächte in Wien. Ich bin sicher, solch ein Schritt würde übel aufgenommen werden und Schaden anrichten. — A. N.

Ich werde den Grafen Mensdorff morgen sehen³⁾. — E. G. 22. Juli 1914.

¹⁾ No. 67.

²⁾ Siehe No. 84, 90 und F No. 22.

³⁾ Siehe No. 86.

Sir H. Rumbold an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 88. Vertraulich

Berlin, den 22. Juli 1914

A. 2²⁰ nachm.E. 4⁰ nachm.

Österreich-Ungarn und Serbien.

Staatssekretär des Auswärtigen sprach gestern abend mit mir über bevorstehende österreichisch-ungarische Demarche in Belgrad. Offenbar erwartete er, daß sie bereits erfolgt sei. Er bemerkte, Stellungnahme deutscher Regierung sei wie halbamtlich in „Norddeutscher Zeitung“* vom 19. Juli dargelegt, und er gab zu, daß er diese Erklärung eigentlich selbst entworfen habe¹⁾. Er bestand darauf, daß vorliegende Streitfrage ohne Einmischung von außen, allein zwischen Österreich und Serbien erörtert und geregelt werden sollte. Er habe es daher nicht für opportun gehalten, die österreichisch-ungarische Regierung in der Sache überhaupt anzugehen. Er fügte indes hinzu, daß er serbischem Gesandten²⁾ gegenüber wiederholt eindringlich Notwendigkeit betont habe, Beziehungen Serbiens zu Österreich-Ungarn in richtiges Verhältnis zu bringen. Serbischer Gesandter habe vorgebracht, daß seine Regierung über serbische Presse, die frei sei und alles nach Belieben veröffentlichen könne, keine Kontrolle auszuüben vermöge.

Staatssekretär bemerkte hinsichtlich dieses Punktes, daß, wenn jemand nichts tun könne oder wolle, um einer Schädigung ein Ende zu machen, der Kläger sich des Heilmittels selbst bedienen müsse. Er meinte, seines Erachtens habe österreichisch-ungarische Regierung seit langem Serbien gegenüber große Nachsicht bewiesen.

*Im BB No. 2 (paraphrasiert und unter Auslassung einiger Teile)
veröffentlicht. Vgl. Bericht No. 158*

Vermerke

Die Haltung der deutschen Regierung ist schwer zu verstehen. Obenhin betrachtet trägt sie nicht den Stempel der Geradheit. Wenn der deutschen Regierung wirklich daran liegt, daß Österreich vernünftig im Zaum gehalten wird, so ist sie am besten imstande, in Wien ihr Wort zu erheben. Alles, was sie tut, ist aber, in Belgrad die Leidenschaften zu erhitzen, und es sieht wirklich in hohem Grade nach Aufputschen der Österreicher aus, wenn sie durch ihre amtlichen Zeitungen der serbischen Regierung offen und andauernd droht.

Man mag annehmen, daß die deutsche Regierung an eine wirkliche Kriegsgefahr nicht glaubt. Sie scheint sich darauf zu verlassen, daß die britische Regierung die deutschen und österreichischen Drohungen in Belgrad unterstützt;

¹⁾ Siehe No. 73.

²⁾ Sollte vermutlich Geschäftsträger heißen. Damals befand sich kein serbischer Gesandter in Berlin.

* Genauer „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“.

es ist klar, daß, wenn die britische Regierung in diesem Sinne intervenierte, oder wenn sie Mahnungen nach St. Petersburg richtete, der heiß ersehnte Bruch zwischen England und Rußland seiner Verwirklichung einen Schritt näher gebracht würde.

Doch ich gebe zu: all das sind nur Mutmaßungen. Wir kennen die Tatsachen nicht. Die deutsche Regierung kennt sie augenscheinlich. Sie weiß, was die österreichische Regierung zu fordern im Begriffe steht, sie weiß, daß diese Forderungen eine ernste Frage aufwerfen werden, und ich denke, wir können mit einiger Sicherheit sagen, daß sie jene Forderungen gebilligt und Unterstützung versprochen hat, falls gefährliche Verwicklungen daraus entstehen sollten. Das kann, meine ich, aus dem vorliegenden Telegramm herausgelesen werden.

Die vagen Andeutungen und die Besorgnisse des Fürsten Lichnowsky entsprechen nicht ganz der wirklichen Lage, die seine Regierung schaffen hilft. — E. A. C. 22. Juli.

Ich will dies Telegramm morgen nach meiner Zusammenkunft mit Graf Mensdorff beantworten ¹⁾. — E. G. 22. Juli 1914.

Dies Telegramm ist jetzt keiner besonderen Antwort mehr wert. — E. G. 24. Juli 1914.

(33328)

No. 78

Sir R. Rodd an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 116

Rom, den 22. Juli 1914

A. 2³⁵ nachm.

E. 6⁰ nachm.

Außenminister, der in ständiger Fühlung mit österreichischer Botschaft ist, sprach mir Befürchtung aus, daß an Serbien zu richtende Note Fassung erhalten habe, die notwendigerweise unannehmbar sein müsse. Er hatte Hoffnung, daß Note in Ischl modifiziert worden sein könnte. Er ist überzeugt, daß eine Partei in Österreich entschlossen ist, diese Gelegenheit zu ergreifen, um Serbien zu erdrücken, was ganz gegen die italienischen Interessen wäre.

(Gleichlautend nach Wien und Budapest)

Vgl. Berichte No. 161, 648 und 664

(33657)

No. 79

Sir Edward Grey an Sir G. Buchanan

No. 289

Auswärtiges Amt, den 22. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Ich sprach heute mit Graf Benckendorff über die Befürchtungen bezüglich Österreichs und Serbiens. Ich unterrichtete ihn von meiner letzten Unterhaltung mit dem deutschen Botschafter ²⁾ und erfuhr, daß

¹⁾ Siehe No. 86.

²⁾ No. 68.

Graf Benckendorff den deutschen Botschafter gleichfalls getroffen¹⁾ und ihn sehr besorgt gefunden hatte. Ich bemerkte, es sei sehr wünschenswert, daß die russische Regierung in direkte Verbindung mit der österreichischen träte. Wenn Österreich Forderungen in Belgrad stellte und man vom dortigen russischen Gesandten erwarte, daß er die Serben in ihrem Widerstand gegen die Forderungen bestärke, und wenn Österreich und Rußland sich mittlerweile gegenseitig vom Leibe hielten*, so würde eine sehr schwierige Lage entstehen.

Graf Benckendorff sprach von der Schwierigkeit für Rußland, eine freundschaftliche Mitteilung in Wien zu machen; gegenwärtig läge noch nichts vor, um eine Handhabe dafür zu bieten.

Ich sagte, daß ich darüber nachgedacht hätte, was zu tun wäre, wenn ich an Herrn Sasonows Stelle stünde. Es dürfte für Herrn Sasonow möglich sein, den österreichischen Botschafter in St. Petersburg kommen zu lassen; sich auf die Darlegungen in der Presse zu berufen, wonach Österreich im Begriffe stehe, einige Forderungen an Serbien zu stellen; die Stärke der proserbischen Gefühle in Rußland zu betonen und hervorzuheben, wie gewaltig und unwiderstehlich diese Gefühle im Falle einer Krise werden könnten; und dann die österreichische Regierung zu bitten, Rußland dadurch ins Vertrauen zu ziehen, daß sie ihm genau die Größe und Natur ihrer Beschwerden gegen Serbien und das mitteile, was sie glaube verlangen zu müssen. Die russische Regierung könnte sich dann vielleicht in der Lage sehen, die österreichischen Forderungen in vernünftigen Grenzen zu halten.

Ich bemerkte auch, ich hätte Herrn des Graz, der Ende dieser Woche als unser Gesandter nach Belgrad gehe, gesagt, daß es nicht unsere Sache sei, in dieser Angelegenheit heftig Partei zu ergreifen, und daß das, was er in Belgrad vorbringen könne, davon abhinge, wie die Österreicher ihre Sache begründeten. Wenn sie bewiesen, daß der Mordanschlag auf den Erzherzog Franz Ferdinand auf serbischem Gebiet vorbereitet und organisiert worden sei, und daß Österreich wirklichen Grund zu Klagen gegen Serbien habe, so würde er in Belgrad darauf dringen können, daß die serbische Regierung Österreich wirklich die äußersten ihr nur möglichen Bürgschaften dafür geben sollte, in Zukunft zu verhindern, daß in Serbien solche Anschläge gegen Österreich betrieben würden.

Ich bin usw.

E. Grey

Veröffentlicht bei Oman Seite 18, aber die Wiedergabe ist dort nicht ganz genau

¹⁾ Siehe DD No. 85.

* „... kept each other at arm's length“ — hier in dem Sinne, daß Österreich und Rußland auseinandergerieten und direkt keine Fühlung mehr miteinander hätten.

Herr Crackanthorpe an Sir Edward Grey

Erhalten 23. Juli

No. 133

Belgrad, den 18. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Im Laufe einer privaten Unterredung, die ich heute morgen mit dem Generalsekretär des serbischen Auswärtigen Amtes hatte, spielte ich auf den von der „Times“ am 16. d. Mts. aufgeworfenen Gedanken an, daß es am klügsten für Serbien sei, wenn es selbst und aus eigenem Antrieb eine Untersuchung der angeblichen südslawischen Verschwörung auf serbischem Boden vornehmen würde. Herr Gruitsch wies auf die Unmöglichkeit hin, irgendwelche bestimmte Maßnahmen zu ergreifen, bevor man das Ergebnis des Serajewoer Gerichtsverfahrens, das bisher geheim gehalten wurde, kennen gelernt habe. Was Chabrinowitsch betreffe, der den ersten Anschlag auf das Leben des Erzherzogs gemacht hatte, so sei bereits öffentlich bekannt, daß die serbische Regierung — wie das bei österreichischen Untertanen, die nach Belgrad kommen, um sich dort niederzulassen, herkömmlich sei — sich unlängst bei seiner Ankunft in Belgrad in der üblichen Weise beim österreichischen Konsulat nach seinem Vorleben erkundigt und darüber eine befriedigende Auskunft erhalten habe. Von Princip wisse die serbische Regierung nichts. Bei Veröffentlichung des Ergebnisses der Untersuchung in Serajewo sei die serbische Regierung durchaus bereit, jedem mit dem internationalen Brauch in Einklang stehenden Verlangen nach weiterer Untersuchung, die durch die Umstände etwa geboten sei, nachzukommen.

Der Generalsekretär sagte, er wisse wohl, daß es eine einflußreiche Partei in Österreich gäbe, die gerne die gegenwärtige Lage benutzt hätte, um den äußersten Druck auf Serbien auszuüben. Aber die serbische Regierung habe sichere Nachricht, daß Berlin mäßigend auf Österreich einwirken würde. Sollte indessen das Allerschlimmste eintreten und Österreich den Krieg erklären, dann werde Serbien nicht allein dastehen. Rußland würde bei einem mutwilligen Angriff auf Serbien nicht ruhig bleiben und Bulgarien würde durch Rumänien immobilisiert sein. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen müsse nach Ansicht des Generalsekretärs ein Krieg zwischen einer Großmacht und einem Balkanstaat unvermeidlich zu einer europäischen Feuersbrunst führen.

(Gleichlautend nach Wien)

Ich habe usw.

Dayrell Crackanthorpe

Vgl. Telegramm No. 61, sowie S No. 30

Vermerke

Herr Gruitsch hat eine interessante Behauptung über die Absicht Deutschlands aufgestellt, auf Wien mäßigend einzuwirken. — G. R. C. 24. Juli 1914.

Darin wurde er jedoch offenbar völlig irregeführt. Es wäre interessant zu erfahren, wer ihn irregeführt hat. — E. A. C. 24. Juli.

(33357)

No. 81

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

Erhalten 23. Juli

No. 31

Budapest, den 16. Juli 1914

Euerer Exzellenz

muß ich leider berichten, daß der versöhnliche Ton der vom Grafen Tisza am 8. d. Mts. gehaltenen Rede die Heftigkeit des Feldzuges, der zwischen der ungarischen und serbischen Presse tobt, nicht vermindert hat und man kann unmöglich die Augen vor der gefährlichen Wirkung verschließen, die die übertriebenen, verdrehten oder falschen Meldungen, wie sie tagtäglich von der Presse veröffentlicht werden, auf die hiesige öffentliche Meinung ausüben.

Es ist in der Tat nur natürlich, daß der Mord den Beziehungen zwischen der Doppelmonarchie und Serbien gewisse Merkmale ernster Störung verliehen und daß die serbische Rassenabstammung des Mörders einen heftigen Ausbruch feindseliger Gefühle gegen Serbien ausgelöst hat. Man glaubt allgemein, daß in Serbien seit Jahren eine verbrecherische, von der serbischen Regierung ungehinderte Agitation großserbischer Gesellschaften gegen Österreich-Ungarn im Gange ist, und die Perioden scharfer Spannung zwischen den beiden Nachbarstaaten sind in den letzten Jahren zu häufig gewesen, als daß dieser neue Zündstoff keine Gefahren bergen sollte. Um so mehr Grund für die Presse, möchte man meinen, Geduld zu predigen, bis die Mitschuld der serbischen Regierung bewiesen ist; aber sowohl hier wie in Wien ist das gerade Gegenteil der Fall.

Mir wird aus zuverlässiger Quelle versichert, daß Graf Tisza seinen Einfluß aufbietet, um den Ton der Zeitungen zu mäßigen, aber bisher sind seine Bemühungen — wenn er sich wirklich in dieser Richtung betätigt hat — ganz erfolglos gewesen. Der „Pester Lloyd“ fährt fort, unter der Überschrift „Aus der serbischen Hexenküche“ aufreizende Auszüge aus den serbischen Zeitungen zu bringen, und gleich am Tage nach der Rede des Grafen Tisza wurde hier die Nachricht veröffentlicht — die selbstverständlich jeder tatsächlichen Grundlage entbehrte —, daß die österreichisch-ungarische Gesandtschaft in Belgrad in die Luft gesprengt worden sei.

Ungarische Zeitungen trugen kein Bedenken, die unsinnige Er-

klärung gewisser serbischer Zeitungen, daß Herr Hartwig in der österreichischen Gesandtschaft vergiftet worden sei, wiederzugeben.

Am 13., einem Montag, an welchem Tage die meisten Lokalblätter keine Morgenausgabe veröffentlichen, wurde in Budapest das Gerücht verbreitet und allgemein geglaubt, daß am Tag vorher, dem Geburtstage des Königs Peter, Belgrad der Schauplatz österreichfeindlicher Ausschreitungen gewesen sei, daß Österreicher und Ungarn überfallen und ihre Häuser geplündert worden seien und daß die Mitglieder der österreichischen Gesandtschaft hätten in Semlin Schutz suchen müssen. Bald stellte sich heraus, daß diese Gerüchte falsch waren; sie beruhten lediglich darauf, daß Baron Giesl vor möglichen österreichfeindlichen Kundgebungen gewarnt worden war und es für ratsam erachtet hatte, Herrn Paschitsch davon zu verständigen, der sogleich alle möglichen Vorsichtsmaßregeln treffen ließ. Es ergab sich ferner, daß einige Mitglieder der österreichisch-ungarischen Kolonie der Sicherheit halber nach Semlin hinübergefahren waren, während andere in ihrer Gesandtschaft Schutz gesucht hatten. Der ganze Vorfall dürfte einer sinnlosen Panik in der österreichisch-ungarischen Kolonie als einer Folge des aufreizenden Tones der Presse beider Länder zuzuschreiben sein. Tatsächlich gab es an jenem Tage keine Ruhestörung in Belgrad und entgegen den gehegten Befürchtungen fand auch anläßlich der Bestattung des verstorbenen russischen Gesandten¹⁾ keine anti-österreichische Kundgebung statt.

Diese Belgrader Gerüchte wurden hier jedoch eine Zeitlang ganz allgemein geglaubt und dienten dazu, die schon bestehende Nervosität wegen der Wahrscheinlichkeit eines Krieges zu steigern. In Verbindung mit Gerüchten über eine Mobilmachung Italiens gegen Griechenland lösten sie an der Budapester Börse eine Panik aus und am Montag und Dienstag fielen die Kurse stark. Es ist daher erfreulich melden zu können, daß der Ton der Effektenbörse seitdem zuversichtlicher geworden ist und daß in vielen Fällen der Kurssturz der beiden ersten Tage der Woche schon wieder ausgeglichen wurde. Diese Rückkehr zur Zuversicht dürfte schwerlich auf den Ton der Rede des Grafen Tisza vom Mittwoch²⁾ zurückzuführen sein; sondern sie entspringt meines Erachtens der Überzeugung, daß, wenn eine unmittelbare Aussicht auf Krieg oder auch nur auf militärische Kriegsvorbereitungen bestünde, der gemeinsame Kriegsminister, der österreichische und der ungarische Landesverteidigungsminister, sowie der Chef des Generalstabes nicht sämtlich im Urlaub weilen könnten, was, wie man mir sagt, gegenwärtig der Fall ist.

Ich habe usw.

W. G. Max Müller

¹⁾ Vgl. S. No. 21 und 30.

²⁾ No. 82.

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

Erhalten 23. Juli

No. 32

Budapest, den 17. Juli 1914

Euerer Exzellenz

beehre ich mich im Anschluß an mein Schreiben Nr. 30 vom 14. d. Mts.¹⁾ zu berichten, daß am Mittwoch [15. Juli] im Abgeordnetenhaus eine weitere Debatte über die gegenwärtig infolge der Ermordung des Erzherzogs Franz Ferdinand zwischen Österreich-Ungarn und Serbien gespannten Beziehungen stattgefunden hat.

Die Unterbrechung des parlamentarischen Lebens in Österreich hat unter anderem dazu geführt, daß der ungarische Reichstag — mit dem ungarischen Ministerpräsidenten als verantwortlichem Exponenten — das Forum für öffentliche Erklärungen über die auswärtige Politik der Doppelmonarchie geworden ist.

Zwei Anfragen standen auf der Tagesordnung. Die erste bezog sich auf die in Ungarn, Kroatien und den annektierten Provinzen weitverbreitete Agitation, die der von Belgrad ausgehenden großserbischen Propaganda zuzuschreiben sei. Der Interpellant stellte die Behauptung auf, daß die Verschwörung in Bosnien und die Ermordung des Thronfolgers die unmittelbare Folge dieser Propaganda seien, und verlangte die Zusicherung, daß die Regierung bereit sei, die energischsten Maßnahmen zur Bekämpfung dieser Agitation zu ergreifen. Der für diese Interpellation verantwortliche Abgeordnete hielt eine heftige und kriegslustige Rede, in deren Verlauf er die serbische Note verlas, die der aus der Annexion Bosniens und der Herzegowina entstandenen Krise ein Ende gemacht hatte. In dieser Note verzichtete Serbien bestimmt und bedingungslos auf seine Aspirationen hinsichtlich Bosniens und der Herzegowina, es verpflichtete sich, seine militärischen Streitkräfte auf Friedensfuß herabzusetzen und seine Banden aus den beiden Provinzen zurückzuziehen, und es versprach, mit Österreich-Ungarn in Frieden und freundschaftlichen Beziehungen zu leben.

Der „Pester Lloyd“ bemerkt in einem Leitartikel über die Debatte, daß die Ermordung zeige, wie Serbien sein Versprechen gehalten habe, und fährt dann fort:

„In Belgrad wurde das Komplott gestiftet, in Belgrad wurden die Mörder in ihrem Handwerk unterwiesen, in Belgrad wurden sie mit Geld und Mordwerkzeugen ausgerüstet; in Belgrad und in ganz Serbien ist die Brutstätte jenes Geistes, der beständig auf die Zerstörung unserer Monarchie sinnt, die verbrecherischen Pläne zur

¹⁾ No. 70.

Verwirklichung dieses Strebens ausheckt, den Adepten dieser Lehre die Weihen nationaler Heiligkeit erteilt.“*

Graf Tisza eröffnete seine Erwiderung mit der Erklärung, daß er noch nicht in der Lage sei, seinen Worten vom 8. d. Mts. über die Schritte, die möglicherweise gegen Serbien unternommen werden müßten, etwas hinzuzufügen; aber der ganze Ton seiner Rede macht einen weniger versöhnlichen, ja ich möchte sogar sagen, einen drohenderen Eindruck als seine frühere Erklärung. Beinahe seine ersten Worte waren: „Die Angelegenheit mit Serbien ist unter allen Umständen zu bereinigen.“ Aber über die Mittel und Wege zur Erreichung dieses Zieles machte er keine bestimmten Angaben. Die Regierung, fuhr er fort, sei von dem Bewußtsein all jener wichtigen Interessen durchdrungen, die sich an die Erhaltung des Friedens knüpften, und sei nicht der Ansicht, daß diese Bereinigung notwendigerweise zu einer kriegesischen Verwicklung führen müsse. Seine Exzellenz sprach dann die feierliche Warnung aus, daß der Krieg eine traurige *ultima ratio* sei, zu der man erst greifen dürfe, wenn alle übrigen Lösungsmöglichkeiten erschöpft seien, zu der aber jede Nation befähigt und gewillt sein müsse, wofern sie eine Nation und ein Staat zu bleiben wünsche.

Diese ernststen Warnungsworte werden in der Presse beider Hälften der Monarchie besonders, und fast ausnahmslos zustimmend, kommentiert.

Graf Tisas Erwiderung bewegte sich sodann in annähernd denselben Bahnen wie seine Erwiderung auf die Interpellation des Grafen Julius Andrássy am 8. d. Mts. Er lehnte abermals im Namen der Regierung jede Verantwortung für die Reise des Erzherzogs ab, die Seine Kaiserliche Hoheit in seiner militärischen Eigenschaft unternommen habe; er behauptete, daß die allgemeine Lage in Bosnien nicht so verzweifelt sei, wie sie der Interpellant geschildert hatte; daß der Frevel das Werk von ein paar vereinzelt Verbrechern sei und von der großen Masse der serbischen Bevölkerung mißbilligt werde; er gab zu, daß in Bosnien zwar eine politische Gärung bestehe, aber keine Revolution; er sagte, es müßten strengere administrative, polizeiliche und erzieherische Maßnahmen ergriffen werden, um das Übel zu bekämpfen; Friede und Fortschritt in den annektierten Provinzen hätten einen Geist des Optimismus erzeugt, aus dem das Erwachen schrecklich gewesen sei, doch das bilde keinen Grund, um an der Zukunft der Provinzen zu verzweifeln. Seine Exzellenz trat dann wiederum für die serbisch-kroatische Koalition in Kroatien ein und verteidigte sie gegen die Beschuldigung, großserbische Aspirationen zu hegen.

Der Schluß der Rede des Grafen Tisza war friedlicher als der Anfang:

* „Pester Lloyd“, 16. Juli 1914, Morgenblatt No. 166.

„Ich bin genötigt, meine Ausführungen mit dem Gemeinplatze zu schließen, daß es eine Agitation und eine Propaganda gibt, gegen die angekämpft werden muß; dieser Kampf ist energisch zu führen, mit möglichst scharfem Auge die Wurzel der Übel aufsuchend und diese Wurzel angreifend, aber dabei ist jede panikartige Erscheinung, jeglicher Schrecken, jegliches planlose Hin- und Herhaschen und jeglicher überflüssige Lärm zu vermeiden.“

Die zweite von Graf Albert Apponyi eingebrachte Interpellation betraf die Gerüchte über Gefahren, die der österreichisch-ungarischen Gesandtschaft in Belgrad, sowie dem Leben und Eigentum der dort wohnenden österreichisch-ungarischen Untertanen drohten, und ersuchte um eine authentische amtliche Mitteilung darüber, was das sicherste Mittel sei, um die in der Öffentlichkeit entstandene Erregung zu beschwichtigen.

Graf Tisza schilderte kurz die Vorfälle in Belgrad, die sich dort am vergangenen Sonntag zugetragen und den Anlaß zu solch beunruhigenden Gerüchten gegeben hatten. Baron Giesl sei, so erklärte Seine Exzellenz, von anscheinend vertrauenswürdiger Seite vor der beabsichtigten Kundgebung gewarnt worden. Er habe demgemäß Herrn Paschitsch von der Sache verständigt, der die notwendigen Vorsichtsmaßnahmen treffen ließ. In Wahrheit, fuhr Graf Tisza fort, habe keine Kundgebung stattgefunden, und es lägen keine Beweise dafür vor, daß die dem Baron Giesl zugegangene Warnung eine tatsächliche Grundlage gehabt habe. Der Vorfall würde deshalb natürlich, wie Graf Tisza bemerkte, ohne Folgen bleiben. Seine Exzellenz benützte diese Gelegenheit, um an die ungarische Presse die Bitte zu richten, sie solle beim Empfang von Nachrichten über Ereignisse, die die Lebensinteressen der ungarischen Nation berühren, nicht zuerst daran denken, wie diese Gerüchte zu journalistischen Zwecken verwendet werden könnten, sondern sich vielmehr überlegen, ob ihre Veröffentlichung dem guten Ruf der Nation zur Ehre gereichen werde. Der durch derartige Gerüchte erzeugte Zustand der Nervosität und Panik sei voll ernster Gefahren und die Presse sollte es sich angelegen sein lassen, sich vor der Veröffentlichung von ihrer Richtigkeit zu überzeugen*.

Die Debatte zeigte deutlich, daß trotz den scharfen Meinungsverschiedenheiten, die in innerpolitischen Fragen zwischen der Regierung und der Opposition bestehen, sämtliche Parteien in ihren Ansichten über den von der gemeinsamen Regierung bezüglich ihrer Beziehungen zu Serbien einzuschlagenden Weg einig sind.

Als Beispiel für die Wirkung, die die obenerwähnte Warnung des Grafen Tisza auf die Presse hatte, möchte ich anführen, daß der „Pester Lloyd“ und andere Blätter heute morgen einen ganz ausführlichen

* Der erste Interpellant war G. Szmrecsanyi. Siehe über die ganze Debatte den „Pester Lloyd“ vom 16. Juli 1914, Morgenblatt No. 166.

Bericht über Truppenbewegungen und die Mobilisation in Serbien brachten, die den Stand der serbischen Armee von 45 000 auf 110 000 Mann erhöhte, und daß trotz einem amtlichen Dementi aus Belgrad und Widersprüchen aus Wien der „Pester Lloyd“ in seiner Abendausgabe auf der allgemeinen Richtigkeit seiner Angaben beharrt.

Ich habe usw.

W. G. Max Müller

Vgl. den Bericht Sir M. de Bunsens No. 65

(33479)

No. 83

Sir M. de Bunsen an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 94

Wien, den 23. Juli 1914

A. 1⁵⁰ nachm.

E. 2⁴⁵ nachm.

In Erwiderung auf Interpellationen in der ungarischen Kammer über den gegenwärtigen Stand der Beziehungen der Doppelmonarchie zu Serbien lehnte ungarischer Ministerpräsident gestern abend Aufschlüsse ab und behauptete, es läge nicht im Interesse des Landes, die Angelegenheit im jetzigen Augenblick aufzurollen. Er sprach indes die Hoffnung aus, daß er binnen kurzem in der Lage sein werde, eine ausführliche Erklärung abzugeben. Situation sei, wie er sagte, derart, daß sie entweder zu einem friedlichen oder zu einem sehr ernsten Ausgang führen könne*.

Vgl. No. 85

(33480)

No. 84

Sir G. Buchanan an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 165

St. Petersburg, den 23. Juli 1914

A. 2¹⁸ nachm.

E. 3⁰ nachm.

Mein Telegramm No. 163 vom 22. Juli¹⁾.

Außenminister hat russischen Botschafter in Wien beauftragt, sich mit seinem französischen und deutschen Kollegen hinsichtlich des Erteilens freundschaftlicher Ratschläge der Mäßigung zu verständigen²⁾.

¹⁾ No. 76.

²⁾ Siehe No. 90.

* Siehe „Neue Freie Presse“, Wien, 23. Juli 1914, Morgenblatt No. 17927.

Wie ich höre, schickt französische Regierung ähnliche Weisung an den französischen Botschafter¹⁾.

Vermerke

Jede derartige Mitteilung würde Wien wahrscheinlich heftig reizen, ohne sonst eine wohltätige Wirkung auszuüben. — E. A. C. 23. Juli.

Ich fürchte, daß dies kein kluger Schachzug ist, und bezweifle, daß die Deutschen sich daran beteiligen werden. — A. N.

Ich fürchte, daß „deutsch“ ein Fehler für „britisch“ ist, aber warten wir einmal bis morgen ab. — E. G.

Legen Sie diese Telegramme morgen mit jenem aus Berlin vor, das Herrn von Jagows Meinung wiedergibt²⁾. — E. G.

(33491)

No. 85

Herr Max Müller an Sir Edward Grey

(Tel.) No. 1

Budapest, den 23. Juli 1914

A. 2^o nachm.

E. 4³⁰ nachm.

Ministerpräsident lehnte gestern abend Antwort auf Interpellation bezüglich serbischen Streitfalles mit der Begründung ab, daß es augenblicklich nicht im Interesse der Monarchie liege, Frage aufzurollen. Seine Exzellenz hoffte, bald ausführliche Erklärung abgeben zu können. Er sagte, Lage berechtige nicht zur Ansicht, daß eine ernste Wendung der Ereignisse unvermeidlich oder nur wahrscheinlich sei. Lage sei noch ganz ungewiß und könne mit friedlichen Mitteln geschlichtet werden, obgleich Möglichkeit ernster Verwicklungen bestehen bleibe*.

Ton der Rede war ernst, wenn auch sehr zurückhaltend.

Öffentliche Meinung immer noch erregt und Krieg wäre populär. Börsenkurse sind weiter gefallen. Pressefeldzug dauert unverändert an, sogar in Regierungsorganen.

Gefährlicher Faktor der Lage ist weitverbreitete Überzeugung, daß für Fortbestand der Monarchie Krieg mit Serbien früher oder später unvermeidlich ist, daß Österreich-Ungarn in der gegenwärtigen Frage die Sympathie und stillschweigende Billigung der Mächte genießt und daß deshalb Krieg auf Züchtigung Serbiens durch Österreich-Ungarn beschränkt bleibe.

(Gleichlautend nach Wien)

Vgl. No. 83 und Bericht No. 157

¹⁾ No. 97 und F No. 23.

²⁾ No. 77.

* Siehe „Neue Freie Presse“, Wien, 23. Juli 1914, Morgenblatt Nr. 17927.

Sir Edward Grey an Sir M. de Bunsen

No. 121

Auswärtiges Amt, den 23. Juli 1914

Euere Exzellenz!

Graf Mensdorff eröffnete mir heute, daß er mir morgen vormittag amtlich die Note überbringen könne, die Österreich seines Wissens heute an Serbien richten werde. Er setzte mir dann privatim die Art der gestellten Forderungen auseinander. Da er mir sagte, daß in dem Schriftstück, das er mir morgen überreichen werde, sämtliche Tatsachen verzeichnet seien, brauche ich sie hier nicht zu erwähnen. Ich entnahm seinen Worten, daß die Note Beweise für die Mitschuld einiger serbischer Beamten am Mordanschlag auf den Erzherzog Franz Ferdinand und eine lange Liste von Forderungen enthielte, die Österreich infolgedessen an Serbien stellt.

Ich erwiderte, daß ich vor Empfang einer amtlichen Mitteilung keine Bemerkung über all diese Dinge machen möchte; auch scheine es sich um eine Sache zu handeln, über die ich mich wahrscheinlich nicht auf den ersten Blick äußern könnte.

Aber als Graf Mensdorff sagte, er vermute, daß so etwas wie eine Frist gesetzt würde — was tatsächlich einem Ultimatum gleichkäme —, drückte ich mein lebhaftes Bedauern darüber aus. Um es vorweg zu nehmen: eine Befristung könnte die öffentliche Meinung in Rußland erregen und würde es schwierig, wenn nicht unmöglich machen, mehr Zeit zu gewähren, selbst wenn es sich nach ein paar Tagen herausstellte, daß eine Fristverlängerung Aussicht auf eine friedliche Lösung und auf eine befriedigende Antwort Serbiens bieten würde. Ich gab zu, daß die Sache ohne Befristung ungebührlich verschleppt werden könne, machte aber folgendes geltend: man könne später immer noch eine Frist setzen; würden die Forderungen zunächst ohne Befristung erhoben, dann würde sich die russische öffentliche Meinung vielleicht weniger erregen und könnte sich nach einer Woche beruhigt haben; und wenn die österreichische Sache wohlbegründet sei, möchte es sich ergeben, daß die russische Regierung in der Lage wäre, ihren Einfluß zugunsten einer befriedigenden Antwort Serbiens aufzubieten. Eine Frist würde gewöhnlich nur zu allerletzt gestellt, nachdem man andere Mittel vergeblich versucht habe.

Graf Mensdorff warf ein, daß, wenn Serbien in der Zeit, die seit der Ermordung des Erzherzogs verstrichen sei, freiwillig eine Untersuchung im eigenen Lande eingeleitet hätte, all dies wohl vermieden worden wäre. Im Jahre 1909 habe Serbien in einer Note erklärt, daß es freundschaftliche Beziehungen zu Österreich unterhalten wolle; es habe aber sein Versprechen nie gehalten, sondern eine Bewegung

entfacht, deren Ziel die Auflösung Österreichs sei, und davor müsse die Monarchie sich unbedingt schützen.

Ich sagte, ich möchte die Ausführungen des Grafen Mensdorff von heute nachmittag weder kommentieren noch bemängeln, könne jedoch nicht umhin, mir über die entsetzlichen Folgen, die in der Situation lägen, Gedanken zu machen. Nicht bloß Herr Cambon und Graf Benckendorff, sondern auch andere hätten sich mir gegenüber lebhaft besorgt über das, was geschehen könnte, ausgesprochen, und man habe es mir als sehr erwünscht bezeichnet, daß diejenigen, die Einfluß in St. Petersburg besäßen, ihn dort im Sinne der Geduld und Mäßigung ausüben sollten. Ich hätte entgegnet, daß die Stärke des Einflusses, der in diesem Sinne geltend gemacht werden könne, davon abhinge, ob die österreichischen Forderungen vernünftig wären und wie groß die Berechtigung sei, die Österreich für die Stellung seiner Forderungen etwa ermittelt habe. Die möglichen Folgen der gegenwärtigen Lage seien schrecklich. Wenn nicht weniger als vier Großmächte Europas — z. B. Österreich, Frankreich, Rußland und Deutschland — in einen Krieg verwickelt würden, so müsse dies meines Erachtens solch ungeheure Geldsummen verschlingen und eine derartige Störung des Welthandels verursachen, daß der Krieg von einem vollständigen Zusammenbruch des Kreditwesens und der Industrie Europas begleitet sein oder einen solchen nach sich ziehen werde. Das würde heutigentags in großen Industriestaaten einen schlimmeren Zustand als den von 1848 bedeuten und mancherlei verschwände vielleicht völlig von der Bildfläche, wer auch immer als Sieger aus dem Kriege hervorgehe.

Graf Mensdorff wandte gegen diese Schilderung der möglichen Folgen der gegenwärtigen Lage nichts ein, meinte aber, daß alles von Rußland abhinge.

Dazu bemerkte ich, es sei in einer solch schwierigen Zeit ebenso richtig zu behaupten, daß zwei dazu gehörten, um Frieden zu halten, wie man gewöhnlich mit Recht sage, daß man zu zweit sein müsse, um Händel anzufangen. Ich hoffte sehr, daß, sobald Schwierigkeiten auftauchten, Österreich und Rußland in der Lage wären, sie gleich direkt miteinander zu besprechen.

Graf Mensdorff drückte die Hoffnung aus, daß dies möglich sein werde, aber er stand unter dem Eindruck, daß St. Petersburg in letzter Zeit keine sehr freundliche Haltung eingenommen habe.

Ich bin usw.

E. Grey

Im BB No. 3 veröffentlicht

*Siehe den Bericht des Grafen Mensdorff über diese Unterhaltung
in Oe 1 No. 59*

Mitteilung des serbischen Gesandten

Auswärtiges Amt, den 23. Juli 1914

Sir Edward Grey,

Der serbische Gesandte machte heute einen Besuch, und zwar anscheinend ohne eine ganz bestimmte Absicht. Er sagte, seine Regierung sei äußerst besorgt und beunruhigt. Sie sei vollkommen bereit, allen vernünftigen Forderungen Österreichs zu entsprechen, solange sie sich auf dem „terrain juridique“ hielten. Falls die Untersuchung in Serajewo, die in solch geheimnisvollem Dunkel geführt werde, die Tatsache enthüllte, daß es Personen gäbe, die auf serbischem Gebiet konspirierten oder Verschwörungen organisierten, so wäre die serbische Regierung durchaus bereit, die nötige Genugtuung zu gewähren. Wenn Österreich aber die Frage auf das politische Gebiet verschöbe und verlange, die ihr unbequeme serbische Politik solle eine völlig andere Richtung einschlagen und politische Ideale aufgeben, so würde oder könne sich kein unabhängiger Staat einem solchen Diktat unterwerfen.

Er erwähnte noch, daß die beiden Mörder österreichische Untertanen — Bosnier — seien und daß sich einer von ihnen in Serbien aufgehalten habe. Die serbischen Behörden hätten ihn für verdächtig und gefährlich gehalten und ihn deshalb ausweisen wollen; als sie sich aber an die österreichischen Behörden wandten, hätten diese ihn beschützt und erklärt, daß er ein unschuldiger und harmloser Mensch sei.

Er bat um meine Ansicht über die ganze Frage. Ich entgegnete, es sei ganz unmöglich, sich eine Meinung darüber zu bilden, da die Unterlagen dafür fehlten. Ich könne nur meine aufrichtige Hoffnung äußern, daß seine Regierung bemüht sein werde, den österreichischen Forderungen im Geiste der Versöhnlichkeit und Mäßigung entgegenzukommen. Ich hätte keine Ahnung, welcher Art diese Forderungen seien, und ich wüßte auch nicht, worauf sie sich stützen würden.

A. N.

*Mit geringfügigen Änderungen im BB No. 30 als Bericht
veröffentlicht. Vgl. S No. 30*

(Herr Cambon sagt mir, daß der österreichische Kriegsminister Vorbereitungen für die Mobilmachung von 8 Armeekorps angeordnet habe, aber auf den Rat des Herrn Tisza wurde diese Maßnahme aufgeschoben. Herr Jules Cambon fragte Herrn Jagow nach den Bedingungen der österreichischen Note. Dieser erwiderte, er kenne sie nicht.) ¹⁾

A. N.

¹⁾ Vgl. F No. 15.

